

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von 1935 bis 1938**

NWO-Sonderheft Nr. 68



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von 1935 bis 1938
NWO-Sonderheft Nr. 68**

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen, Teil 26

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Mai 1935 bis 1938	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von 1935 bis 1938

Die Nation, welche nur durch einen einzigen Mann gerettet werden kann und soll, verdient Peitschenschläge.

Johann Gottfried Seume (1763-1810, deutscher Schriftsteller)

1935

Der Sicherheitsdienst (SD) meldete am 2. Januar 1935 aus Bayern (x149/80): >>Von der bayerischen politischen Polizei wurden im Jahre 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat 253 Personen, darunter 236 männliche und 15 weibliche Personen und wegen sonstiger marxistischer Betätigung und Umtriebe 130 Personen, darunter 112 männliche und 18 weibliche Personen, insgesamt 283 Personen, festgenommen. Darunter befinden sich 352 Kommunisten und 31 Sozialdemokraten.<<

Der deutsche Historiker Bernd Wegner berichtete später über den "Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (x051/537): >>Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD), 1931 zunächst unter der Bezeichnung "Ic-Dienst" gegründetes und Heydrich unterstelltes Nachrichten- und Überwachungsorgan, das schon zwei Jahre später das ganze Reichsgebiet umspannte.

Es wurden dazu SD-Abschnitte und -Oberabschnitte (später: Leitabschnitte) parallel zu denen der Allgemeinen SS eingerichtet. Ab 1934 war der SD nach Übernahme konkurrierender Dienststellen (u.a. des Außenpolitischen Amtes) der einzige Abwehr- und Nachrichtendienst der nationalsozialistischen Bewegung. Obwohl er während der folgenden Jahre auch staatliche Kontrollfunktionen übernahm, blieb er de jure stets ein Organ der Partei und als solches beim Reichsschatzmeister der NSDAP etatisiert.

Sein Idealziel, die Gesamtbevölkerung des Reiches einer totalen Überwachung zu unterwerfen, konnte angesichts der Machtstrukturen des Regimes freilich auch der SD nicht erreichen. So war ihm z.B. offiziell jede Beschäftigung mit parteiinternen Vorgängen untersagt. Auch geriet er auf politisch-polizeilichem Gebiet schon früh den Aufgaben staatlicher Exekutivorgane (Gestapo, Kripo bzw. Sipo) ins Gehege, was 1937 zu stärkerer Abgrenzung der Arbeitsbereiche führte.

Danach oblagen dem SD im Vorfeld polizeilicher Exekutivmaßnahmen v.a. die Beobachtung der Gegner des Nationalsozialismus, die Berichterstattung über die Stimmungslage der reichsdeutschen Bevölkerung ("Meldungen aus dem Reich"), die Beurteilung der politischen Zuverlässigkeit einzelner "Volksgenossen" sowie die Sammlung relevanter Auslandsnachricht-

ten.

Im Rahmen der letzteren Aufgabe nahm der SD durch Kontakte zu ausländischen Sympathisanten und volksdeutschen Minderheiten, aber auch durch die Planung von Sabotageakten (u.a. auf den Sender Gleiwitz) schon vor dem Krieg Einfluß auch auf die deutsche Außen- und Volkstumspolitik. Im Februar 44 wurde ihm zudem die Abwehr unterstellt.

Die enge fachliche Abhängigkeit und personelle Verfilzung zwischen SD und Sipo führte am 27.9.39 zur Zusammenfassung beider Institutionen im Reichssicherheitshauptamt. Damit geriet der SD noch stärker als bisher in den Funktionsbereich der Sipo, die ihrerseits zunehmend zu einem jenseits von Partei und Staat agierenden Instrument der unmittelbaren Führergewalt Hitlers wurde. Besonders deutlich zeigte sich dies in der Rolle der in den besetzten Gebieten eingesetzten "Befehlshaber der Sipo und des SD" sowie in den Mordaktionen der Einsatzgruppen, deren Führer vielfach höhere SD-Funktionäre waren.<<

Am 13. Januar 1935 stimmten 90,8 % der Saarländer für den Anschluß des Saargebietes an das Deutsche Reich. Nur 0,4 % waren für den Anschluß an Frankreich und 8,8 % stimmten für eine internationale Verwaltung (x032/183).

Der "Kladderadatsch" schrieb am 13. Januar 1935 (x032/183):

>>Wieder schenkt uns der Januar
Deutschlands Erleben: frei ist die Saar!
Jubelt, Brüder, und betet zugleich
für das einige deutsche Reich!
Nun wird die Grenzmark wieder gewinnen,
lenkt eure Blicke nach innen.
Deutsche, werdet innerlich frei
ohne die Trennungsbegriffe Partei!<<

Hitler erklärte nach der erfolgreichen Saarabstimmung in einer Rundfunkansprache vom 15. Januar 1935 (x032/183): >>Die Freude über die Rückkehr unserer Volksgenossen ist die Freude des ganzen Reiches. ...<<

Der DAF-Leiter Robert Ley veröffentlichte damals folgenden Aufruf zur Saarabstimmung (x032/183-184): >>Wir grüßen Euch, Brüder an der Saar!

Ihr kehrt in ein neues und besseres Deutschland zurück, als ihr es verlassen habt. Besonders Dir, Arbeiter, drücken wir glücklich und herzlich die Hand, und Du wirst ebenso einsehen wie die Millionen der deutschen werktätigen Volksgenossen, daß der Nationalsozialismus nicht kapitalistische Versklavung ist, sondern wahrhaft sozialistische Gemeinschaft. Faßt an und helft mit! Deutschland wird das sein, was Ihr und wir alle aus ihm machen.

Treue zum Führer! Zur Sonne, zur Freiheit!<<

Hitler erklärte am 17. Januar 1935 in einem Gespräch mit dem Engländer Ward Price über die Bedingungen einer Rückkehr Deutschlands zum Völkerbund (x032/184-185): >>... Solange die nationalsozialistische Bewegung Deutschland führt - und das wird für die nächsten paar Jahrhunderte der Fall sein, auch wenn unsere Emigranten noch so oft das Gegenteil beschwören -, wird sich an dieser Einstellung nichts ändern.<<

Der Völkerbundsrat beschloß am 17. Januar 1935 in Genf die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland (Rückgliederungstermin: 1. März 1935).

Hitler erklärte am 25. Januar 1935 während eines Gespräches mit dem britischen Lord Allen of Hurthwood (x032/186): >>... Was Deutschland freiwillig unterschreibt, wird es stets halten.<<

Göring verhandelte in Warschau vom 27. bis zum 31. Januar 1935 über ein deutsch-polnisches Militärbündnis gegen die UdSSR.

Obwohl Polen die Ukraine als spätere Kriegsbeute erhalten sollte, lehnte Polen das vorgeschlagene antisowjetische Bündnis ab (x032/187).

NS-Reichsinnenminister Frick wies am 31. Januar 1935 nochmals per Runderlaß darauf hin, daß alle Beamte den "Deutschen Gruß" durch Erheben des rechten Armes und den gleichzeitigen deutlichen Ausspruch "Heil Hitler" dienstlich und außerdienstlich zu leisten hätten.

Hitler feierte am 24. Februar 1935 den 15. Jahrestag der Verkündung der 25 Punkte der NSDAP und seinen außenpolitischen Triumph (Rückkehr des Saarlandes) im Münchener Bürgerbräukeller (x032/193): >>... Was wir in 2 Jahren schufen, ist erst die Ankündigung dessen, was einmal sein wird. ...

Ihr kehrt niemals mehr zurück. Das, was heute ist, wird nimmer vergehen und das, was war, wird niemals wieder sein. ...

Ich habe die Demokratie durch ihren eigenen Wahnsinn besiegt, uns aber kann kein Demokrat besiegen ... Heute haben wir die Macht, und ihr habt nichts! Ihr besiegt uns wirklich nicht.<<

Am 1. März 1935, um 9.30 Uhr, erfolgte die offizielle Rückkehr des Saargebietes. Das Saarland wurde nach 15 Jahren französischer Besatzung "heim ins Reich geholt" (x051/510).

Hitler erklärte am 1. März 1935, um 13 Uhr, während seiner Rede in Saarbrücken (x032/194): >>... Möchten doch alle Staatsmänner aus diesem Ergebnis das eine ersehen, daß es zwecklos ist, mit solchen Methoden Völker und Staaten zerreißen zu wollen. Am Ende ist das Blut stärker als alle papierenen Dokumente. Was Tinte schrieb, wird eines Tages sonst durch Blut wieder ausgelöscht.<<

Die Synode der Bekennenden Kirche beschloß am 5. März 1935 die "Kanzelverkündigung" gegen die NS-Ideologie.

Die Bekennende Kirche erklärte am 5. März 1935 während der Synode in Berlin-Dahlem (x256/125): >>Wir sehen unser Volk von einer tödlichen Gefahr bedroht. Die Gefahr besteht in einer neuen Religion. ...

Der Glaube an das "ewige Deutschland" setzt sich an die Stelle des Glaubens an das ewige Reich unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus.

Wer Blut, Rasse und Volkstum anstelle Gottes zum Schöpfer und Herrn der staatlichen Autorität macht, untergräbt den Staat. ...<<

Später wurden 700 evangelische Pastoren wegen Verlesung dieser Erklärung verhaftet (x032/-196). Um die widerspenstige Bekennende Kirche in den Griff zu bekommen, ließ das NS-Regime außerdem den Kirchensteuersatz kürzen und verschärfte die Kontrolle außerhalb der kirchlichen Räume (Sammlungen, Prozessionen usw.).

Die KdF-Organisation startete am 10. März 1935 mit 3.000 Arbeitern zu einer 3wöchigen Seereise nach Madeira.

US-Präsident Roosevelt genehmigte am 14. März 1935 den Bau von Landebahnen und Flughäfen auf Wake Island, dem Midway-Atoll und Guam.

Die japanischen Militärexperten fühlten sich durch diese neuen US-Flughäfen bedroht (x172/-64): >>Die Inseln sind natürliche Flugzeugträger, ideale Stützpunkte für feindliche Geschwader. ... Wenn sie von einem Feind besetzt werden, würden sie für uns zum unmittelbaren Sicherheitsrisiko.<<

Die KdF-Organisation stellte am 15. März 1935 ihr offizielles Lied vor (x032/198):

>>Es zittern die morschen Knochen

der Welt vor dem großen Krieg:

Wir haben den Schrecken gebrochen,

für uns war's ein großer Sieg.

Wir werden weitermarschieren,

wenn alles in Scherben fällt,

denn heute gehört uns Deutschland

und morgen die ganze Welt.

Und liegt im Kampfe in Trümmern
die ganze Welt zuhauf.

Das soll uns den Teufel kümmern –
wir bauen sie wieder auf.

Wir werden weitermarschieren,
wenn alles in Scherben fällt.

Denn heute gehört uns Deutschland
und morgen die ganze Welt. ...<<

Die Reichswehr wurde am 16. März 1935 in "Wehrmacht" umbenannt.

Hitler gab am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76): >>Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige ... Macht: es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.<<

Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht (Verstoß gegen den Versailler Friedensvertrag von 1919) wurde das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich, Italien und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbündeten sich gegen das NS-Regime und schlossen entsprechende Militärabkommen.

Der Völkische Beobachter berichtete am 16. März 1935 (x243/63): >>In dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen, und insbesondere in der nationalen deutschen Rüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs, als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen. ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtete damals über "Die deutsche Wehrpflicht" (x269/323-324): >>... Wenn heute der ganzen Nation in der Wehrpflicht das Wehrrecht wiedergegeben wird, das ein Feinddiktat ihr nahm, dann erhält die Wandlung des deutschen Volkes, die mit dem 30. Januar 1933 begann, wehrpolitisch einen Abschluß. ...

Wer heute mit offenen Sinnen das deutsche Volk versteht, der weiß, daß wir in der Wiederkehr der alten Wehrform nicht allein die Möglichkeit begrüßen, die fehlende nationale Sicherheit zu schaffen, sondern in der allgemeinen Wehrpflicht die nationale Schule unserer jungen Mannschaft sehen, von welcher der Führer bekannte, daß ihr das deutsche Volk vor dem großen Kriege "alles" verdankte.

Wenn nun im deutschen Land für alle Wehrfähigen die Tore der Kasernen sich wieder öffnen werden, die bisher nur einer kleinen Zahl von auserlesenen Freiwilligen offen standen, so wird die Masse unserer Jugend wieder den Segen einer Pflicht verspüren, die vom Ganzen der Nation her dem Leben des einzelnen seinen Sinn gibt. ...

Denn es gibt keine höhere Pflicht dem Staat gegenüber als die Pflicht zum Waffendienst, und es gibt keine stärkere Bindung an den Staat als die der Opferbereitschaft in der Stunde der Gefahr. Wenn künftig die ganze deutsche Jugend im grauen Ehrenrock des Großen Krieges dem Führer des Volkes und Reiches den Eid der Treue bis zum Tode leisten wird, wird Deutschland, das Deutschland Adolf Hitlers, unzerstörbar sein. ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Wehrpflicht" (x051/624): >>Wehrpflicht, unter Verletzung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages (Artikel 173) am 16.3.35 wieder eingeführte allgemeine militärische Dienstpflicht im Deutschen Reich (Gesetz "für den Aufbau der Wehrmacht"; ausgefüllt durch das Reichsverteidigungsgesetz vom 21.5.35).

Als vorläufige Friedenspräsenz der Wehrmacht waren 36 Divisionen und 550.000 Mann vorgesehen. Der Einführung der Wehrpflicht ging am 9.3. eine offizielle Erklärung über den Wiederaufbau der Luftwaffe voraus; das Gesetz bedeutete nur die amtliche Feststellung einer

seit Jahren geheim laufenden Wiederaufrüstung.

Hitler nahm als Vorwand das britische "Verteidigungs-Weißbuch" vom 4.3.35, in dem die britische Rüstung mit der geheimen deutschen Remilitarisierung begründet wurde, und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich am 6.3.35 zusammen mit der Verlängerung des französisch-belgischen Militärabkommens von 1921 am 7.3.35.

In Wirklichkeit war die Wehrpflicht ein wichtiger vorbereitender Schritt im Übergang von der Revisions- zur Expansionspolitik und zugleich nach innen ein Mittel, um für das Regime durch dramatische außenpolitische Aktionen die Zustimmung des Volkes zu sichern.

Die englische Regierung protestierte am 18.3.35, um in derselben Note in Berlin gleich anzufragen, ob der am 7.3.35 wegen einer "Erkältung" Hitlers verschobene Staatsbesuch des Außenministers Simon und des Lordsiegelbewahrers Eden noch genehm sei.

Am 18.6.35 sanktionierten die Briten im Zuge ihrer Appeasement-Politik durch das Deutsch-Britische Flottenabkommen die deutsche Wiederaufrüstung. Auch Frankreich, Italien, der von Paris angerufene Völkerbundsrat und die "Antirevisionsfront" von Stresa beließen es bei papierenen Protesten.

Die Westmächte ließen sich durch die "Friedensrede" Hitlers vom 21.5.35 mit dem Angebot zweiseitiger Nichtangriffspakte und die von ihm bewußt genährte Illusion täuschen, die Wehrpflicht "legalisiere" einen im Grunde längst bekannten und allgemein mit großer Sorge verfolgten geheimen Vorgang und schaffe damit erst die Voraussetzung, um nunmehr von der deutschen Gleichberechtigung und der von Berlin angestrebten Rüstungsparität aus zu einer allgemeinen Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung durch Verträge zu kommen.<<

Erich Ludendorff begrüßte am 17. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (x032/198-199): >>Ich bin nun hoffnungsfreudig, daß das Streben nach seelischer Geschlossenheit des deutschen Volkes auf der Grundlage von Rasseerbgut und eigenem Gotterkennen immer mehr Verstehen findet. Solcher Geschlossenheit bedarf die Wehrmacht als Rückhalt.<<

Der DAF-Leiter Robert Ley erklärte am 5. April 1935 (x032/203): >>... Solange es noch zwei Millionen Arbeitslose gibt, kann weder der Unternehmer Dividenden ausschütten, noch kann dem Arbeiter sein Lohnniveau erhöht werden.<<

Stalin erklärte per Erlaß vom 8. April 1935 alle sowjetischen Jugendlichen ab 12 Jahre für strafmündig. Sie konnten danach auch zum Tod verurteilt und hingerichtet werden (x080/254).

Der Landesbruderrat der Bekennenden Kirche Nassau-Hessen berichtete am 13. April 1935 (x191/62): >>Das Gemeindeglied Franz Plau, ein invalider Bergarbeiter mit 3 noch schulpflichtigen Kindern, der selbst schwer asthmaleidend ist und zu den hilfsbedürftigsten Gemeindegliedern gehört, erhält keine Gaben von der Winterhilfe mehr, weil er seinen Sohn bei Pastor Lau (Bekennende Kirche!) konfirmieren lassen wollte.

Aus wirtschaftlicher Not hat er dies aufgegeben. Danach bekam er ein Paar Konfirmandenschuhe, 1 Zentner Kartoffeln und Fleisch in Dosen.<<

Ernst Wiechert (1887-1950, deutscher Schriftsteller) erklärte am 16. April 1935 während einer Rede vor Münchener Studenten (x191/75): >>Ja, es kann wohl sein, daß ein Volk aufhört, Recht und Unrecht zu unterscheiden, und das jeder Kampf ein "Recht ist", aber dieses Volk steht schon auf einer jäh sich neigenden Ebene. ...

So bitte und beschwöre ich Sie heute, sich nicht verführen zu lassen zu schweigen, wenn das Gewissen Ihnen zu reden befiehlt, und niemals, meine Freunde, niemals zu dem Heer der Tausenden und Abertausenden zu gehören, von denen gesagt ist, daß sie "Angst in der Welt haben", weil nichts und nichts das Werk eines Mannes wie eines Volkes so zerfrißt, wie die Feigheit. ...<<

Hitler beteuerte am 1. Mai 1935 während seiner Rede zum "Tag der Arbeit" in Berlin (x032/-208): >>Was wir wollen, liegt klar vor uns: nicht Krieg, nicht Unfrieden. So wie wir den Frieden im eigenen Volke hergestellt haben, wollen wir nichts anderes als den Frieden mit der Welt, denn wir alle wissen, daß die große Arbeit nur gelingen kann in einer Zeit des Friedens. ...<<

Frankreich und die UdSSR vereinbarten am 2. Mai 1935 einen Beistandspakt (Laufzeit: 5 Jahre).

Die sowjetisch-französische Annäherung bereitete den Polen erhebliche Sorgen.

NS-Reichsjugendführer Baldur von Schirach berichtete am 12. Mai 1935 über "Wesen und Aufbau der Hitler-Jugend" (x129/54): >>Der Grundsatz "Jugend muß von Jugend geführt werden" ... stellt den Ausgleich zur reinen Schulerziehung her. Sie können heute beobachten, ... wie unsere sogenannten Pimpfe ... in ihrem kleinen Befehls- und Arbeitsbereich ein Stück Verantwortung tragen, das die älteren Generationen im gleichen Alter noch nicht gekannt haben.

Ein solches System, die Jugend ganz auf sich selbst zu stellen, mag ... seine Fehler und Mängel haben. Ich glaube aber, daß alle diese Fehler und Mängel zurückstehen müssen vor dem großen Gewinn, den die Tatsache einer frühen Selbständigkeit bedeutet. ...

Ganz gleich, welche Dienststellung und welchen Dienstrang der einzelne Führer bekleidet, ist er in seinem Verantwortungsbereich der Träger einer ungeteilten Befehlsgewalt. Der nationalsozialistische Grundsatz der absoluten Verantwortung eines Führers seines Vorgesetzten gegenüber und seiner ebenso absoluten Autorität gegenüber seiner Gefolgschaft ist in der Hitler-Jugend durchgeführt.

Der Hitler-Jugendführer teilt den Dienst seiner Gefolgschaft ein, führt sie auf Fahrt und ins Lager, gestaltet die Abende im Heim und all die tausend anderen Dinge, die zum Leben eines deutschen Jungen in dieser Zeit gehören. Heim, Lager, Fahrt sind Begriffe, die zu sehr zum Hitler-Jungen gehören, als daß ich sie nicht wenigstens mit ein paar Worten kurz streifen möchte.

Zunächst das Heim: es ist der Mittelpunkt der unteren Einheiten unserer Organisation. Durch das Heim macht sich die Jugend vom Wirtshaus unabhängig und damit frei von Alkohol und Nikotin. ...

Hier sind sie alle anzutreffen, und wenn ein Junge Langeweile hat, ist er sicher, in dem Heim seiner Gefolgschaft oder Kameradschaft den einen oder anderen Freund zu finden. Außerdem dient das Heim in ganz außerordentlicher Weise der weltanschaulichen Schulung unserer Jugend. Jeden Mittwochabend findet hier der sogenannte Heimabend statt. ...

Das Lager ist natürlich ein Zeltlager. Es stellt den großen gesundheitlichen Ausgleich für die Großstadtjugend, vor allem für die in der Industrie tätige Jungarbeiterschaft her.<<

Die deutsche Schriftstellerin Inge Scholl (1917-1998, ältere Schwester von Hans und Sophie Scholl – Widerstandsgruppe "Weiße Rose") berichtete später über die Heimabende, Fahrten und Feiern der Hitler-Jugend (x191/73-74): >>Hans war damals 15 Jahre alt, Sophie 12. Wir hörten viel vom Vaterland reden, von Volksgemeinschaft und Heimatliebe. Das imponierte uns, und wir horchten begeistert auf, wenn wir in der Schule oder auf der Straße davon sprechen hörten. Denn unsere Heimat liebten wir sehr, die Wälder, den Fluß. ...

Aber noch etwas anderes kam dazu, was uns mit geheimnisvoller Macht anzog und mitriß, das waren die dichten marschierenden Kolonnen der Jugend mit ihren wehenden Fahnen, den vorwärtsgerichteten Augen und dem Trommelschlag und Gesang. War das nicht etwas Überwältigendes, diese Gemeinschaft?

So war es kein Wunder, daß wir alle, Hans und Sophie und wir anderen, uns in die Hitlerjugend einreihen. Wir waren mit Leib und Seele dabei. ...

Wir gingen mit den Kameraden der Hitlerjugend auf Fahrt. ... Einmal sagte eine 15jährige

Kameradin im Zelt, als wir uns nach einer langen Radtour unter einem weiten Sternenhimmel zur Ruhe gelegt hatten, ziemlich unvermittelt: "Alles wäre so schön – nur die Sache mit den Juden, die will mir nicht hinunter."

Die Führerin sagte, daß Hitler schon wisse, was er tue, und man müsse um der großen Sache willen manches Schwere und Unbegreifliche auf sich nehmen. Das Mädchen war mit dieser Antwort nicht ganz zufrieden, andere stimmten ihr bei, und man hörte plötzlich die Elternhäuser aus ihnen reden. Es war eine unruhige Zeltnacht – aber schließlich waren wir doch zu müde. Und der nächste Tag war unbeschreiblich herrlich und voller Erlebnisse. ...<<

Am 12. Mai 1935 starb der polnische Staatschef Pilsudski. Die autoritäre Regierungsweise durch "Staatsführer" wurde anschließend in Polen fortgesetzt ("gelenkte Demokratie" bei Entmachtung des Parlaments). Zwischen dem NS-Regime und Polen entbrannte später ein Zollkrieg um Danzig.

Die UdSSR und die Tschechoslowakei schlossen am 16. Mai 1935 einen Beistandsvertrag über gegenseitige militärische Hilfe. Der Beistandspakt mit der UdSSR sollte allerdings nur wirksam werden, wenn Frankreich die vereinbarten Bündnisverpflichtungen erfüllen würde (x120/37).

Die sudetendeutsche Partei gewann am 19. Mai 1935 bei den tschechoslowakischen Wahlen 2 Drittel aller deutschen Stimmen und eroberte 44 von 300 Parlamentssitzen (x051/571).

Hitler erklärte am 21. Mai 1935 vor dem Reichstag die NS-Wehrpolitik (x245/415-416): >>...

Das Blut, das auf dem europäischen Kontinent seit dreihundert Jahren vergossen wurde, steht außer jedem Verhältnis zu dem volklichen Resultat der Ereignisse. Frankreich ist am Ende Frankreich geblieben. Deutschland Deutschland, Polen Polen, Italien Italien usw.

Was dynamischer Egoismus, politische Leidenschaft und patriotische Verblendung an scheinbaren tiefgreifenden staatspolitischen Veränderungen unter Strömen von Blut erreicht haben, hat in nationaler Beziehung stets nur die Oberfläche der Völker geritzt, ihre grundsätzliche Markierung aber wesentlich kaum mehr verschoben.

Hätten diese Staaten nur einen Bruchteil ihrer Opfer für klügere Zwecke angesetzt, so wäre der Erfolg sicher größer und dauerhafter gewesen.

Wenn ich als Nationalsozialist in allem Freimut diese Auffassung vertrete, dann bewegt mich dabei noch folgende Erkenntnis: Jeder Krieg verzehrt zunächst die Auslese der Besten. ...

Nein! Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen. Es will ihn weiter aus der einfachen primitiven Erkenntnis, daß kein Krieg geeignet sein würde, das Wesen unserer allgemeinen europäischen Not zu beheben, wohl aber diese zu vermehren. ...

Was könnte ich anderes wünschen als Ruhe und Frieden?

Wenn man aber sagt, daß dies nur der Wunsch der Führung sei, so muß ich darauf folgende Antwort geben: Wenn nur die Führenden und Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht!

Deutschland braucht den Frieden und es will den Frieden! ...<<

Das NS-Reichskabinett beschloß am 21. Mai 1935 das neue deutsche Wehrgesetz (x032/212):

>>Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke. Jedermann ist wehrpflichtig. Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet.<<

Das NS-Regime eröffnete im Mai 1935 den ersten fertiggestellten Teilabschnitt der seit den 20er Jahren geplanten Reichsautobahn (Frankfurt - Darmstadt) für den Verkehr.

Nach sowjetischen Angaben war das Deutsche Reich am 17. Juni 1935 der größte Handelspartner der Sowjetunion. Danach folgten Großbritannien, Iran und USA.

Am 26. Juni 1935 wurde das "Reichsarbeitsdienstgesetz" erlassen. Danach unterlagen alle männlichen Arbeitskräfte im Alter von 18-25 Jahren der Arbeitsdienstpflicht.

Die Nationalsozialisten ahndeten ab 28. Juni 1935 jegliches Handeln, das "nach dem gesunden Volksempfinden" zu bestrafen war und verschärften auch den § 175 Reichsstrafgesetzbuch ("widernatürliche Unzucht"). Danach wurde jegliche Unzucht zwischen Männern als Verbrechen bestraft.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Volksempfinden" (x051/610-611): >>Volksempfinden, fast ausschließlich in der Verbindung "gesundes Volksempfinden" benutztes Schlagwort zur Diffamierung moderner, sozialkritischer und sozialistischer Kunst, die angeblich im Widerspruch zum Volksempfinden stehe:

Nach 1933 wurde das "gesunde Volksempfinden" sogar zur Kategorie der Rechtspflege, da seit der Novellierung des Strafgesetzbuches vom 28.6.35 nicht nur ein Rechtsbruch "nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes" unter Strafandrohung gestellt wurde, sondern jegliches Handeln, das "nach dem gesunden Volksempfinden Bestrafung verdient".

Da das "gesunde Volksempfinden" nicht mit einem "tatsächlichen Volksempfinden" verwechselt werden durfte, sollten Gerichte die "autoritären Willenskundgebungen des Führers" zum letztgültigen Maßstab machen: "Ob das Empfinden gesund ist, das muß an Hand der Maßstäbe und Leitsätze geprüft werden, die der Führer selbst in wichtigen Lebensfragen des Volkes vielfach dem Volke gegeben hat" (Freisler).<<

Dr. Horst Heidtmann schrieb später über die "Homosexualität" (x051/269-270): >>Homosexualität, gleichgeschlechtliche Beziehungen, zwischen Frauen nicht unter Strafandrohung, zwischen Männern in vielen deutschen Ländern bis 1871 straffrei, dann nach § 175 Reichsstrafgesetzbuch als "widernatürliche Unzucht" mit Gefängnis bedroht, in der Strafrechtspraxis ausschließlich auf "beischlafähnliche" Handlungen bezogen.

Von den Nationalsozialisten wurde der § 175 am 28.6.35 so verschärft, daß jegliche "Unzucht" zwischen Männern, sogar gedankliche Beziehungen ohne Körperkontakt (wenn sie von "einiger Intensität und Dauer" waren), als "Verbrechen" bestraft werden konnten, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, in schweren Fällen mit "Entmannung".

In der nationalsozialistischen Weltanschauung galt Homosexualität als "Umkehrung des Geschlechtstriebes", als Untergrabung des "natürlichen Lebenswillens", da sie den "Fortbestand des Volkes" gefährden könne.

Sexualwissenschaftler, die wie Hirschfeld für Toleranz bei abweichendem Sexualverhalten eintraten, wurden als "Zuhälter unter wissenschaftlichem Deckmantel" verteufelt. Als "widernatürliche Empfindung" hielten nationalsozialistische Mediziner Homosexualität für "heilbar", in der Praxis wurden Homosexuelle jedoch nicht in ärztliche Behandlung, sondern zunehmend in KZ eingewiesen (Kennzeichen: rosa Winkel), wo im Einzelfall u.a. der Reichsführer SS "Abkehrprüfungen" durchführte (z.B. 1944 in Ravensbrück), bei denen festgestellt wurde, wer sich von "Dirnen reizen" ließ und als "nicht wirklich homosexuell" aus der Haft entlassen werden konnte.

Die nationalsozialistische Bewegung insgesamt war durch ein widersprüchliches Verhältnis zur Homosexualität gekennzeichnet: Öffentlich wurde Homosexualität bekämpft, intern geduldet. Männerbünde, die kämpferische bzw. soldatische "Tugenden" pflegen, "neigen zur Ausbildung homosexueller Praktiken" (Theweleit), Homosexualität war sowohl in den Freikorps wie in der SA verbreitet; Röhm wurde von Hitler zum Stabschef der SA ernannt, obwohl er aus seiner Homosexualität keinen Hehl machte.

Der so scharf angekündigte nationalsozialistische Kampf gegen die Homosexualität wurde auch nach Röhm's Ermordung entsprechend halbherzig geführt. Insbesondere in der sexuellen Notsituation des Krieges wurden homoerotische Beziehungen vielfach stillschweigend geduldet.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schrieb später über das "Strafrecht" des NS-Regimes (x051/564): >>Strafrecht, Gesamtheit der Rechtsnormen zum Schutz des staatlichen Gemein-

schaftslebens sowie die für Normverletzungen vorgesehenen Sanktionen.

Die nationalsozialistische Konzeption eines neuen Strafrechts sollte zunächst durch eine umfassende Strafrechtsreform verwirklicht werden, wozu es jedoch nie kam, da es zu den Grundmerkmalen nationalsozialistischer Strafrechtspolitik gehörte, daß Strafnormen den jeweiligen Erfordernissen schnell angepaßt werden konnten. Ein kodifiziertes Gesetzeswerk wäre dafür zu starr gewesen. So ist das nationalsozialistische Strafrecht weitgehend Verordnungsrecht.

Eine solchermaßen gewünschte Anpassungsfähigkeit von Strafnormen an die jeweiligen Bedürfnisse der Staatsführung erforderte eine radikale Abkehr von bis dahin geltenden Prinzipien. Der Grundsatz *Nulla poena sine lege* (heute Artikel 103, Absatz 2 Grundgesetz) wurde aufgegeben und die Analogie eingeführt, wonach der Richter zu prüfen hatte, ob eine Tat "nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient", auch wenn sie nicht durch den Wortlaut mit Strafe bedroht war (Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 28.6.35, RGBI I, S. 839).

Dabei umschrieb das "gesunde Volksempfinden" die Meinung von Partei und Staatsführung. Außerdem wurden Generalklauseln eingeführt und Straftatbestände bewußt weit gefaßt, wodurch ein uferloser Auslegungsspielraum gegeben war. Niemand konnte deshalb mit Sicherheit die Folgen einer Handlung voraussehen. Diese Unberechenbarkeit war Teil einer offensichtlich gewollten Rechtsunsicherheit.

Ausschlaggebend war schließlich nicht mehr die Tat selbst, sondern die Gesinnung des Täters, sein "verbrecherischer Wille". So machte sich nach dem nationalsozialistischen Strafrecht jeder strafbar, der sich nicht bedingungslos dem Willen und den Vorstellungen der Staatsführung – als dem Gesetz schlechthin – unterwarf.

Zentraler Begriff war dabei die "Volksgemeinschaft"; er diente der Ausgrenzung Andersdenkender, Mißliebiger und Fremdvölkischer. Für Juden, Polen und "Zigeuner" wurden Sonderregelungen geschaffen und der Gleichheitsgrundsatz aufgegeben. "Strafe ist Aussonderung fremder Typen und artfremden Wesens" (Rosenberg).

Nicht die Sühne für eine Straftat war Hauptanliegen, sondern die Vernichtung des Täters, Abschreckung und Einschüchterung. Deshalb wurden die Strafrahmen massiv ausgeweitet und für eine Vielzahl von Delikten die Todesstrafe vorgesehen, bis diese in den späteren Kriegsjahren weithin zur Regelstrafe wurde. Das Strafverfahrensrecht war gekennzeichnet durch den völligen Abbau rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien. Das Strafrecht wurde so zu einem Instrument der Partei- und Staatswillkür.<<

Im Juni 1935 waren schon rd. 2,5 Millionen Deutsche NSDAP-Parteimitglieder. Bis zum Kriegsende stieg die Zahl der NS-Parteigenossen schließlich auf rd. 8,5 Millionen NSDAP-Mitglieder (x051/406).

Infolge der deutschen Wiederaufrüstung (deutsch-britisches Flottenabkommen vom Juni 1935) wurden die deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen (Rohstofflieferungen) verstärkt. Deutschland wurde etwa ab 1935 der wichtigste Handelspartner Jugoslawiens (x006/-37E).

NS-Reichsinnenminister Wilhelm Frick (1877-1946) forderte am 7. Juli 1935 die Anpassung der Kirchenorganisationen (x245/397): >>Wir Nationalsozialisten fordern die Entkonnfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens.

Was hat es für einen Sinn, daß es noch katholische Beamtenvereine gibt? Wir wollen keine katholischen und keine protestantischen Beamten, wir wollen deutsche Beamte.

Was soll eine katholische Tagespresse?

Wir brauchen keine katholische und keine protestantische, sondern eine deutsche Tagespresse. Auch die katholischen berufsständischen Vereine, Gesellenvereine und die katholischen Jugendverbände passen nicht mehr in unsere heutige Zeit. Diese Organisationen betätigen sich

vielfach auf Gebieten, die der nationalsozialistische Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben für sich allein in Anspruch nehmen muß.

Alle diese Dinge sind geeignet, die deutsche Volksgemeinschaft zu stören. Diese deutsche Volksgemeinschaft aber, die Adolf Hitler nach 15jährigem Kampf um die Seele der Deutschen geschaffen hat, lassen wir von niemandem mehr zerstören. ...<<

"Zur Wiederherstellung geordneter Zustände" berief Hitler am 16. Juli 1937 Hanns Kerrl (1887-1941) zum Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten.

Kerrls Maßnahmen, die zersplitterten "Deutschen Christen" zu sammeln und die Bekennende Kirche zu zerschlagen, scheiterten jedoch. Der NS-Reichskirchenminister ließ später auch Verfahren gegen katholische Geistliche einleiten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Priesterprozesse" des NS-Regimes (x051/456): >>Priesterprozesse, allgemeine Verfahren gegen Geistliche wegen Verstoßes gegen Kanzelparagraph, Heimtücke-gesetz u.a., im engeren Sinne Strafverfahren gegen katholische Priester und Ordensangehörige in den Jahren 1935-37 wegen Devisen- und Sittlichkeitsvergehen.

Eine erste Welle von Priesterprozessen galt der "Devisenschiebung" v.a. von Klöstern und wurde mit der Verurteilung einer Vinzentinerin am 17.5.35 zu fünf Jahren Zuchthaus und 140.000 RM Geldstrafe eröffnet. Da die deutschen Orden Einnahmen wie Verpflichtungen im Devisenausland hatten, trafen sie die Maßnahmen zur Devisenbewirtschaftung, wie sie bereits 1931 einsetzten, besonders hart.

Sie umgingen sie durch Übernahme des Bankhauses Hosius mit Sitz in Berlin und Amsterdam. Als die Lage brenzlich wurde, versuchte die Bank, durch Selbstanzeige Bestrafungen vorzubeugen, lieferte aber damit nur der Gestapo lückenloses Material, das zu 60 Priesterprozessen genutzt wurde.

Die Bischöfe konnten die Beklagten nicht schützen, sondern nur gegen die publizistische Ausschlichtung der Priesterprozesse und die Verbreitung sogenannter Devisenschieberlieder protestieren ("Ja, das Leben in dem Kloster, / Ja, das Leben dort ist schön, / Ja, da kann man, statt zu beten, / Auch Devisen schieben gehn! / Hollerie ...").

Wehrlos waren sie weitgehend im Gefolge dieser Priesterprozesse auch gegen Beschlagnahmeaktionen, die schon länger vorbereitet waren (Anweisung des NSDAP-Schatzmeisters vom 20.10.34).

Die Priesterprozesse wegen Sittlichkeitsdelikten waren ebenfalls längst geplant und zum Teil auch schon angelaufen, als die Enzyklika "Mit brennender Sorge" (14.3.37) die Gelegenheit für einen Gegenschlag günstig erscheinen ließ.

In großer Aufmachung und mit allen pikanten Einzelheiten berichtete die Presse in der Folgezeit über sittliche Verfehlungen von Mönchen, Nonnen und Priestern. Goebbels sprach von "Tausenden von Fällen", Kerrl von 7.000, und die Zeitungen schürten diesen Eindruck, obwohl insgesamt nur 49 Weltpriester und neun Ordenspriester verwickelt waren, die zum Teil schon Kirchenstrafen auferlegt bekommen hatten.

Der propagandistische Effekt aber, einen Keil zwischen Klerus und Gemeinden zu treiben, blieb aus, ja schlug wegen der hämischen Darstellung und der pauschalen Verunglimpfung der Klöster als "Brutstätten des Lasters" (Frick) oft ins Gegenteil um. Die Priesterprozesse verschwanden daher bald aus den Schlagzeilen.<<

Nach tagelangen starken Regenfällen überschwemmte der Jangtsekiang etwa 70 % der chinesischen Provinz Hupeh. Bei dieser Flutkatastrophe kamen etwa 200.000 Menschen um (x175/313).

Die Staatspolizeistelle Hannover beauftragte am 9. August 1935 die Landräte und Oberbürgermeister, den Gottesdienst in allen katholischen Kirchen kontrollieren zu lassen (x050/157): >>... Betrifft: Verlesung von Hirtenbriefen und Kanzelabkündigungen in Katholischen Kir-

chen.

Ich bitte auch am Sonntag, dem 11. August 1935, den Gottesdienst in allen katholischen Kirchen zu überwachen und bis zum 13. August zu berichten, ob und welche Hirtenbriefe und Kanzelabkündigungen zur Verlesung gelangt sind. Soweit Hirtenbriefe bisher noch nicht bekannt geworden sind, sind sie in 4facher Ausfertigung nach hier zu schicken. Die eventuelle Verlesung ist nicht zu verhindern und gegen die betreffenden Geistlichen ist nicht einzuschreiten.

Fehlanzeige ist erforderlich.<<

Obleich das NS-Reich damals der größte Handelspartner der UdSSR war, beschloß die Kommunistische Internationale (Komintern) am 20. August 1935 beim Moskauer Weltkongreß, den Faschismus mit Hilfe der "Kapitalisten" zu bekämpfen (x074/1.120).

Der emigrierte ehemalige deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning beklagte am 22. August 1935 in London während einer Unterhaltung mit dem Schriftsteller Harry Graf Kessler die Sittenlosigkeit der deutschen Jugend (x032/226): >>Die Entsittung der Jugend in den Arbeitslagern hat erschreckende Dimensionen angenommen. Die Mädchen zwischen 15 und 16 Jahren, die dort geschwängert würden, zählten nach Hunderten und Tausenden.<<

Der Prozeß gegen 25 Neuköllner Widerstandskämpfer, der am 4. September 1935 in Berlin mit 5 Todesurteilen endete, leitete eine Serie von NS-Schauprozessen ein.

Der Regierungspräsident von Oberbayern berichtete am 9. September 1935 (x149/83): >>An Amts- und Privatgebäuden in Rosenheim wurde ein Plakat angeschlagen, auf welchem die jüdischen Geschäfte der Stadt aufgeführt sind und jeder als Volksverräter bezeichnet wird, der in diesen Geschäften einkauft. ...<<

Der NS-Reichserziehungsminister erließ am 10. September 1935 folgende Verordnung (x243/59): >>Kinder jüdischer Abstammung bilden für die Einheitlichkeit der Klassengemeinschaft und die ungestörte Durchführung der nationalsozialistischen Jugenderziehung auf den allgemeinen öffentlichen Schulen ein starkes Hindernis. ...

Die Herstellung nationalsozialistischer Klassengemeinschaften als Grundlage einer auf dem Volkstumsgedanken beruhenden Jugenderziehung ist nur möglich, wenn eine klare Scheidung nach der Rassenzugehörigkeit der Kinder vorgenommen wird. ...<<

Rudolf Heß begrüßte Adolf Hitler am 14. September 1935 auf dem NS-Reichsparteitag in Nürnberger mit folgenden Worten (x301/55): >>Mein Führer!

Sie haben durch den Sieg über den Bolschewismus in Deutschland uns die innere Freiheit erkämpft. Sie haben ... Deutschland die Freiheit nach außen errungen, ... uns den Glauben und die Freude am Leben wiedergegeben.

Ergriffen steht die Nation vor dem Schauspiel eigener Auferstehung.

Deutschland wurde frei, weil Sie ... die Ideale der Front: kameradschaftliches Einstehen füreinander, Einordnung um der höheren Gemeinschaft willen, Klassenüberwindung, Opferbereitschaft, zu Idealen der gesamten Nation gemacht haben.

Deutschland ist frei, weil unter diesen Idealen hunderttausende Deutscher im Braunhemd ... die Voraussetzungen zur Erinnerung der Freiheit schufen.

Deutschland ist frei, weil Sie der Führer sind, Adolf Hitler: Sieg Heil!<<

Hitler erläuterte damals im Nürnberger Stadion vor 54.000 Jungen der Hitlerjugend die Ideale der NS-Jugend (x032/230): >>... Flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl.<<

Ein Teilnehmer berichtete später über den NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x301/55-56): >>... Fast eine Stunde dauert dieser Triumphzug im wahrsten Sinne des Wortes kreuz und quer durch die alte Stadt Nürnberg. Der Eindruck der Hitler in ekstatischer Begeisterung zujubelnden Menschenmasse war überwältigend. Mir fiel jedesmal von neuem auf, mit welchem Gesichtsausdruck einer fast biblischen Hingabe die Menschen Hitler wie verzückt und ver-

zaubert ansahen.

Es war wie ein Massentaumel, der Tausende und aber Tausende den ganzen langen Weg über dem Anblick Hitlers erfaßte. Wie im Delirium streckten die Menschen ihm die Arme entgegen und begrüßten ihn mit lautem Schreien und Heilrufen. Eine Stunde lang immer im Brennpunkt dieses frenetischen Jubels entlangzufahren, war geradezu eine physische Anstrengung, die man am Schluß der Fahrt in einer richtiggehenden Erschöpfung spürte.

Irgendwie wurde auch die geistige Widerstandskraft gelähmt – man hatte fast das Gefühl, als müsse man an sich halten, um nicht auch in den Jubel einzustimmen.

Ich wurde Gott sei Dank während der Fahrt durch meine Dolmetschertätigkeit immer wieder in Anspruch genommen und abgelenkt, aber ich habe erlebt, wie Engländern und Franzosen manchmal die Tränen in den Augen standen vor innerer Bewegung über das, was sich vor ihren Augen und Ohren abspielte.<<

Der NS-Reichstag beschloß in Nürnberg am 15. September 1935 ein "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das sogenannte "Reichsbürgergesetz".

Nach dem Erlaß der "Nürnberger Gesetze" (15.09.1935) verloren die Juden alle staatsbürgerlichen Rechte, wenn sie keinen "Ariernachweis" besaßen.

Das NS-Regime forderte bereits seit April 1933 einen sogenannten "Ariernachweis" (Arier = angebliche nordische Rasse) von allen staatlichen Bediensteten. Der "Ariernachweis" (Adel bis zum Jahre 1750 und NSDAP-Parteimitglieder bis zum Jahre 1800) mußte mit Geburts- und sonstigen Urkunden nachgewiesen werden (x032/185).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Abstammungsnachweis" (x051/12-13): >>Abstammungsnachweis (Ariernachweis), aufgrund der Nürnberger Gesetze (15.9.35) von jedem deutschen Bürger im Dritten Reich zu erbringender Beweis, daß er "arischer Abstammung" sei.

Mit Geburts- oder Tauf- und Heirats- oder Trau-Urkunden war zu belegen, daß kein Eltern- oder Großelternanteil "vollartfremden, insbesondere jüdischen Blutes" war. Ein lückenloser Abstammungsnachweis war Voraussetzung für volle Bürgerrechte (auch Volksgenosse).

Für die Aufnahme in die NSDAP und ihre Gliederungen war ein "großer Abstammungsnachweis" vorgeschrieben, der den Nachweis "deutscher oder artverwandter Abstammung" bis ins Jahr 1800 vorsah. Über Zweifelsfälle entschied eine Reichsstelle für Sippenforschung im Innenministerium. Bei der Urkundenbeschaffung konnte man die Hilfe beruflicher Sippenforscher in Anspruch nehmen.<<

Die Assessorin Alisa Schapira schrieb später über die "Nürnberger Gesetze" (x051/423-424): >>Nürnberger Gesetze, Sammelbezeichnung für zwei Rassengesetze der nationalsozialistischen Regierung, die anläßlich des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg am 15.9.35 verabschiedet wurden (RGBl I, S. 1.146): Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre sowie Reichsbürgergesetz.

Das sogenannte Blutschutzgesetz sah für Übertretungen des Verbots der Eheschließung und des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Juden und "Deutschblütigen" Zuchthausstrafen vor und war die Grundlage für eine Vielzahl von Strafverfahren wegen Rassenschande. Mit dem Reichsbürgergesetz wurde für "Arier" der neue Status des Reichsbürgers geschaffen, an den alle politischen Rechte geknüpft waren, während Juden nur die Staatsbürgerschaft behielten.

Jude war, wer von drei jüdischen Großelternanteilen abstammte, als Jude galt, wer zwei jüdische Großeltern hatte und der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörte oder mit einem "Volljuden" verheiratet war. Diese in der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz enthaltene gesetzliche Definition war Ergebnis eines Kompromisses zwischen der NSDAP und der Ministerialbürokratie, die nur Personen mit vier jüdischen Großeltern zu Nichtariern hatte erklären wollen, während die NSDAP die Gleichstellung aller "Voll-", "Halb-" und "Vierteljuden" anstreb-

te.

Auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze wurden weitere Berufe für Juden geschlossen und die letzten Juden aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Da schon der bloße Verdacht der "Rassenschande" gefährlich wurde, gerieten die Juden weiter in die Isolation und wurden Menschen zweiter Klasse.

Zwar erkannten die Nürnberger Gesetze den Juden einen – wenn auch minderwertigen – Rechtsstatus zu und nährten damit bei ihnen die Hoffnung auf ein Ende der antijüdischen Maßnahmen. Im Rückblick aber erscheinen die Nürnberger Gesetze als eine der zentralen Maßnahmen im Prozeß der ständigen Verschärfung der Judenverfolgung.

Nach der ersten Terrorwelle des Jahres 1933, der Entfernung der Juden aus dem öffentlichen Leben und der anschließenden Konsolidierungsphase des Regimes entsprachen die Nürnberger Gesetze den 1934/35 erneut laut werdenden antisemitischen Parteiforderungen nur zum Teil, da die Position der Juden in der Wirtschaft weitgehend unangetastet blieb. Reichswirtschaftsminister Schacht befürchtete negative Konsequenzen bei einer zu schnellen und radikalen Ausschaltungspolitik. Ebenso dürften außenpolitische Rücksichten vor dem Olympiajahr 1936 die Partei- und Staatsführung von weitergehenden Maßnahmen abgehalten haben.

Als Abschluß der antijüdischen Maßnahmen wurden die Nürnberger Gesetze von der NSDAP zu keiner Zeit akzeptiert. Sie wurden bedeutungslos, als nach vollzogener Aufrüstung und im Zuge der sich verfestigenden Kriegspläne Hitlers die Hindernisse für radikalere Angriffe auf die Juden wegfielen. Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 und der Arisierung wurden die Juden absolut rechtlos gestellt.<<

Im "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 15. September 1935 hieß es (x128/176): >>Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, ... hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen. ...

§ 1. 1. Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Auslande geschlossen sind. ...

§ 2. Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3. Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.

§ 4. 1. Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten. ...

§ 5. 1. Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

2. Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.

3. Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. ...<<

Im "Reichsbürgergesetz" vom 15. September 1935 hieß es (x243/59): >>... § 2. Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen. ... Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Begriff "Rassenschande" (x051/467): >>Rassenschande, Straftatbestand gemäß Blutschutzgesetz vom 15.9.35 (RGBl I, S. 1.146): Eheschließung sowie "außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes".

Da Eheschließungen der genannten Art verboten wurden, blieb als Delikt der außereheliche Verkehr, bei dem laut Gesetz sich nur der Mann strafbar machte. In den zahlreichen Verfahren

wegen Rassenschande, herbeigeführt meist durch Denunziationen aus Rache oder Eifersucht, wurde aber auch häufig gegen Frauen verhandelt.

Am Ende standen meist drastische Strafen (Zuchthaus), die im Krieg noch verschärft wurden. Nach der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 wurde nicht selten sogar auf Todesstrafe erkannt, wenn dem Angeklagten die Ausnutzung der Kriegsumstände (Verdunkelung, Not u.a.) angelastet werden konnte.

Rassenschande führte auch oft ohne Verfahren zu KZ-Einweisung (z.B. bei Fremdarbeitern). Der Begriff war zwar insbesondere auf Juden geprägt, wurde aber auch für Verhältnisse mit sonstigen "Artfremden" verwendet.<<

Hitler erläuterte in Nürnberg am 15. September 1935 außerdem die Notwendigkeit der unentwegten Erziehung des deutschen Volkes (x129/50): >>Was früher vorübergehend zwei Jahre lang eine Schulung der Nation war, um dann im Leben und durch die politische Tätigkeit der Parteien wieder verloren zu gehen, das wird jetzt treuen Händen übergeben und aufbewahrt werden für das deutsche Volk. Dann wird sich erst der Kreis der Erziehung unseres Volkes schließen.

Der Knabe, er wird eintreten in das Jungvolk, und der Pimpf, er wird kommen zur Hitlerjugend, und der Junge der Hitlerjugend, er wird dann einrücken in die SA, in die SS und die anderen Verbände, und die SA-Männer und die SS-Männer werden eines Tages einrücken zum Arbeitsdienst und von dort zur Armee; und der Soldat des Volkes wird zurückkehren wieder in die Organisation der Bewegung, der Partei, in SA und SS, und niemals mehr wird unser Volk dann so verkommen, wie es leider einst verkommen war.<<

Der NS-Reichstag beschloß ferner am 15. September 1935, die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik durch die kaiserlichen Farben schwarz-weiß-rot (mit einem Hakenkreuz) zu ersetzen.

NS-Reichsinnenminister Frick ließ am 20. September 1935 das Beflaggen öffentlicher Gebäude mit der schwarz-rot-goldenen Fahne verbieten.

Am 23. September 1935 wurden die "freiwilligen Spenden" für das NS-Winterhilfswerk festgelegt. Lohn- und Gehaltsempfänger zahlten danach monatlich 10 % der Einkommensteuer als "freiwillige Spenden" (x032/232).

Der ehemalige deutsche KPD-Abgeordnete Wilhelm Pieck erklärte am 3. Oktober 1935 während einer Konferenz der kommunistischen Partei in Moskau (x032/235): >>... Die Partei hat verkannt, daß sie von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampfe um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte übergehen müssen; wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.<<

Italienische Truppen marschierten am 3. Oktober 1935 ohne offizielle Kriegserklärung in das afrikanische Kaiserreich Äthiopien (früher Abessinien) ein.

Äthiopien wurde danach im Jahre 1936 durch Italien annektiert.

Hitler nutzte damals die "Gunst der Stunde" und stellte sich sofort auf Mussolinis Seite. Obgleich Mussolini keine Völkerbundsproteste beachtete und außerdem frühzeitig bekannt wurde, daß die Italiener sogar Giftgas gegen die Afrikaner einsetzten, lieferte das NS-Regime kriegswichtige Rohstoffen an Italien.

Herbert Lehman (damaliger Gouverneur von New York) bat US-Präsident Roosevelt am 1. November 1935, die Einwanderungsquote für Juden zu erhöhen (x172/70): >>... Aus Deutschland kommen die besten Einwanderer. ... Vielen Neuankömmlingen der letzten Monate bin ich selbst begegnet, und sie machten auf mich den Eindruck, als seien sie vom gleichen Schlag wie Carl Schurz, mein Vater oder andere Deutsche, die um 1848 herkamen und später zu unseren angesehensten Bürgern zählten. ...<<

Am 7. November 1935 wurde bei der Vereidigung der Rekruten des ersten Wehrpflichtjahr-

ganges erstmals die neue Reichskriegsflagge gehißt.

Hitler schrieb damals in seinem Tagesbefehl (x032/241): >>... Den Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot seid ihr verpflichtet, zu treuem Dienst im Leben und im Sterben.<<

Der Kölner NSDAP-Amtsleiter für Rassenpolitik erklärte am 7. November 1935 (x032/241-242): >>... Allein der Rassestandpunkt zwingt mich zu erklären, daß die Juden aus Europa verbannt werden müssen, nicht etwa, weil sie Schandtaten begehen, sondern weil sie Juden sind.<<

In München ließ das NS-Regime am 9. November 1935 die 16 Toten des 1923 gescheiterten "Hitler-Putsches" in einem neuerrichteten NS-Ehrentempel beisetzen.

Alle Juden, die noch öffentliche Arbeitsplätze besaßen, wurden am 14. November 1935 aufgrund des "Reichsbürgergesetzes" entlassen.

Gemäß Reichsbürgergesetz-DVO vom 14. November 1935 galt jeder Deutsche als Jude, wenn er von mehr als 2 volljüdischen Großeltern abstammte. Die Juden wurden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, verloren alle Bürgerrechte, mußten sich aber den "Gesetzen" des NS-Staates unterordnen. Alle jüdischen Kinder, auch wenn nur ein Elternteil Jude war, mußten sofort die höheren Schulen verlassen. Eine Ehe zwischen "arischen" Deutschen und Juden oder Halbjuden stellte eine unentschuld bare "Rassenschande" dar.

Der ausgebürgerte deutsche Journalist und Schriftsteller Kurt Tucholsky (1890-1935, lebte ab 1924 in Paris und seit 1929 in Schweden) beging am 21. Dezember 1935 im schwedischen Exil in tiefer Resignation Selbstmord.

Carl J. Burckhardt (1891-1974, schweizerischer Geschichtspr ofessor, ab 1937 Völkerbunds-kommissar in Danzig, Beauftragter des Internationalen Roten Kreuzes) berichtete über eine persönliche Begegnung mit dem KZ-Häftling Carl von Ossietzky im Jahre 1935 (x149/80): >>Ein zitterndes, totenbleiches Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein schien, ein Auge verschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen, er schleppte ein gebrochenes, schlecht verheiltes Bein.

... "Herr von Ossietzky", sprach ich ihn an, "ich bringe Ihnen die Grüße Ihrer Freunde, ich bin Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, ich bin hier, um Ihnen, soweit uns dies möglich ist, zu helfen."

Nichts.

Vor mir, gerade noch lebend, stand ein Mensch, der an der äußersten Grenze des Tragbaren angelangt war.

Kein Wort der Erwiderung.

Ich trat näher. Jetzt füllte sich das noch sehende Augen mit Tränen, lispelnd unter Schluchzen sagte er: "Danke, sagen Sie den Freunden, ich sei am Ende, es ist bald vorüber, bald aus, das ist gut." ...<<

Herbert Wehner (1906-1990, von 1927-1942 Mitglied der KPD, 1949-1983 SPD-Abgeordneter des Bundestages) floh im Jahre 1935 nach Schweden und später nach Moskau (1937).

Eine jüdische Zeitzeugin aus Dortmund berichtete über die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung im Jahre 1935 (x067/138): >>Einige Tage, nachdem ... (ein jüdischer) Arzt mit seiner Familie Dortmund verlassen hatte, waren wir bei Freunden eingeladen. Die Unterhaltung kreiste verständlicherweise vor allem um die Flucht des Arztes, und die Diskussion wurde sehr erregt. Die meisten Männer verurteilten die Flucht. "Das ist ein Mangel an Mut, jetzt zu einem Zeitpunkt das Land zu verlassen, da wir alle fest gegen Unterdrückung und Haß zusammenhalten sollten."

Die Frauen protestierten heftig; sie fanden, daß es mehr Mut erfordere, wegzugehen als zu bleiben. "Wozu sollen wir hierbleiben und auf unseren allmählichen Ruin warten? Ist es nicht besser zu gehen und sich eine neue Existenz woanders aufzubauen, bevor unsere Kräfte durch den dauernden physischen und psychischen Druck hier erschöpft sind? Ist die Zukunft unserer

Kinder nicht viel wichtiger als ein völlig sinnloses Durchhalten angesichts der Ideologie und der Verbrechen der Nazis?" Alle Frauen, ohne Ausnahme, waren dieser Meinung und nahmen für den Arzt Partei, während die Männer mehr oder weniger leidenschaftlich dagegen sprachen.

Auch auf dem Heimweg diskutierte ich noch mit meinem Mann. Wie alle anderen Männer konnte er sich einfach nicht vorstellen, wie man seine geliebte Heimat und die Pflichten, die das Leben eines Mannes ausmachen, verlassen könne.

"Könntest du alles wirklich aufgeben, um sozusagen ins Nichts zu gehen?" Aus dem Klang seiner Stimme merkte ich, wie sehr ihn schon der bloße Gedanke daran erregte.

"Ich könnte es", sagte ich, ohne eine Sekunde zu zögern.

"Ja, ich könnte es", wiederholte ich noch einmal, "denn es würde ja auch bedeuten, ein neues Leben zu beginnen." und ich war tief überzeugt von dem, was ich sagte. ...<<

Ab 1935 führte das NS-Regime Kinderbeihilfen und Steuerermäßigungen für kinderreiche Familien ein. Uneheliche Kinder störten die Nazis nicht, denn damals kam es vor allen Dingen darauf an, daß dem Führer viele Kinder "geschenkt" wurden.

Eva Braun, die im Herbst 1935 bereits ihren 2. Selbstmordversuch durchführte, lebte danach, völlig von der Außenwelt isoliert, auf dem "Berghof" in Berchtesgaden.

Im Jahre 1935 veranstaltete die NSDAP beim Bückeberg (bei Hameln) wieder ein riesiges Erntedankfest. Hitler, der vor dem "Erntealtar" die "Erntekrone" entgegennahm, feierte die Bauern (1937 waren es z.B. mindestens 1,2 Millionen Teilnehmer), als den "wahren" deutschen Adel. Die sogenannte "staatstragende Schicht" der deutschen Bauern wurde von der NSDAP aus politischen und ideologischen Gründen bevorzugt behandelt (Autarkie, "Blut- und Bodenkult"), während die deutschen Arbeiter bis zum Schluß immer wieder Probleme bereiteten.

Ein NSDAP-Mitglied berichtete im Jahre 1935 über das Erntedankfest auf dem Bückeberg (x121/125): >>Ich werde es nie vergessen!

Erntedankfest 1935 auf dem Bückeberg!

Im kühlen Winde des werdenden Morgens geht's weiter, im Gleichschritt und mit Gesang. Kommandos hallen ...

Auf einem der Weserberge blitzt regelmäßig ein Licht auf: Wegweiser der Nachtflugzeuge.

Fahnen des Bückeberges tauchen – mit ihren Masten noch im Nebel – flatternd auf, grüßend empfängt uns unser Zeichen: das Hakenkreuz!

Massen rücken an; werden es Hunderttausende, gar Millionen sein?

Wir stehen! Stehen am Weg zur oberen Tribüne. Der Führer muß an uns vorbei!

Die Uhr zeigt sieben. So früh noch, und – erst Mittag soll er kommen. Lange Zeit. ...

Langsam wälzen sich von allen Seiten Menschenströme heran; langsam ohne Ende. Unsere Augen suchen mit einem Glase den Horizont ab: Menschen – Menschen. Absperrkommandos säumen die Straßen. Mikrophone, Lautsprecher werden in Ordnung gebracht zum großen Appell. ...

Musik rauscht auf. Ehrenkompanien rücken an. Herrlich der Parademarsch! Vor dem Mikrophon gruppieren sich 4 Kapellen. Marschmusik!

Unsere Körper recken sich. Und wir stehen, stehen ... Trachtengruppen tanzen Tänze der Heimat. ...

Massen stauen sich auf den Straßen. Es geht nicht weiter. Ein Raunen geht durch die Luft, es wird zum Rauschen. Der Führer kommt!!

Er kommt zu uns, seinen Bauern! Er steht im Wagen, seine Hand grüßt. Jubel, nichts als Jubel! Jetzt kommt er den Berg herauf! Da, da unten kommt er, seht ihr ihn, wie er grüßt, wie er lacht?

Da ist der Reichsbauernführer, da Himmler, Goebbels, Göring, da ist ...

In den Augen der Umstehenden schimmern Tränen ... Kanonen donnern. Die Schlacht um das Bückedorf tobt. Großartiges Schauspiel! –

Dr. Goebbels spricht, Nach ihm Darré. Dann der Führer. Eherne Worte stehen als Wirklichkeit vor uns. Wecken in uns, in mir den Willen zu neuem Kampfe, neuem Siege. Deutschland steht, kämpft! Unter unseren Fahnen können nur Sieger stehen! Dann ist alles vorbei. –

Wieder rattert der Zug durch die Nacht. Trägt uns der Heimat zu. – Kampferlebnis! ... In die Seele gebrannt ist es.<<

Der deutsche Historiker Klaus Vondung schrieb später über den "Bückeberg" (x051/94): >>Bückeberg, Berg bei Hameln, 1933-37 Ort der zentralen Feier des Erntedanktages (1938 wegen der Sudetenkrise, ab 1939 wegen des Krieges ausgefallen).

Hunderttausende von Bauern wurden alljährlich aus allen Teilen des Reiches zum Bückeberg geschafft, bis zu 1,2 Millionen 1937. Der Abhang des Bückeberges bildete die riesige Tribüne, auf der die Massen Platz fanden. Mitten hindurch führte ein 800 m langer Weg zur Bergkuppe, den Hitler beschrift und der auf seinen Wunsch als "Der Weg durch das Volk" bezeichnet wurde.

Vor dem "Erntealtar" auf dem Gipfel nahm Hitler die "Erntekrone" entgegen als Zeichen, daß der Bauernstand die eingebrachte Ernte der Nation übergab. Seit Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 fand anschließend eine Schauübung der Wehrmacht statt, die die Einheit von "Nährstand" und "Wehrstand" zum Ausdruck bringen sollte.<<

Rainer Sontowski schrieb später über den "Reichsnährstand" (x051/480): >>Reichsnährstand, am 19.3.33 durch Gesetz gegründete Monopolorganisation, in der alle Personen und Betriebe der landwirtschaftlichen Erzeugung, Be- und Verarbeitung und der Handel mit Agrarprodukten zusammengefaßt waren (Zwangsmitgliedschaft). Im Reichsnährstand gingen auch die im Zug der Gleichschaltung aufgelösten landwirtschaftlichen Interessenverbände und die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen der Landwirtschaft (Landwirtschaftskammer) auf. Er war die Trägerorganisation für die gesamte nationalsozialistische Agrarpolitik.

An der Spitze des Reichsnährstands stand Reichsbauernführer und Landwirtschaftsminister Darré, dem ein eigener administrativer Apparat beigeordnet war. Darunter rangierten, streng hierarchisch gegliedert, Landes-, Kreis- und Ortsbauernschaften. In horizontaler Richtung gliederte sich der Reichsnährstand auf Reichs-, Landes- und Kreisebene in drei Ressorts:

1. Der Hauptabteilung "Der Mensch" waren die Aufgaben übertragen, denen sich bisher die freien landwirtschaftlichen Organisationen, Vereine und Verbände gewidmet hatten.

Hinzu kamen nun die Eindämmung der Landflucht und die Umsetzung der Blut-und-Boden-Ideologie (u.a. Erbhofgesetz, Neubildung deutschen Bauerntums). –

2. Die Hauptabteilung "Der Hof" bearbeitete die fachlichen und betrieblichen Angelegenheiten der Landwirtschaft, die zuvor von den Landwirtschaftskammern wahrgenommen wurden, insbesondere Leitung und Durchführung der "Erzeugungsschlacht".

3. Die Hauptabteilung "Der Markt" hatte die gesamte landwirtschaftliche Marktordnung zu organisieren und zu überwachen. Dazu gehörten die Regelung der Einfuhren, die Erfassung der inländischen Produktion und deren gemeinsame Verteilung; überdies die Lenkung von Produktion und Absatz in Richtung der angestrebten Autarkie durch Kontrolle der Markt- und Preisverhältnisse (u.a. Festlegung von Verarbeitungskontingenten, Lieferbedingungen, Handelsspannen).<<

Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schrieb später über die "Wirtschaft" des NS-Regimes in den Jahren 1935/36-1938/39 (x051/649-651): >>(Wirtschaft) ... 2) 1935/36-38/39: Diese Phase stand ganz im Zeichen des Vierjahresplans von 1936 und den damit verbundenen (im Vergleich zur vorhergehenden Phase) stark erhöhten Rüstungs- und Autarkieanstrengungen. Immer größere Teile der Volkswirtschaft wurden in das Rüstungs- und Autarkiekarussell in direkter und indirekter Weise einbezogen; erinnert sei in diesem Zusammenhang an die

"landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht", an die Entwicklung von Ersatzrohstoffen und an die ökonomisch unrationelle Ausbeutung und Verhüttung deutscher Eisenerzvorkommen.

Die Vorgabe von Planzahlen und Leitlinien sowie die Ausarbeitung von "Kostenrichtsätzen" gaben den Rahmen ab, innerhalb dessen die (zum Teil hochsubventionierte) Rüstungsindustrie äußerst gewinnbringend wirtschaftete, so daß ein großer Teil der Investitionen durch Eigenkapital finanziert werden konnte. Dieses System führte sektoral zu beachtlichen Leistungssteigerungen, obwohl die Planzahlen (zum Teil bei weitem) nicht erfüllt werden konnten.

Wenngleich sich die Abhängigkeit vom Ausland verringerte (relative Teilautarkie), so war die Rohstofffrage - ungeachtet der Rohstofflenkung - nach wie vor die wirtschaftliche "Achillesferse" des Regimes.

Auch der Wehrwirtschaftliche Neue Erzeugungsplan von 1938, der sich auf einige wenige Produkte konzentrierte, blieb unter solchem Aspekt letztlich Stückwerk. Zudem waren die relativen Erfolge des Vierjahresplans schwer erkaufte, wirtschaftliche Probleme traten auf verschiedenen Ebenen zutage: 1935/36 kam es zur ersten großen Devisenkrise. Die Devisenverknappung resultierte aus dem durch die Aufrüstung gestiegenen Bedarf an Devisen für bestimmte Rohstoffimporte, der weder durch Senkung der Nahrungsmittelimporte noch durch Steigerung der Exporterlöse "ausgeglichen" werden konnte.

Probleme zeigten sich auch gegen Ende dieser Phase auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit war durch die binnenwirtschaftliche Rüstungskonjunktur in Arbeitskräftemangel umgeschlagen. Ungeachtet verschiedener Versuche der DAF zur Regulierung der Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots hatten darunter als erste die Landwirtschaft sowie die (Konsum- und) Exportgüterindustrien zu leiden, während die Rüstungsindustrie mittels materieller Anreize (trotz Lohnstopp) damals noch ausreichend Arbeitskräfte anwerben konnte.

Die Abwanderung der Arbeitskräfte in die Rüstungsindustrien war ein Zeichen für die zunehmende Disproportionalität der Wirtschaftssektoren.

Seit 1936 fiel infolge gezielter staatlicher Investitionslenkung (z.B. durch Investitionsverbote in der Konsumgüterindustrie) etwa die Hälfte aller industriellen Anlageinvestitionen allein in den Bereich der durch den Vierjahresplan kontrollierten rüstungswichtigen Wirtschaftszweige. Die Einschränkungen in den Konsumgüterindustrien hatten zur Folge, daß die langsam anwachsende Kaufkraft der Bevölkerung trotz massiver Verbraucherbeeinflussung und Nachfrage lenkung immer weniger durch ein adäquates Warenangebot befriedigt werden konnte.

Insgesamt gesehen war diese Phase von einer versteckten Austerity-Politik gekennzeichnet. Die Wirtschaft produzierte schließlich weniger "Butter und Kanonen" - wie Göring einmal meinte -, sondern eher "Kanonen und Kunsthonig"; sie erbaute in erster Linie nicht Wohnungen, sondern Bunker und Befestigungsanlagen (z.B. Westwall).

Zusehends wuchsen auch die Steuerungsprobleme der Wirtschaft: Ämter schossen wie Pilze aus dem Boden (Vierjahresplanbehörde), die ihrerseits mit dem System der Sonderbevollmächtigten konfrontiert waren. Dabei wurde einerseits eine partielle Flexibilität bei der Erfüllung spezifischer Wirtschaftsaufgaben erreicht, andererseits machten die Kompetenzstreitigkeiten die Wirtschaftsorganisation auch wiederum schwerfällig.

In der Literatur hat sich für dieses "Kompetenzgestrüpp" der Begriff der "Polykratie" eingebürgert; und zwar für ein systemtypisches Phänomen von wildwüchsig auftretenden Interessen bei gleichzeitigem Abgehen von den Prinzipien einer von einer funktionierenden Bürokratie getragenen rationellen Herrschaft (im Sinne Max Webers).

Ein weiteres Krisenfeld bildeten die Staatsfinanzen. 1938/39 waren die Gold- und Devisenreserven weitgehend erschöpft. Die Staatsschuld hatte sich in den wenigen Jahren nach 1933 verdreifacht. Die Mefo-Wechsel, letztlich ausgestellt als Wechsel auf die noch zu erobernden Rohstoff- und Absatzgebiete, drängten auf "Einlösung".

Zur Diskussion steht die Frage, ob die genannten ökonomischen Krisenphänomene "nur" als

Teilkrisen zu kennzeichnen sind oder ob die These berechtigt ist, daß sich die Einzelkrisen 1938/39 zu einem gewaltigen Krisensyndrom verdichtet haben, die den Zeitpunkt (nicht die Gründe) für den Kriegsausbruch als eine "Flucht nach vorne" erklären helfen.

Läßt man sich auf die zuletzt genannte Annahme ein, so muß dann allerdings auch die noch immer weit verbreitete Auffassung, daß die Nationalsozialisten die Wirtschaftskrise 1933/34 überwunden hätten, neu überdacht werden: Denn dann hätte die Aufrüstung zwar die "alte" Wirtschaftskrise "überwunden", aber gleichzeitig den Kern für eine neue gelegt, die allerdings wegen ihres anderen Charakters (keine Arbeitslosigkeit) und aufgrund der weitgehend fehlenden Informationsmöglichkeiten der Öffentlichkeit nicht oder nur in Ansätzen bewußt geworden ist.

Ein Wirtschaftsexperte wie Schacht, der die neue Politik in den ersten Jahren selbst an verantwortlicher Stelle mitgetragen hatte, sah allerdings ab 1935/36 sehr wohl die Krisengefahr voraus; vergeblich schlugen er und andere ein geringeres Aufrüstungstempo sowie verstärkte Bemühungen um eine größere Einbindung der deutschen Wirtschaft in den Weltmarkt vor. Seine Ablösung als Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident ist in diesem Zusammenhang zu sehen (Nachfolger Funk). ...<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Manfred Hausmann (1898-1986) verfaßte im Jahre 1935 den Text des Liedes "Es tropft von Helm und Säbel ..." (x846/...):

>>1. Es tropft von Helm und Säbel,
Die Erde ruht so bang.
Wir traben durch den Nebel
Mit Trommel und Gesang.
Nun schlägt die Trommel fester
Für alles Glück und Gut.
Und schlägt sie auch mal leise
Für unser junges Blut.

2. Der Nebel zieht in Schwaden,
Es riecht so süß nach Heu,
Ihr lieben Kameraden,
Wir bleiben euch getreu.
Drum schlägt die Trommel fester
Für alles Glück und Gut.
Und schlägt sie auch mal leise
Für unser junges Blut.

3. Wir reiten immer weiter,
Wir haben das Gebot.
Wir sind verlorne Reiter
Und reiten in den Tod.
Drum schlägt die Trommel fester
Für alles Glück und Gut.
Und schlägt sie auch mal leise
Für unser junges Blut.<<

Der deutsche Wehrmachtsoffizier Kurt Wiehle verfaßte im Jahre 1935 den Text des Soldatenliedes "Ob's stürmt oder schneit ..." (x846/...):

>>1. Ob's stürmt oder schneit,
Ob die Sonne uns lacht,
Der Tag glühend heiß

Oder eiskalt die Nacht.
Bestaubt sind die Gesichter,
Doch froh ist unser Sinn,
Ist unser Sinn;
Es braust unser Panzer
Im Sturmwind dahin.

2. Mit donnernden Motoren,
Geschwind wie der Blitz,
Dem Feinde entgegen,
Im Panzer geschützt.
Voraus den Kameraden,
Im Kampf steh'n wir allein,
Steh'n wir allein,
So stoßen wir tief
In die feindlichen Reih'n.

3. Wenn vor uns ein feindliches
Heer dann erscheint,
Wird Vollgas gegeben
Und ran an den Feind!
Was gilt denn unser Leben
Für unsres Reiches Heer?
Ja Reiches Heer?
Für Deutschland zu sterben
Ist uns höchste Ehr.

4. Mit Sperren und Minen
Hält der Gegner uns auf,
Wir lachen darüber
Und fahren nicht drauf.
Und droh'n vor uns Geschütze,
Versteckt im gelben Sand,
Im gelben Sand,
Wir suchen uns Wege,
Die keiner sonst fand.

5. Und läßt uns im Stich
Einst das treulose Glück,
Und kehren wir nicht mehr
Zur Heimat zurück,
Trifft uns die Todeskugel,
Ruft uns das Schicksal ab,
Ja Schicksal ab,
Dann wird uns der Panzer
Ein ehernes Grab.<<

Stalin (seit 1935 absoluter Alleinherrscher) ließ ab 1935 in der gesamten Sowjetunion groß-angelegte "Säuberungsaktionen" und öffentliche Schauprozesse durchführen.
Im Verlauf dieser systematischen "Säuberungen" wurden alle vermeintlichen Gegner der Sta-

lin-Diktatur (Lenin-Anhänger, "Trotzkisten", ausländische Kommunisten und verdächtige Offiziere der Roten Armee, Berufsverbrecher mit mehr als 3 oder 4 Vorstrafen und andere) in den sowjetischen Zwangsarbeitslagern "kaltgestellt" oder sofort liquidiert.

Dem radikalen Stalinismus fielen danach Jahr für Jahr unzählige Unschuldige zum Opfer.

Der jugoslawische Politiker und serbische Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995, jugoslawischer KP-Generalsekretär) schrieb später über die innere Struktur des radikalen Stalinismus (x243/142): >>... Es war der größte Irrtum, daß die Industrialisierung und die Kollektivierung in der UdSSR im Verein mit der Vernichtung des kapitalistischen Eigentums eine klassenlose Gesellschaft herbeiführen würden. ...

Tatsächlich waren die kapitalistische und andere Klassen des alten Regimes vernichtet worden, dafür hatte sich eine neue Klasse gebildet, wie die Geschichte sie früher nicht gekannt hatte. Diese neue Klasse, die ... politische Bürokratie, trägt alle Merkmale früherer Klassen, und einige neue, die nur ihr eigen sind. ...

Die neue Klasse bezieht ihre Macht, ihre Ideologie und ihre Gewohnheiten aus ... dem Kollektiveigentum, das die Klasse "im Namen" des Volkes und der Gesellschaft verwaltet und verteilt.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Stalins rücksichtslose "Säuberung" der sowjetischen Kommunistischen Partei (x192/435-436): >>... Zunächst ließ er 1935 einige seiner Gegner in höheren Positionen verhaften; 1936 wurde dann eine Gruppe früherer Kritiker des Hochverrats beschuldigt und vor Gericht gestellt. Nach 1937 erfaßten die Verhaftungen schließlich auch Offiziere der Roten Armee, Diplomaten, Industriedirektoren und lokale Parteifunktionäre.

Alles in allem wurden zwischen 1935 und 1939 in einer grauenhaften Vernichtungskampagne etwa 8 Millionen Russen verhaftet, von denen 90 Prozent umkamen – entweder durch Hinrichtung mit oder ohne Prozeß oder in den sibirischen Arbeitslagern.

Die stalinistische Hexenjagd führte zu einer katastrophalen Schwächung der innen- und außenpolitischen Position des Landes. Einerseits reduzierte der Verlust so vieler erfahrener Verwaltungskräfte und Fachleute aus allen Schichten die Leistungsfähigkeit und hemmte das Wachstum; andererseits verlor die Sowjetunion durch die Schauprozesse im Ausland stark an Glaubwürdigkeit.

Vor allem aber wurde die Hälfte der hochrangigen Offiziere der sowjetischen Streitkräfte eliminiert – eine gefährliche Schwächung der militärischen Position des Landes gegenüber der wachsenden Stärke der Deutschen im Westen und der Japaner im Osten.<<

Nach Hitlers Machtergreifung erhielten die Volksdeutschen in Jugoslawien allmählich größere Freiheiten. Ab 1935 normalisierte sich die Lage der Volksdeutschen, denn die jugoslawische Regierung wollte nach Möglichkeit jegliche Feindschaft mit dem gefährlichen NS-Regime vermeiden.

Franco wurde im Jahre 1935 zum Oberbefehlshaber der spanischen Armee in Marokko ernannt.

Ende 1935 scheiterte in Spanien die rechtskonservative Zentrumsregierung an den Folgen eines Finanzskandals.

Winston Churchill lobte Hitler im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<

Ein Arbeiter berichtete im Jahre 1935, warum er ein Anhänger der Politik des US-Präsidenten Roosevelt war (x149/65): >>Da ist etwas, das ist mehr wert als Geld. Das ist das Bewußtsein, daß der Arbeiter den Bossen und ihren gerissenen Rechtsanwältinnen und allen ihren Tricks nicht allein gegenübersteht. Da ist jetzt eine Regierung, die dafür sorgt, daß die Dinge gerecht für uns laufen.

Ich sage ihnen: Das ist mehr als Geld. Es gibt ihnen ein gutes Gefühl. ...<<

Ein Erdbeben in Belutschistan forderte im Jahre 1935 etwa 30.000 indische Todesopfer (x175/60).

Mao Zedong wurde im Jahre 1935 Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas.

Der chinesische Schriftsteller Tian Han (1898-1968) verfaßte im Jahre 1935 den Text der späteren Nationalhymne Chinas (x230/36):

>>Steht auf! Wir wollen keine Sklaven sein.

Die lange Mauer bauet neu aus Fleisch und Blut.

Denn Chinas Volk schwebt in der äußersten Gefahr,

Und die Bedrückten schreien laut vor Wut: Steht auf! Steht auf! Steht auf!

Mit tausend Leibern, doch im Herzen eins, trotz feindlicher Kanonen: Vorwärts!

Trotz feindlicher Kanonen: Vorwärts! Vorwärts! Voran!<<

Der deutsche NS-Politiker Wilhelm Gustloff (1895-1936, seit Februar 1932 NSDAP-Landesgruppenleiter in der Schweiz) wurde am 4. Februar 1936 in Davos von dem jugoslawischen Staatsangehörigen David Frankfurter erschossen.

Wilhelm Gustloff wurde später zu einem "NS-Märtyrer" ernannt (Namensgeber für ein KdF-Schiff etc.).

In Garmisch-Partenkirchen wurden am 6. Februar 1936 die IV. Olympischen Winterspiele eröffnet.

An diesen Olympischen Winterspielen nahmen 28 Nationen teil. Die Deutschen stellten mit 148 Sportlern die größte Mannschaft, während Griechenland mit 3 Sportlern die kleinste Mannschaft stellte.

Hitler verkündete während der Eröffnung der IV. Internationalen Automobil- und Motorrausstellung am 15. Februar 1936 in Berlin, einen "Volkswagen" bauen zu lassen

Nach 10 Tagen endeten am 16. Februar 1936 in Garmisch-Partenkirchen die Olympischen Winterspiele. Die erfolgreichste Nation der Olympischen Winterspiele 1936 war Norwegen mit 7 Goldmedaillen, 5 Silbermedaillen und 3 Bronzemedaillen. Den 2. Platz der Nationenwertung erreichte Deutschland mit 3 Goldmedaillen und 3 Silbermedaillen.

Bei den Parlamentswahlen am 16. Februar 1936 gewann die Volksfront (ein Bündnis aus linksliberalen, sozialistischen und kommunistischen Parteien) die Mehrheit der Wählerstimmen (Volksfront = 259 Sitze, Mitte = 67 Sitze, Nationale Front = 147 Sitze). Die parlamentarische Opposition erkannte den Sieg an.

Die Regierung der linken Volksfront verkündete später eine Generalamnestie, beschloß die Wiederaufnahme der Agrarreformen und gewährte dem Baskenland Autonomierechte, aber die innenpolitischen Konflikte wurden trotz des moderaten Reformprogramms ständig größer. Nach der Parlamentswahl kam es in vielen Regionen zu spontanen Landbesetzungen und zu Streiks. Überall im Land ereigneten sich schwere Auseinandersetzungen, an denen sich Extremisten aus allen politischen Lagern beteiligten. Die Regierung stand den Terroraktionen der Rechts- und Linksradikalen meistens machtlos gegenüber, denn die bewaffneten Ordnungskräfte konnten die Gewaltwelle vielerorts nicht mehr eindämmen.

Die Straßen entwickelten sich immer mehr zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen. Die Schlägertruppen der Links- und Rechtsradikalen lieferten sich schon bald mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten viele Tote gab. Bei den Unruhen wurden nicht nur politische Gegner bekämpft, sondern auch zahlreiche Geistliche ermordet. Mehr als 200 katholische Kirchen gingen in Flammen auf (x069/167).

Die Aufständischen errangen später die Kontrolle über die Städte Sevilla, Cádiz, Jerez de la Frontera, Córdoba, Saragossa, Oviedo sowie über Galicien, Mallorca und Navarra. Sie schei-

terten jedoch im November 1936 in den Regionen um Madrid, Valencia und Barcelona. In diesen wichtigen Gebieten befanden sich etwa 70 % der spanischen Industrie und die Mehrheit der Bevölkerung. Bis zum Ende des Bürgerkrieges gelang es den Nationalisten nicht, die Hauptstadt Madrid zu erobern.

Am 7. März 1936 ließ Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und brach damit die bestehenden Friedensverträge (einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung).

Angesichts der eigenen militärischen Schwäche erteilte Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärexperten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestierten zwar, verhängten jedoch keine weiteren Sanktionen.

Nach dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland berichtete Hitler am 7. März 1936 vor dem Reichstag (x149/88): >>Nach drei Jahren glaube ich so mit dem heutigen Tage den Kampf um die deutsche Gleichberechtigung als abgeschlossen ansehen zu können. ...

Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen. Wir wissen vor allem, daß alle die Spannungen, die sich entweder aus falschen territorialen Bestimmungen oder aus den Mißverhältnissen der Volkszahlen mit ihren Lebensräumen ergeben, in Europa durch Kriege nicht gelöst werden können. ...

Ich kann diese geschichtliche Periode der Wiederherstellung der Ehre und Freiheit meines Volkes nicht abschließen, ohne das deutsche Volk nunmehr zu bitten, mir und damit allen meinen Mitarbeitern und Mitkämpfern die nachträgliche Zustimmung zu erteilen zu all dem, was ich in diesen Jahren an oft scheinbar eigenwilligen Beschlüssen, an harten Maßnahmen durchführen und an großen Opfern fordern mußte. Ich habe mich deshalb entschlossen, am heutigen Tage den Deutschen Reichstag aufzulösen. ...

Wenn mir aber heute von Seiten meiner internationalen Gegner aus vorgehalten wird, daß ich doch diese Zusammenarbeit mit Rußland ablehne, so muß ich demgegenüber folgendes erklären: Ich lehne und lehnte sie nicht ab mit Rußland, sondern mit dem auf die Herrschaft der Welt Anspruch erhebenden Bolschewismus. ...

Ich zittere für Europa bei dem Gedanken, was aus unserem alten, menschenüberfüllten Kontinent werden soll, wenn durch das Hereinbrechen dieser destruktiven und alle bisherigen Werte umstürzenden asiatischen Weltauffassung des Chaos der bolschewistischen Revolution erfolgreich sein würde.<<

Die Sozialdemokraten berichteten später in einem Schreiben an den Exilvorstand der SPD, wie die deutsche Bevölkerung auf diese Rede Hitlers reagierte (x149/89): >>Es war (für) uns interessant, aus den verschiedenen Äußerungen, die man zu hören bekam, zu entnehmen, daß das nationale Empfinden in der Bevölkerung doch recht lebendig ist. Jeder empfand, daß in Hitlers Forderungen doch ein Stück Berechtigung steckt.

Der Geist von Versailles ist allen Deutschen verhaßt; Hitler hat nun diesen fluchwürdigen Vertrag doch zerrissen und den Franzosen vor die Füße geworfen.

"Recht hat Hitler, wenn er die Gleichberechtigung fordert. Recht hat Hitler, wenn er es den anderen einmal gründlich sagt."

Sehr beachtlich war ferner, daß niemand an sofortige kriegerische Verwicklungen glaubte. ...

"Es wird ein (bißchen) gekuhhandelt, und dann wird es bleiben, wie Hitler sagt. Aber ein Kerl ist er doch, der Hitler, er hat den Mut, etwas zu wagen."

So und ähnlich konnte man überall die Meinungen des Volkes hören.<<

Nach dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland bat der französische Ministerpräsident Albert Sarraut (1872-1962) vergeblich um britische Hilfe (x069/170): >>Die ganze Welt, vor allem die kleinen Völker, richten heute ihr Augenmerk auf England. Wenn England jetzt han-

delt, kann es die Führung in Europa übernehmen.

Dann haben Sie eine Politik, die ganze Welt wird Ihnen folgen, und damit werden Sie den Krieg verhindern. Es ist Ihre letzte Chance. Wenn Sie Deutschland nicht jetzt Einhalt gebieten, ist alles verloren. Wenn Sie Deutschland nicht heute mit Gewalt zum Stillstand zwingen, ist der Krieg unvermeidlich, selbst wenn Sie eine vorübergehende Freundschaft mit Deutschland schließen.<<

Die "New York Times" berichtete am 16. März 1936 über italienische Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/73): >>... Seit 7.30 Uhr warf ein Geschwader von 7 Bombenflugzeugen Stahlbehälter ab, die teils Phosgen und teils Senfgas enthielten. ... Manche gingen zwischen den Hütten armer Bauern nieder.<<

Am 22. März 1936 betonte Hitler nochmals, daß das französisch-sowjetische Bündnis den Locarno-Vertrag verletzen würde und deshalb hätte er die deutsche Souveränität über das Staatsgebiet am Rhein wieder herstellen müssen.

Die "Bergwerkszeitung" schrieb am 22. März 1936 (x032/269): >>... Wissen wir eigentlich noch, ... daß vor der Machtübernahme nicht weniger als 32 Parteien im Deutschen Reichstag einander gegenüber saßen und im heftigsten Kampf miteinander standen, ... daß es vor der Machtübernahme 36 Arbeitergewerkschaften, 6 Angestelltenverbände, 200 Industriellenverbände, 48 Handelsvereinigungen gab ... und daß seit dem 30. Januar 1933 das alles in ein machtvolles Deutschland, in eine machtvolle Volksvertretung, in eine Arbeitsfront, in einen Reichsnährstand neu gegossen worden ist?<<

In einem vertraulichen Rundschreiben informierte ein NS-Kreisleiter am 26. März 1936 alle NS-Ortsgruppen- und Stützpunktleiter des Kreises über die erforderlichen Propagandamaßnahmen für die Reichtagswahlen (x191/190): >>Es ist unbedingt notwendig, daß in allen Orten die Bevölkerung durch Transparente, durch Plakate, durch Fahnen usw. in einer Weise auf die entscheidende Bedeutung des 29. März 1936 hingewiesen wird, daß sich kein VG (Volksgenosse) dieser Einwirkung entziehen kann. ...

Wenn die vorhandenen Stoffe nicht ausreichen, müssen sich die Gemeinden an den Kosten beteiligen. Sollte sich ein Bürgermeister weigern, derartige Kosten auf die Gemeinde zu übernehmen, ist uns sofort Meldung zu erstatten. ...

Wir müssen dahin kommen, daß die Volksgenossen, die sich seither unserer Propaganda entzogen haben, in den letzten Tagen vor der Wahl nichts anderes sehen als Transparente, Plakate und Fahnen, wo sie auch hingehen. ... Wir werden in der Zeit vom 27. bis 29. März die von den Ortsgruppen und Stützpunkten geleisteten Propagandaarbeiten durch Inspektionsfahrten im Kreis überprüfen. In den Fällen, in denen wir zu der Überzeugung gelangen müssen, daß die Ortsgruppen- und Stützpunktleiter ihre Pflicht nicht erfüllt haben, werde ich gegen dieselben mit allen Mitteln vorgehen. ...

Heil Hitler ...<<

Hitler erklärte am 27. März 1936 während einer Rede in Essen (x032/271-272): >>... Ich trete nicht ein für die Bewaffnung des deutschen Volkes, weil ich ein Aktionär bin. Ich glaube, ich bin vielleicht der einzige Staatsmann der Welt, der kein Bankkonto besitzt. Ich habe keine Aktie, ich habe keinen Anteil an irgendeinem Unternehmen. Ich beziehe keine Dividende.

Was ich aber will, ist, daß mein Volk stark wird und so bestehen kann auf dieser Welt. ...

Herrgott, was vielleicht auch im einzelnen sein mag, im großen und ganzen sind wir doch wieder ein fabelhaftes Volk geworden. ...

Urteile du über mich!

Leg du ein Bekenntnis ab, ob du meine Arbeit für richtig hältst, ob du glaubst, daß ich fleißig gearbeitet, daß ich mich in diesen Jahren für dich eingesetzt habe, daß ich meine Zeit anständig verwendet im Dienste des Volkes.<<

Der österreichische Dirigent Karl Böhm (1894-1981) dankte am 27. März 1936 dem NS-Regime (x032/272): >>... Der Nationalsozialismus hat dem Musiker ein Ziel und eine Aufgabe gestellt, für die es sich lohnt, das ganze Können und die Arbeitskraft einzusetzen: dem deutschen Volk und seinen höchsten Kulturgütern zu dienen. Dafür aber dankt der neue Staat dem Künstler, indem er ihn in das gewaltige Werk des deutschen Aufbaues eingliedert und zu einem gleichberechtigten Teil der Gesamtheit aller Schaffenden erhebt.<<

Paul Graener (1872-1944, deutscher Komponist und Vorsitzender der NS-Reichsmusikkammer) dankte damals ebenfalls dem NS-Regime (x032/272): >>... Wir haben ihm alles zu danken: Ehre, Glauben und Zuversicht. Wir danken es ihm mit aller Treue und Hingabe, deren wir fähig sind; wir marschieren mit Adolf Hitler!<<

Am 29. März 1936 fanden die Reichstagswahlen statt. Es gab damals nur eine wählbare Partei, die NSDAP. Die NSDAP erhielt 99 % aller Wählerstimmen. Das beste Wahlergebnis meldete die Saar-Pfalz mit 99,9 %, die schlechtesten Wahlergebnisse meldeten Hamburg mit 95,8 % und Leipzig mit 97,4 % (x032/272).

Die "SS-Wachverbände" wurden am 29. März 1936 in "SS-Totenkopfverbände" (Kennzeichen: Totenschädel über 2 gekreuzten Knochen) umbenannt

Die SS-Totenkopfverbände, die damals über etwa 3.500 Mann verfügten, wurden zur Bewachung der Konzentrationslager eingesetzt. Einheiten dieser SS-Totenkopfverbände setzte Himmler ab 1941 mit den SD-Sondereinsatzgruppen auch bei den sog. "Sondereinsätzen" hinter den deutschen Kampffronten ein.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Totenkopfverbände" (x051/583): >>Totenkopfverbände, bewaffnete SS-Truppe unter SS-Gruppenführer Eicke.

Sie bewachte, zunächst SS-Wachverband, ab 29.3.36 auch offiziell Totenkopfverbände genannt, die KZ und rekrutierte sich z.T. aus blutjungen Arbeitslosen und Bauern.

Schon äußerlich suchte Eicke seine Totenkopfverbände mit dem Totenkopf auf dem rechten Kragenspiegel der dunklen erdbraunen Uniform vom schwarzen Orden der SS als Sondereinheit abzuheben. Sie sollten auf die Häftlinge förmlich "scharf gemacht" (Eicke) und rücksichtslos gehorchende, mitleidlose Vollstrecker des Führerwillens werden.

Gelegenheit dazu bekam der Wachverband von Eickes eigenem KZ Dachau bei der Röhm-Affäre am 30.6.34: Eicke persönlich erschoss Röhm und wurde am 4.7.34 mit der Ernennung zum "Inspekteur der KZ und Führer der SS-Wachverbände" belohnt. Seine brutalisierten Totenkopfverbände wuchsen bis Ende 38 auf vier Standarten mit ca. 9.000 Mann an.

Auf sie fiel der Blick des Leiters des Ergänzungsamtes im SS-Hauptamt, Berger, als es darum ging, die militärische Verbände der SS-Verfügungstruppe (VT) aufzustocken. Teile der Totenkopfverbände wurden aus dem KZ-Dienst gelöst, Polizeiverstärkungen aus der Allgemeinen SS traten an ihre Stelle und die Totenkopfverbände bildeten nun mit VT und Junkerschulen die Waffen-SS.

Schon am 1.11.39 schuf Eicke aus den Totenkopfverbänden und Teilen der Polizeiverstärkungen die SS-Division "Totenkopf". Sie zeichnete sich in der ohnehin nicht zimperlichen Waffen-SS durch überharte, inhumane Kriegführung aus; auf ihr Konto gingen nicht wenige Kriegsverbrechen. Die unbestritten großen soldatischen Leistungen der Totenkopfverbände wie etwa die Sprengung des Kessels von Demjansk im Frühjahr 42 traten dahinter zurück.<<

Der spanische Politiker Manuel Azana y Diaz (1880-1940, 1931-33 Ministerpräsident, 1936-39 Staatspräsident der Republik) erklärte am 4. April 1936 im Parlament (x191/79): >>... daß die Regierung mit aller Energie gegen Ruhestörer vorgehen werde. Es sei phantastisch zu glauben, daß Spanien eines schönen Tages als bolschewistischer Staat aufwachen werde. Die Regierung werde eine republikanische Politik treiben und sich bemühen, die Republik und das parlamentarische System zu festigen.<<

Der NS-Volksgerichtshof wurde am 18. April 1936 dem obersten NS-Reichsgericht gleichge-

stellt (x089/503).

In einem Massenprozeß gegen 54 sozialdemokratische Gewerkschaftler wurden die Angeklagten am 29. April 1936 in Dortmund mehrheitlich zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

Infolge der NS-Rassenverfolgungen drängten die deutschen Juden verstärkt nach Palästina, obgleich die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunahmen.

Im April 1936 brachen große arabische Aufstände gegen die jüdischen Siedler und die britischen Besatzungstruppen in Palästina aus. Die Araber (erstmalig unter Führung der ungewöhnlich fanatischen El Fatah-Terrororganisation) bekämpften in erster Linie die jüdischen Siedler, während der Widerstand gegen die Briten nur eine untergeordnete Rolle spielte. In Palästina ereigneten sich vielerorts arabische Greuelthaten, denen zahlreiche Juden zum Opfer fielen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, riefen die Araber schließlich zum Generalstreik auf.

Angesichts der äußerst bedrohlichen Lage der verfolgten Juden in West- und Osteuropa forderte damals der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973) zur Rückkehr nach Eretz Israel in "das erbliche Land der Israeliten" auf (x043/432): >>... Wir kehren nicht einer Laune wegen in dieses Land zurück.

Für uns ist es eine Existenzfrage, eine Frage auf Leben und Tod.

Wir werden hierher kommen, ob es nun eine arabisch-jüdische Verständigung gibt oder nicht. Gewaltakte werden uns nicht aufhalten. Wenn wir die Wahl zwischen Verfolgung in Deutschland, Polen oder anderen Ländern und Unruhen in Palästina haben, ziehen wir Palästina vor. ...<<

Italienische Truppen besetzten am 5. Mai 1936 Addis Abeba (Hauptstadt von Äthiopien).

Benito Mussolini verkündete am 6. Mai 1936 (x032/279): >>... Abessinien ist italienisch.<<

Das von italienischen Truppen besetzte Äthiopien (Abessinien) wurde am 9. Mai 1936 durch Italien annektiert.

Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluge, der Leiter der Ordnungspolizei.

Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten (Spottdesignation: "Reichsheini"), entwickelte in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium ("Staat im Staate") umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.

Joseph Goebbels erklärte am 21. Juni 1936 zum Thema Meinungsfreiheit (x032/286): >>... Nicht Kritik, sondern Arbeit tut not. Es ist besser, das Volk zu retten, als daß einige Schwätzer das Recht haben, gegen das eigene Volk zu hetzen.<<

Haile Selassie I. (1892-1975, seit 1930 Kaiser von Äthiopien) berichtete am 30. Juni 1936 vor dem Völkerbund in Genf über die italienischen Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/74-75):

>>... Der flüssige Inhalt verteilte sich in der Form eines tödlichen Sprühregens über eine beträchtliche Fläche. ... Gruppen von 9, 15 und 18 Flugzeugen folgten einander, so daß die Flüssigkeit, die sie abgaben, eine ununterbrochene Wolke bildete. ... Und so wurden ab Ende Januar 1936 Soldaten, Frauen, Kinder, Vieh, Flüsse, Seen und Weiden unaufhörlich von diesem tödlichen Regen getränkt.

Alle, die von dem tödlichen Regen aus dem Flugzeug getroffen wurden schrien vor Schmerzen und rannten davon. Alle, die vergiftetes Wasser tranken oder verseuchte Nahrung aßen, starben unter gräßlichen Qualen. Die Opfer des italienischen Senfgases fielen zu Zehntausenden.<<

Der österreichische Bundeskanzler schloß am 11. Juli 1936 mit dem NS-Regime in Wien das sogenannte Juliabkommen (geheime deutsch-österreichische Vereinbarungen).

Nach dem Abbruch der österreichisch-italienischen Bündnisverhandlungen wegen der Abmachungen zwischen Deutschland und Italien ("Achse Berlin-Rom") suchte der österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg (1897-1977) einen Ausgleich mit Hitler.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Juliabkommen" (x051/-293): >>Juliabkommen, am 11.7.36 getroffene, nicht veröffentlichte deutsch-österreichische Vereinbarung, die offiziell als "Gentleman's Agreement" bezeichnet wurde.

Das Juliabkommen, ausgehandelt zwischen dem deutschen Botschafter in Wien, Papen, und dem österreichischen Kanzler Schuschnigg, sollte die seit dem nationalsozialistischen Putschversuch vom 25.7.34 erheblich belasteten Beziehungen entspannen und entsprang auch italienischen Wünschen nach engerer Gestaltung der deutsch-italienischen Beziehungen im Anschluß an den deutschen Beistand im Krieg gegen Abessinien.

Es sah in zehn Punkten u.a. vor: gegenseitige Zulassung von Presseerzeugnissen, Belegung der kulturellen und v.a. wirtschaftlichen Beziehungen, Koordinierung der Außenpolitik, Amnestie für die verfolgten österreichischen Nationalsozialisten, Übernahme politischer Verantwortung durch die "nationale Opposition".

Dieser "Nichteinmischungspakt" wurde für Hitler der Hebel zur massiven Einmischung, da Schuschnigg die Absprachen dilatorisch (aufschiebend) behandelte und deutsche Anmahnungen provozierte. So führte das Juliabkommen nicht zum erhofften Zeitgewinn für Österreich, sondern über das Berchtesgadener Diktat zum Anschluß.<<

In der Provinz Brandenburg wurde am 12. Juli 1936 das Konzentrationslager Sachsenhausen eröffnet.

Nach der Ermordung eines Polizeileutnants töteten Linksradikale am 13. Juli 1936 den Führer der Opposition (Monarchistenchef Calvo Sotelo).

Am 17. Juli 1936 putschte die spanische Militärgarnison in Melilla und besetzte anschließend alle wichtigen Stützpunkte in Marokko.

Die mit Franco (Befehlshaber der spanischen Fremdenlegion in Marokko) verbündeten Generale brachten danach im Juli 1936 die spanischen Regionen Andalusien, Galizien, Leon, Alt-Kastilien und Aragonien in ihre Gewalt.

Am 19. Juli 1936 trat die Regierung der linken Volksfront in Madrid zurück. Der Linksrepublikaner Pereira bildete danach eine neue Regierung.

Als die neue spanische Regierung am 20. Juli 1936 die Auflösung der Armee, die allgemeine Mobilmachung und die Ausgabe von Waffen an die Arbeitermilizen beschloß, begann in Spanien ein erbitterter Bürgerkrieg.

Der Spanische Bürgerkrieg (Juli 1936 bis März 1939) wurde mit großer Grausamkeit geführt. Folterungen und Hinrichtungen von Gefangenen waren vor allem in den ersten Wochen und Monaten des Bürgerkrieges an der Tagesordnung. Diese Verbrechen begingen beide Kriegsparteien (Nationalisten und Republikaner). Infolge der direkten Beteiligung der rechtsradikalen Staaten Italien und Deutschland sowie der linksradikalen Sowjetunion entwickelte sich der Spanische Bürgerkrieg schnell zu einem ideologischen Krieg (Nationalismus und Faschismus gegen Kommunismus bzw. Bolschewismus).

Im Ausland wurde der Spanische Bürgerkrieg mit Hochspannung verfolgt. Die Mehrheit sprach sich allmählich entschieden gegen die rechtsradikalen Aufständischen aus und die Kommunisten (Komintern) forderten ihre Anhänger in aller Welt auf, die spanischen Faschisten zu bekämpfen. Schon bald meldeten sich Tausende von Freiwilligen zu den Internationalen Brigaden, um die "sozialistische Demokratie" Spaniens zu retten.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den Spanischen Bürgerkrieg (x192/438): >>Im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 standen die politisch Rechten, Militärs und katholische Kirche (mit Unterstützung durch "Freiwillige" und Militärhilfe aus Deutschland und Italien) gegen die Volksfrontregierung, Republikaner, Antiklerika-

le, Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten aus verschiedenen Ländern.

Die Linken kämpften verzweifelt gegen die zahlenmäßige und waffentechnische Überlegenheit ihrer Gegner und prangerte deren Greuelthaten an – darunter die Bombardierung ziviler Gebiete. Doch auch die Republikaner machten sich im Verlauf des Krieges schrecklicher Verbrechen schuldig. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Erich Weinert (1890-1953, nahm von 1937-1939 als Mitglied der Internationalen Brigaden am Spanischen Bürgerkrieg teil) verfaßte im Jahre 1936 den Text des "Liedes der Internationalen Brigade " (x846/...):

>>Wir, im fernen Vaterland geboren,
nahmen nichts als Haß im Herzen mit.
Doch wir haben die Heimat nicht verloren,
unsre Heimat liegt heute vor Madrid.
Spaniens Brüder steh'n auf der Barrikade,
unsre Brüder sind Bauer und Prolet.
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität.

Spaniens Freiheit heißt jetzt unsre Ehre,
unser Herz schlägt international.
Jagt zum Teufel die fremden Legionäre,
werft ins Meer den Faschistengeneral.
Träumte schon in Madrid sich zur Parade,
doch wir waren schon da er kam zu spät.
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität.

Mit Gewehren, Bomben und Granaten
wird das Ungeziefer ausgebrannt.
Frei das Land von Banditen und Piraten.
Brüder Spaniens denn euch gehört das Land.
Dem Faschistengesindel keine Gnade,
keine Gnade dem Hund der uns verrät.
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität.<<

In den Internationalen Brigaden kämpften etwa 3.000 Deutsche, in der Mehrzahl Exil-Kommunisten, wie z.B. (x032/445): >>... Artur Becker, politischer Kommissar der XI. Internationalen Brigade, ... Truppenführer ... Franz Vehlow ("Louis Schuster"), Hans Kahle, ... die Schriftsteller Ludwig Renn, Willi Bredel und Gustav Regler, politischer Kommissar der XII. Brigade. Wilhelm Zaisser führt als "General Gomez" die XIII. Brigade.

Er wird später DDR-Minister für Staatssicherheit. Karl-Heinz Hoffmann, später DDR-Verteidigungsminister, übernimmt die Führung der XI. Brigade. Der Schriftsteller und Korrespondent Arthur Koestler wird auf Veranlassung Wilhelm Münzenbergs Spion auf der Seite Francos. Als Bataillons-Stabschef dient Richard Staimer, der später eine Tochter Wilhelm Piecks heiratet. ...<<

Dr. Reinhard Barth schrieb später über die Internationalen Brigaden (x051/278): >>Internationale Brigaden, Freiwilligenverbände im Spanischen Bürgerkrieg, die auf Seiten der Republik in den Kampf gegen Franco eintraten; erfolgreich u.a. bei der Verteidigung von Madrid November 36 und in der Schlacht von Guadalajara März 37. Die Gesamtstärke der Internationalen Brigaden betrug ca. 40.000 Mann.

Die Bewegung ging von französischen und belgischen Kommunisten aus, danach übernahm die Komintern den größten Teil der organisatorischen Arbeit. Ca. 3.000 Deutsche, von denen etwa die Hälfte im Kampf fiel, waren Mitglieder der Internationalen Brigaden, in der Mehrzahl ebenfalls Kommunisten und Emigranten.

Im November 38 wurden die Internationalen Brigaden auf Beschluß der spanischen Regierung aufgelöst, um ein allgemeines Einmischungsverbot in den Bürgerkrieg zu erreichen. Bereits zuvor war ihr Zusammenhalt durch das Wirken stalinistischer Geheimpolizei (mit Verhaftungen und Exekutionen nach Muster der gleichzeitig in Moskau stattfindenden Schauprozesse) erschüttert worden. Teile der Internationalen Brigaden traten nach Frankreich über, wo sie in Lagern (u.a. Gurs) interniert wurden.<<

Der rechtsradikale General Franco wurde später von den Diktatoren Hitler und Mussolini unterstützt. Ferner kämpften rechtsradikale Freiwillige aus verschiedenen Staaten (Portugiesen, Franzosen, Nordamerikaner, Rumänen, Iren usw.) auf der nationalspanischen Seite. Hitler stellte die "Legion Condor" (ca. 6.000 Soldaten), während Mussolini ca. 47.000 Soldaten und Polizisten nach Spanien schickte. Für Hitler und Mussolini war der Spanische Bürgerkrieg eine gute Gelegenheit, um die Ausweitung des Kommunismus zu bekämpfen, neue Waffensysteme zu erproben und Rohstoffe in Spanien zu sichern.

Die Legion Condor (Freiwilligenverbände der deutschen Wehrmacht) setzte sich aus Verbänden der Luftwaffe, des Heeres (Panzer-, Nachrichten-, Transport- und Ausbildungseinheiten) sowie der Marine zusammen.

Hitler berichtete später nach der Rückkehr der "Legion Condor" (x191/80): >>Franco begann sein Ringen um die Rettung Spaniens. ... Im Juli 1936 hatte ich mich nun kurz entschlossen, die Bitte um Hilfe, die dieser Mann an mich richtete, zu erfüllen. ... Damit begann das nationalsozialistische Deutschland am Kampf ... aktiv teilzunehmen. ... Dies geschah weiter in voller Übereinstimmung mit Italien.<<

Dr. Reinhard Barth schrieb später über die "Legion Condor" (x051/348): >>Legion Condor, Freiwilligenverbände der Wehrmacht, die auf Seiten Francos in den Spanischen Bürgerkrieg eingriffen. Bereits Ende Juli 36 wurde mit Hilfe deutscher Flugzeuge ein Lufttransport von 15.000 Mann national-spanischer Truppen von Marokko nach Spanien organisiert. Die Legion Condor wurde ständig vergrößert und umfaßte schließlich Luftwaffen-, Nachrichten- und Transportverbände, die durch Panzertruppen ergänzt wurden, in einer Gesamtstärke von ca. 6.000 Mann, die laufend ausgewechselt wurden.

Ihr Einsatz trug vielfach entscheidend zum Sieg Francos bei. Neben dem ideologischen Ziel, "der Ausweitung des Kommunismus an dieser Stelle entgegenzutreten" (Göring), fand die Legion Condor in Spanien ein Testfeld für neue Waffen und "hatte auf diese Weise Gelegenheit, im scharfen Schuß zu erproben, ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde" (Göring). Das Unternehmen wurde geheimgehalten; spätestens mit dem Bombardement von Guernica (April 37) war es der Weltöffentlichkeit jedoch bekannt.

Die Heimkehr der Legion Condor – auf KdF-Schiffen – gestaltete sich zu einer pomphaften Staatsfeier. Am 6.6.39 paradierte die Legion in Berlin, mitgeführte Goldtafeln verzeichneten die Namen von 300 Gefallenen (die tatsächlichen Verluste betragen 420 Mann). Die Kosten für das militärische Engagement des Reiches in Spanien beliefen sich auf 232,5 Millionen RM.<<

Der US-Diplomat Joseph Kennedy (1888-1969) berichtete am 26. Juli 1936 in der "New York Times" (x335/9): >>50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung. ...<<

Im Juli 1936 überreichte die Leitung der Bekennenden Kirche Hitler eine Denkschrift, um gegen die Gesetzlosigkeit des NS-Regimes zu protestieren (x199/242): >>Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung mitverantwortlich weiß, wird aufs härteste belastet durch die Tatsache, daß es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet,

Konzentrationslager gibt, und daß die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) jeder richterlichen Nachprüfung entzogen werden.

Unser Volk droht die ihm von Gott gesetzten Schranken zu zerbrechen. Es will sich selbst zum Maß aller Dinge machen. Das ist menschliche Überheblichkeit, die sich gegen Gott empört.<<

Hitler eröffnete am 1. August 1936 in Berlin die XI. Olympischen Sommerspiele. An diesen Olympischen Spielen nahmen 49 Nationen (ohne Spanien und die Sowjetunion) teil. Deutschland und die USA stellten mit 427 bzw. 367 Sportlern die größten Mannschaften (x032/295). Der französische Botschafter Andre Francois-Poncet berichtete damals über die Olympischen Sommerspiele in Berlin (x069/170): >>Hitler hat sich Europa als außergewöhnliche Persönlichkeit aufgedrängt.

Er verbreitet nicht nur Furcht und Abscheu, er erweckt auch Neugierde, er gewinnt Sympathien. Sein Ansehen wächst. Die Kraft der Anziehung, die von ihm ausgeht, wirkt auch über die Grenzen des Landes hinaus. Könige, Fürsten, berühmte Gäste kommen, weniger vielleicht, um den bevorstehenden Sportwettkämpfen beizuwohnen, als um diesem für die Zukunft so bestimmenden Mann zu begegnen, der das Schicksal des Kontinents in seinen Händen zu halten scheint, auch um dieses Deutschland zu sehen, das er mit unwiderstehlichem Zwang verändert und wiederbelebt hat. ...<<

Am 5. August 1936 trafen die ersten deutschen Truppen in Cádiz ein.

Bis Ende 1936 transportierte die deutsche Luftwaffe bereits 15.000 Soldaten der nationalspanischen Truppen von Marokko nach Spanien.

Die Legion Condor nahm ab 1937 an allen wichtigen Schlachten teil und trug vielerorts entscheidend zum Sieg Francos bei. Die in Spanien eingesetzten deutschen Truppen erreichten eine Gesamtstärke von etwa 6.000 Soldaten, die in kurzen Abständen ausgetauscht wurden, um möglichst vielen Soldaten Kampferfahrung zu verschaffen. Die Luftwaffe stellte das größte Kontingent. Sie nutzte den Spanischen Bürgerkrieg, um ihre neuesten Jagd- und Sturzkampfflugzeuge unter Kampfbedingungen zu erproben.

Ein Offizier der deutschen Luftwaffe schrieb später über seinen Einsatz im spanischen Bürgerkrieg (x191/80): >>Herrgott – ist das ein Leben! Spanien – Afrika – die Straße von Gibraltar. – Wer hätte sich das vor einem Monat träumen lassen. Das ist Fliegerleben! Dazu daß stolze Gefühl in der Brust: Wir holen Marokkaner für Franco auf dem Luftwege! – Jawohl! – Auf dem Luftwege! – Der Wasserweg ist doch durch den Gegner gesperrt. Wir Flieger – wir Lufttransporter – wir sind Francos Trumpf!

Das muß Tetuan sein – die weißen Häuser – die flachen Dächer – das ist Afrika. ... Da hocken sie, Afrikas Krieger, das Gewehr zwischen den Knien in drangvoll fürchterlicher Enge: Gepökelte Menschenfracht. Zurück nach Sevilla. – alles aussteigen!

Und später: Jetzt fängt der richtige Krieg erst an. Das Transportgeschäft ist mit Erfolg beendet: 12.000 "Moros" marschieren schon auf dem Festland. Aus der Transportstaffel wird eine Kampfstaffel. ... In Sevilla, Granada, Leon, Calares ... auf den Flugplätzen (sind) Brennstoff- und Bombenlager. ... Der Kampfflieger ersetzt die fehlende Artillerie.<<

Die XI. Olympischen Sommerspiele wurden am 16. August 1936 mit einer glänzend inszenierten Abschlußfeier im Berliner Stadion beendet.

Deutschland stellte mit 33 Goldmedaillen, 26 Silbermedaillen und 30 Bronzemedaillen die erfolgreichste Mannschaft der Spiele. Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) belegten mit 24 Goldmedaillen, 20 Silbermedaillen und 12 Bronzemedaillen den 2. Platz der Nationenwertung (x175/328).

Die Komintern beschloß am 20. August 1936 in Moskau die Bildung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr (x300/140): >>... Angesichts der Kriegsprovokationen der deutschen Faschisten und der japanischen Militaristen und der von den Kriegsparteien in

den kapitalistischen Ländern forcierten Rüstungen, angesichts der unmittelbaren Gefahr des Ausbruchs eines konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion muß die zentrale Lösung der kommunistischen Parteien sein: Kampf für den Frieden ...

Die Konzentration der Kräfte im jeweiligen Augenblick gegen die Hauptkriegstreiber (zur Zeit gegen das faschistische Deutschland und das mit ihm verbundene Polen und Japan) ist die wichtigste taktische Aufgabe der kommunistischen Parteien. ...

Von entscheidender Bedeutung im Kampfe gegen den Krieg und die faschistischen Kriegstreiber ist in allen Ländern die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und reformistischen Organisationen. ...<<

Der evangelische US-Pfarrer Frank Buchmann (1878-1961, Führer einer christlichen "Bewegung für moralische Aufrüstung") erklärte nach seiner Rückkehr von den Olympischen Sommerspielen (x032/299): >>... Ich danke dem Himmel für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Verteidigungslinie gegen die Antichristen des Kommunismus aufgebaut hat.<<

Die europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich wollten nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg kein Risiko eines weiteren Krieges eingehen. Sie blieben neutral und bildeten im September 1936 lediglich den "Londoner Nichteinmischungsausschuß".

Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärkten Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Hitlers aggressive Innen- und Außenpolitik (x192/439-440): >>... Alle Maßnahmen, die der Beseitigung des Versailler Vertrages galten, wurden im Volk freudig begrüßt. Weimar verhandelte mühsam, Hitler setzte eigenmächtig Fakten und scherte sich keinen Deut um Verträge.

Das machte Eindruck – nicht nur in Deutschland, wo die Verehrung für den "Führer" ins Kulturnische wuchs, sondern sogar im Ausland, das allenfalls mit müden Protestnoten reagierte. Sei es die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, das Rüstungsprogramm für die Land-, See- und Luftstreitkräfte oder die Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlands - stets wußte die Propaganda diese politischen Schachzüge als patriotische Pflichterfüllung des "Führers" zu würdigen, der angeblich das deutsche Volk aus den Fesseln von Versailles befreite.

Wer sich allerdings von der Propaganda nicht benebeln ließ, konnte bald erkennen, daß es Hitler nicht um eine Revision von Versailles ging, sondern um Etappen auf dem Weg zu einem Weltanschauungskrieg zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus. ...

Nicht alle Beobachter beklagten diese unverhüllten Verletzungen der Friedensvereinbarungen von 1919, und auch die harten Maßnahmen der linken und rechten totalitären Regierungen wurden nicht einmütig verurteilt. Im Westen hatte man vielfach den Eindruck, daß die faschistischen und kommunistischen Diktatoren ihre Wirtschafts- und Sozialprobleme auf ähnliche Weise - und mit deutlich mehr Erfolg als die eigenen, demokratischen - zu lösen suchten, und beide Ideologien erfreuten sich in den meisten Demokratien einer nicht geringen Anhängerschaft.

Die autoritären Methoden, die gegen Regimegegner eingesetzt wurden – wahllose Verhaftungen, Schauprozesse, Arbeits- und Konzentrationslager – waren zweifellos bekannt, doch viele entschuldigten sie mit dem Argument: "Wo gehobelt wird, da fallen Späne." Wer zum Widerstand gegen den Kommunismus oder gegen die Aggression Hitlers und Mussolinis aufrief, wurde als Kriegstreiber abgestempelt ...<<

Am 1. Oktober 1936 wurde General Francisco Franco von den Führern der Aufständischen zum Chef der nationalspanischen Regierung und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt.

Heinrich Himmler (Reichsführer SS und seit Juni 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei) erklärte am 11. Oktober 1936, was er von Recht und Gesetz hielt (x073/148): >>... Ich habe

mich daher von vornherein auf den Standpunkt gestellt, ob ein Paragraph unserem Handeln entgegensteht, ist mir völlig gleichgültig; ich tue zur Erfüllung meiner Aufgaben grundsätzlich das, was ich nach meinem Gewissen in meiner Arbeit für Führer und Volk verantworten kann und dem gesunden Menschenverstand entspricht.

Ob die anderen Leute über die Brechung der Gesetze jammerten, war in diesen Monaten und Jahren, in denen es um Leben und Sterben des deutschen Volkes ging, gänzlich gleichgültig.<<

Die Sowjetunion stellte seit dem 12. Oktober 1936 umfangreiche Materiallieferungen (überwiegend Flugzeuge und Panzer) und etwa 2.000 Militärberater zur Verfügung, während Mexiko sonstiges Kriegsmaterial an die republikanische Regierung nach Spanien lieferte.

Am 22. Oktober 1936 wurden in Madrid die Internationalen Brigaden gegründet und nahmen erstmalig im November 1936 an der erfolgreichen Verteidigung der Hauptstadt Madrid teil.

Die Internationalen Brigaden waren Freiwilligenverbände, die im Spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der republikanischen Republik gegen die von Franco angeführten rechtsradikalen Aufständischen kämpften. In den Brigaden kämpften Kommunisten und Antifaschisten der unterschiedlichsten politischen Richtungen, Abenteurer und intellektuelle Weltverbesserer. Die Gesamtstärke der fünf Brigaden lag bei etwa 40.000 Mann (davon waren z.B. ca. 10.000 Franzosen, ca. 5.000 Deutsche, 4.000 Italiener, 3.000 US-Amerikaner, 1.400 Österreicher, 1.000 Kanadier).

Hitler erkannte am 24. Oktober 1936 das italienische Kaiserreich Äthiopien offiziell an. Später folgten weitere Abmachungen mit Italien ("Achse Berlin-Rom").

Während seines 2. US-Präsidentschaftswahlkampfes behauptete Franklin D. Roosevelt am 26. Oktober 1936 (x191/71): >>Soweit es menschenmöglich war, hat unsere Regierung den Grundsatz befolgt, daß es unter amerikanischen Bürgern keine vergessenen Menschen und keine vergessenen Rassen geben sollte.<<

Benito Mussolini erklärte am 1. November 1936 während einer Rede in Mailand (x300/140): >>... Außer diesen vier Italien benachbarten Ländern hat sich ein großes Land in der letzten Zeit starke Sympathien beim ganzen italienischen Volk erworben: Ich spreche von Deutschland.

Die Berliner Begegnung hat eine Verständigung über gewisse Fragen gezeitigt, von denen einige gerade in diesen Tagen besonders brennend sind. Diese Verständigung, die in guter und gehöriger Form bekräftigt worden ist, diese Diagonale Berlin-Rom ist jedoch keine Trennungslinie, sondern ehe eine Achse, um die sich alle europäischen Staaten, die von dem Willen der Zusammenarbeit und des Friedens beseelt sind, sammeln können.

Deutschland hat die Sanktionen nicht mitgemacht, obwohl man es bestürmte und ihm damit in den Ohren lag. Mit dem Abkommen vom 11. Juli ist ein Element der Spannung zwischen Berlin und Rom verschwunden; außerdem erinnere ich euch daran, daß Deutschland schon vor der Berliner Zusammenkunft das römische Imperium praktisch anerkannt hat.<<

Die italienische Tageszeitung "Popolo d'Italia" berichtete am 3. November 1936 über die "Achse Berlin-Rom" (x191/78): >>Diese Verständigung ... Berlin-Rom ... ist eine Achse, um die sich alle europäischen Staaten, die von dem Willen der Zusammenarbeit und des Friedens beseelt sind, sammeln können.<<

Edgar Andre (1894 in Aachen geboren, KPD-Funktionär, wegen mehrfachen Mordes bei Zusammenstößen mit SA-Angehörigen vor der NS-Machtergreifung im März 1933 verhaftet und später zum Tod verurteilt) wurde am 4. November 1936 in Gegenwart von 75 politischen Mitgefangenen mit dem Handbeil enthauptet.

Obgleich man Andre jahrelang mißhandelt hatte, starb er ungebeugt (x032/314-315): >>... Ihre Ehre ist nicht meine Ehre. Uns trennen Weltanschauungen und Klassen, uns trennt eine tiefe Kluft. Als Kämpfer habe ich gelebt, als Kämpfer werde ich sterben!<<

Am 7. November 1936 begann Francos nationalistische Großoffensive gegen Madrid. Die republikanische Regierung floh daraufhin nach Valencia.

Die katholischen Bischöfe von Köln und Paderborn protestierten am 15. November 1937 gegen die NS-Umerziehung der Kinder und Jugendlichen (x191/75): >>... Mit herzerreißenden Worten schildern uns tiefgläubige Eltern, wie ... mancherorts in Schulen und mächtigen Organisationen, denen ihre Kinder angehören, Lehrer und Vorgesetzte sich bemühen, den Kindern in Wort und Schrift den Glauben ihrer Eltern verächtlich zu machen und diese Kinder so von Jesus Christus und seiner Kirche und damit auch von ihren Eltern innerlich zu lösen.

Erwachsene der verschiedensten Berufe klagen uns, daß man ihre berufliche und wirtschaftliche Abhängigkeit mißbrauche, um sie zur Verletzung ihres christlichen Gewissens, zur Mißachtung göttlicher Gebote und zum Abfall von Christus und seiner Kirche zu nötigen. ... Soll es wirklich so weitergehen? ... Sollen nach allem Leid der letzten zwanzig Jahre nun auch noch die Seelen vergewaltigt werden?<<

Am 20. November 1936 ließ die linksrepublikanische Regierung General Primo de Rivera (1903-1936, ehemaliger Diktator und Gründer der faschistischen Falange-Organisation) hinrichten.

Das NS-Regime und Japan schlossen am 25. November 1936 in Berlin den "Antikominternpakt", der sich vor allem gegen den Bolschewismus bzw. die Kommunistische Internationale (Komintern) richtete (x041/94).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Antikominternpakt" (x051/28): >>Antikominternpakt, gegen die "kommunistische Zersetzung" durch die Kommunistische Internationale, sprich: gegen die Sowjetunion gerichtetes, auf fünf Jahre ausgelegtes Vertragswerk, das der japanische Militärattaché in Berlin, Oshima, angeregt und unter Umgehung der jeweiligen Außenminister mit Ribbentrop ausgehandelt hatte.

Der Antikominternpakt wurde am 25.11.36 von Japan und dem Deutschen Reich unterzeichnet, ein geheimes Zusatzprotokoll sah gegenseitige wohlwollende Neutralität für den Fall eines nicht provozierten sowjetischen Angriffs vor und verbot "ohne gegenseitige Zustimmung" gegen den Geist des Antikominternpakts gerichtete Verträge mit der Sowjetunion.

Dem Antikominternpakt traten weiter bei, ohne den Geheimzusatz zu kennen: Italien (6.11.37), Ungarn und Mandschukuo (Februar 39), Spanien (März 39) sowie Finnland, Dänemark, Slowakei, Rumänien, Kroatien, Bulgarien und die Nanking-Regierung am 25.11.41, an dem der Antikominternpakt um fünf Jahre verlängert wurde.

Er war die Vorstufe zum Dreimächtepakt, aber unwirksamer, denn selbst der Geheimzusatz hinderte weder Hitler am Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag (23.8.39) noch Japan am Neutralitätsabkommen mit Moskau (13.4.41). Mit der deutschen Kapitulation (8.5.45) wurde der Antikominternpakt gegenstandslos.<<

NS-Reichsbauernführer Darré erklärte am 29. November 1936 in Goslar (x032/319-320): >>... Das Bauerntum erhält seine Berechtigung nur aus der Tatsache, die uns die Geschichte lehrt, nämlich: Daß ein Volk sich immer nur aus seinen Bauerngeschlechtern erneuert, daß das Bauerntum mithin die ewige Blutsquelle des Volkes darstellt und dann ein Volk sein Bauerntum lebendig erhalten muß, um sein eigenes Dasein zu erhalten.<<

Am 1. Dezember 1936 erließ Hitler das "Gesetz über die Hitlerjugend" (x845/...): >>Von der Jugend hängt die Zukunft des Deutschen Volkes ab. Die gesamte deutsche Jugend muß deshalb auf ihre künftigen Pflichten vorbereitet werden.

Die Reichsregierung hat daher das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1. Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitlerjugend zusammengefaßt.

§ 2. Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur

Volksgemeinschaft zu erziehen.

§ 3. Die Aufgabe der Erziehung der gesamten deutschen Jugend in der Hitlerjugend wird dem Reichsjugendführer der NSDAP übertragen. Er ist damit "Jugendführer des Deutschen Reiches". Er hat die Stellung einer Obersten Reichsbehörde mit dem Sitz in Berlin und ist dem Führer und Reichskanzler unmittelbar unterstellt.

§ 4. Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt der Führer und Reichskanzler. ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtete damals über die deutsche Jugend (x269/335): >>Die neue deutsche Jugend.

In der großen Schule des Dritten Reiches zu Selbstzucht und Verantwortungsfreudigkeit geführt, betreut von Eltern, die wieder Arbeit und Heim haben, beschützt von Gesetzen, die ihre Gesundheit an Leib und Seele sichern, blickt die deutsche Jugend mit hellen Augen in eine bessere Zukunft. ...<<

Der Journalist und Schriftsteller Carl von Ossietzky (im Februar 1933 verhaftet und später im KZ interniert) konnte am 10. Dezember 1936 den ihm in Oslo verliehenen Friedensnobelpreis nicht in Empfang nehmen, weil das NS-Regime eine Ausreise verweigerte und ab 1936 jeder deutsche Nobelpreisträger diese Ehrung ablehnen mußte.

Hitler schrieb im Jahre 1936 in einer Denkschrift (x059/77): >>... Die Wirtschaft hat ausschließlich dem Selbstbehauptungswillen unseres Volkes zu dienen. Ich stelle damit folgende Aufgabe:

1. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.
2. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.<<

Goebbels rechtfertigte später Hitlers Anordnung, den Butterverbrauch einzuschränken (x059/77): >>... Ob mit oder ohne Butter, damit werden wir fertig. Wir werden nicht fertig ohne Kanonen ...<<

Theo Morell (1886-1948, ehemaliger Schiffsarzt, später als Prominentenarzt tätig) wurde im Jahre 1936 Hitlers Leibarzt.

In einem katholischen Hirtenbrief betonte man noch im Jahre 1936 (x149/82): >>... Hitler hat den Anmarsch der Bolschewisten von weitem gesichtet. ... Die katholischen Bischöfe halten es für ihre Pflicht, ihn in diesem Abwehrkampf mit allen Mitteln zu unterstützen, die ihnen aus dem Heiligtum zur Verfügung stehen. Auch dort, wo wir die Eingriffe in die Rechte der Kirche zurückweisen, wollen wir die Rechte des Staates auf staatlichem Gebiet achten und am Werk des Führers auch das Gute und Große sehen.<<

Als das NS-Regime in den folgenden Jahren jedoch immer stärker in das religiöse Leben der Katholiken eingriff (wie z.B. durch das Verbot, Kreuze in Klassenräumen aufzuhängen, Auflösung der katholischen Jugendverbände usw.) verstärkte sich auch in den katholischen Kirchengemeinden der aktive Widerstand.

Die NS-Zeitschrift "Volk und Staat" berichtete im Jahre 1936 (x075/77): >>Der Jude und der Zigeuner sind heute weit von uns entfernt, weil ihre asiatischen Vorfahren völlig andersartig als unsere nordischen Ahnen waren.<<

Eine jüdische Zeitzeugin aus Dortmund berichtete über die Auswanderungsvorbereitungen der jüdischen Bevölkerung im Jahre 1936 (x067/138-139): >>... Solange ich mich erinnern kann, war in unserem Gemeindehaus nie soviel Leben und Treiben gewesen wie jetzt.

In jedem Winkel vom Keller bis zum Dachboden fand irgendein Kursus statt. Männer und Frauen, Jungen und Mädchen kamen, um neue Fertigkeiten oder neue Berufe zu erlernen, mit denen sie sich im Ausland über Wasser zu halten hofften. Mit den Geräuschen der verschiedensten Handwerke, die aus den Räumen drangen, mischten sich Wortfetzen vieler Sprachen, Spanisch, Französisch, Englisch oder Hebräisch konnte man hören, wenn man die Korridore entlangging. ...

In keinem anderen Land der Welt hatte die Idee, Palästina wieder aufzubauen, so viele Gegner gefunden wie in Deutschland, in keinem Land der Welt waren Zionisten so heftig bekämpft worden. Immer noch lehnte die ältere Generation den Zionismus ab.

"Der Religion nach sind wir Juden, politisch sind wir Deutsche." Dieser Grundsatz war im Denken der deutschen Juden fest verankert. Haß und Verfolgung konnten die Liebe zu unserem Heimatland nicht zerstören. Daher führte der Enthusiasmus der jüdischen Jugend für Palästina in vielen Familien zu schweren Konflikten. Häufig mußten wir eingreifen und den Streit zwischen Eltern und Kindern schlichten.

Die Jugend wollte nicht mehr warten, während die Alten Herz und Hoffnung nach wie vor an ihr deutsches Vaterland hängten.<<

Polen schränkte im Jahre 1936 den Durchgangsverkehr (Deutsche Reich - Ostpreußen) erheblich ein (x186/22).

Im Rahmen der polnischen "Großmachtspolitik" verkaufte man damals vielerorts Postkarten mit den angeblichen uralten, historischen Grenzen Polens. Die historische polnische Westgrenze verlief auf diesen Postkarten östlich von Berlin, an der oberen Elbe, umfaßte Dresden und außerdem die gesamte CSR.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177-178): >>... Tatsächlich sind slawische Stämme nach der Völkerwanderung bis an die Elbe-Saale-Linie vorgedrungen und haben sich etwa seit dem 7. Jahrhundert u.a. in ganz Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Teilen von Oberfranken, der bayerischen Oberpfalz und im östlichen Österreich niedergelassen.

Vor diesem Hintergrund proklamierte 1917 der Panslawist Hanus Kuffner die Elbelinie als Westgrenze der Slawenzone. ...

In den dreißiger Jahren gab die Vereinigung polnischer Volksbüchereien Postkarten heraus, die "Polens historische Westgrenze" zeigte: Sie verlief am östlichen Stadtrand von Berlin und umfaßte außer der oberen Elbe einschließlich Dresdens auch die ganze Tschechoslowakei.

Zwei Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die Zeitung "Dziennik Poznanski" eine Karte mit noch wesentlich weiter reichenden Zielvorstellungen. Nachdem die polnische "See- und Kolonialliga" in der Zwischenkriegszeit einen Anteil am deutschen Kolonialbesitz gefordert hatte, gab die antifaschistische Untergrundbewegung während des Krieges Vignetten heraus mit der Überschrift "Darum kämpfen wir"; auf ihnen war außer der Landkarte eines polnischen Großreichs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auch eine Karte mit sämtlichen ehemals deutschen Afrika-Kolonien abgebildet. ...<<

In der CSR gab es Ende 1936 etwa 846.000 Arbeitslose, davon waren 525.000 Sudetendeutsche (x020/35). Der innenpolitische Kampf zwischen Tschechen und Sudetendeutschen verschärfte sich, da Henlein (SDP) ein gewisses Maß an Autonomie sowie politische und soziale Gleichberechtigung forderte.

Die jahrlange systematische Unterdrückung trieb die verzweifelten Sudetendeutschen regelrecht in "Hitlers offene Arme". Infolge der großen wirtschaftlichen Probleme und wegen fehlender Kompromißbereitschaft der CSR nahm Henlein die ersten Kontakte zum NS-Reich auf ("Phase der nationalen Radikalisierung").

Armenien (seit 1920 von Truppen der Roten Armee besetzt) erhielt im Jahre 1936 den Status einer Sowjetrepublik.

Stalin erteilte im Jahre 1936 den Befehl, die "unzuverlässigen" sowjetischen Volksstämme der Chinesen und Koreaner aus dem Fernen Osten nach Kasachstan und Usbekistan "umzusiedeln".

Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 16") fielen dem radikalen Stalinismus im Jahre 1936 wieder zahlreiche Unschuldige zum Opfer.

Stalin berichtete im Jahre 1936 über die veränderte sowjetische Gesellschaftsstruktur (x073/61-62): >>Entsprechend den Veränderungen in der Wirtschaft der Sowjetunion hat sich auch die Klassenstruktur unserer Gesellschaft verändert. Die Klasse der Gutsbesitzer war bekanntlich schon mit der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges liquidiert worden. Was die anderen Ausbeuterklassen betrifft, so haben sie das Schicksal der Gutsbesitzer geteilt. Verschwunden ist die Kapitalistenklasse in der Landwirtschaft. Verschwunden sind die Händler und Spekulanten auf dem Gebiet des Warenumsatzes. Alle Ausbeuterklassen sind somit liquidiert.

Geblieben ist die Arbeiterklasse. Geblieben ist die Klasse der Bauern. Geblieben ist die Intelligenz. Es wäre aber verfehlt zu glauben, daß diese sozialen Gruppen während dieser Zeit keine Veränderungen durchgemacht hätten. ...<<

Benito Mussolini schrieb im Jahre 1936 in der "Enciclopedia Italiana" über die "Lehre des Faschismus" (x058/339-340): >>... Der Liberalismus leugnete den Staat im Interesse des Individuums; der Faschismus bejaht wieder den Staat als das wahre Wesen des Individuums. Und wenn die Freiheit das Vorrecht des realen Menschen und nicht des vom individualistischen Liberalismus erfundenen Scheinmenschen sein soll, ist der Faschismus für die Freiheit. Und zwar für die einzige Freiheit, die etwas Ernstes sein kann, die Freiheit des Staates und des Menschen im Staate.

In der Tat ist für den Faschisten alles im Staate und nichts Menschliches oder Geistiges besteht außerhalb des Staates. In diesem Sinne ist der Faschismus totalitär und der faschistische Staat, als Zusammenfassung und Einheit aller Werte, deutet, entwickelt und beherrscht das ganze Leben des Volkes. ...

Nach dem Sozialismus zerschmettert der Faschismus die Gesamtheit der demokratischen Ideologien, sowohl in ihren theoretischen Voraussetzungen als auch in ihren praktischen Anwendungen. ...

Man kann das demokratische Regime so beschreiben: ein Regime, in welchem man von Zeit zu Zeit dem Volke die Illusion verschafft zu herrschen, während die wirkliche und wirksame Herrschaft in anderen oft unverantwortlichen und geheimen Kräften liegt. Die Demokratie ist eine Regierung ohne König, aber mit sehr zahlreichen Königen, die oft selbstherrlicher, tyrannischer und verschwenderischer sind als ein einziger König, selbst wenn dieser ein Tyrann wäre. ...

Die faschistische Bestreitung des Sozialismus, der Demokratie, des Liberalismus, darf jedoch nicht glauben machen, daß der Faschismus die Welt zurückführen will zu dem, was sie vor 1789 war, ein Datum, das als Eröffnungsjahr des demo-liberalen Jahrhunderts gilt. Man geht nicht zurück. ...

Das jetzige Jahrhundert kann als Jahrhundert der Autorität gelten; als "rechts" gesinntes, faschistisches Jahrhundert ...<<

Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnete im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa".

Für David Lloyd George (britischer Ex-Premierminister) war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).

Ein Washingtoner Journalist berichtete im Jahre 1936 über die Stimmung der wohlhabenden US-Bürger (x149/65): >>Es ist nicht zu leugnen: es gibt unter den Wohlhabenden eine weitverbreitete Überzeugung, daß sie geschlachtet werden, um den weniger Glücklichen einen schönen Tag zu machen.

Aber es ist sicher, daß die Wohlhabenden als Klasse relativ weniger unter den wirtschaftlichen Ereignissen der letzten drei Jahre gelitten haben als irgendeine andere Klasse. ...

Im allgemeinen hängt die Heftigkeit des Hasses direkt mit dem Reichtum der sozialen Gruppe zusammen. Je größer das Haus, je zahlreicher die Diener, je prächtiger die Wäsche und das

Silber, desto vernichtender und verletzender ist die Anklage gegen den Präsidenten.<<
 Das Deutsche Reich war im Jahre 1937 mit 470.545 qkm (Stand: 01.01.1937) nach der UdSSR, Frankreich und Spanien der 4größte Staat Europas und gehörte mit 140 Einwohnern pro qkm bereits zu den am dichtest besiedelten europäischen Ländern (x014/5, x019/56).

Deutsches Reich (ohne Sudetenland und Österreich): Größe in qkm, Stand: 01.01.1937, Bevölkerung, Stand: 16.06.1933 (x014/5)

Länder und Landesteile des Deutschen Reiches	Fläche in qkm	Bevölkerung	Einwohner pro qkm
Grenzmark Posen-Westpreußen	7.715	337.000	44
Provinz Ostpreußen	36.992	2.333.000	63
Provinz Pommern	30.231	1.920.000	64
Provinz Brandenburg	39.094	2.726.000	70
Provinz Schlesien	36.315	4.687.000	129
Provinz Berlin	884	4.243.000	4.800
Provinz Sachsen	25.529	3.401.000	133
Provinz Schleswig-Holstein	15.682	1.420.000	91
Provinz Hannover	38.705	3.237.000	84
Provinz Westfalen	20.215	5.040.000	249
Provinz Hessen-Nassau	16.845	2.585.000	153
Rheinprovinz	24.477	7.690.000	314
Hohenzollerische Lande	1.142	73.000	64
Preußen	293.826	39.692.000	135
Bayern	75.996	7.681.000	101
Sachsen	14.986	5.197.000	347
Württemberg	19.508	2.696.000	138
Baden	15.070	2.413.000	160
Mecklenburg	16.025	805.000	50
Thüringen	11.763	1.659.000	141
Hessen	7.692	1.429.000	186
Hamburg	746	1.676.000	2.247
Braunschweig	3.672	513.000	140
Bremen	258	372.000	1.442
Oldenburg	5.390	495.000	92
Anhalt	2.314	364.000	157
Lippe	1.215	176.000	145
Schaumburg-Lippe	340	50.000	147
Saarland	1.913	811.000	424
Deutsches Reich, insgesamt	470.714	66.029.000	140

Ein ehemaliger britischer Offizier erklärte am 5. Januar 1937, warum er dem Bund englischer Kriegsdienstverweigerer beigetreten war (x172/78): >>... Was macht es für einen Unterschied, 500 Babys ins Feuer zu werfen oder aus Flugzeugen Feuer auf sie zu werfen? Es gibt keinen.<<

Der Sicherheitsdienst (SD) meldete am 7. Januar 1937 aus Bayern (x149/80): >>Wegen kommunistischer Betätigung und Vorbereitung zum Hochverrat (gemeinsames Abhören des Mos-

kauer Senders und sonstige illegale Zusammenkünfte) wurden durch die Staatspolizeistelle Regensburg ... in der Zeit vom 16./21.12.1936 insgesamt 20 Personen festgenommen und der Staatsanwaltschaft überstellt; 2 von ihnen haben sich im Anschluß an die Vernehmungen im Gerichtsgefängnis erhängt.<<

Der Haushaltsausschuß des polnischen Parlaments berichtete am 13. Januar 1937 über die wirtschaftliche Zukunft der Juden in Polen (x172/78): >>... Die polnische Regierung denkt bei dem Versuch, den Bevölkerungsüberschuß zu lösen, zuerst an die Juden. Wir hätten nichts gegen die Menschen, wenn es 50.000 wären. Unsere negative Einstellung rührt von der Tatsache her, daß es hier 3 Millionen gibt. Eine Änderung dieser anormalen Situation ist der einzige Weg zur Lösung des leidigen Judenproblems. ...

Ohne Palästina als ein Auffangbecken für unseren Judenüberschuß aufzugeben, müssen wir unser Problem auf einer breiteren Basis angehen. ...<<

Im Verlauf eines Hamburger NS-Schauprozesses wurden am 13. Januar 1937 25 Widerstandskämpfer zu 160 Jahren Haft verurteilt. 3 Angeklagte erhielten die Todesstrafe (x121/-222).

Bis zum Kriegsbeginn fanden noch 86 Massenschauprozesse statt.

US-Botschafter Dodd meldete am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/228): >>Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort.

Und natürlich hatte man längst in diese Fürsorge auch die italienischen Faschisten eingeschlossen, hatte etwa J. P. Morgan & Co. Mussolini schon in den zwanziger Jahren Kredite und Anleihen im Wert von 100 Millionen Dollar gegeben. Warum auch nicht – wenn Mussolinis damaliger Bundesgenosse, Papst Pius XI., der ihn schon mit an die Macht gebracht und diese dann wie keiner sonst gefestigt hatte, doch auch mit Morgan verbunden war?!

Denn soweit der größere Teil der vatikanischen Milliarden nicht bei der Crédit Suisse, Zürich, steckte, hatte man sie beim Bankhaus in New York deponiert, dessen nicht-katholischem Oberhaupt John P. Morgan, Papst Pius XI. denn auch für all seine Verdienste 1938, ein Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, einen hohen päpstlichen Orden verlieh.

Derselbe Papst, der auch Hitler die Diktatur ermöglichte, da er von ihm, wiederholt erklärt, die Zerstörung des Kommunismus und Bolschewismus erwartete, was ohne Krieg nicht möglich war.

... Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Rußland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren.<<

Die NS-Regierung zog am 30. Januar 1937 die deutsche Anerkennung des Versailler Kriegsschuldparagraphen zurück.

Der Sicherheitsdienst (SD) meldete am 10. Februar 1937 aus Bayern (x149/80): >>Der ledige Bergarbeiter Alois Lechner wurde in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, weil er wiederholt mit anderen Arbeitskameraden den Moskauer Sender abgehört hat. ...<<

Am 11. Februar 1937 wurde der Vollzug von Hinrichtungen einheitlich geregelt. Alle Hinrichtungen waren danach an einigen zentralen Orten mit dem Fallbeil durchzuführen. Die Hinrichtungsorte durften von der Presse nicht genannt werden.

NS-Reichskirchenminister Kerrl löste am 12. Februar 1937 den Reichskirchenausschuß auf und beendete damit den erfolglosen Aufbau einer "NS-Staatskirche".

Pastor Heinrich Grüber (1891-1975, evangelischer Theologe, Mitglied der Bekennenden Kir-

che) gründete am 12. Februar 1937 in Kaulsdorf bei Berlin eine Hilfsorganisation für rassistisch verfolgte evangelische Christen ("Büro Grüber").

Grübers Hilfsorganisation verhalf danach vielen rassistisch Verfolgten zur Emigration ins Ausland und kümmerte sich um Kinder von Inhaftierten.

Das NS-Regime erließ am 18. Februar 1937 ein Gesetz zur Verhinderung der Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg (x191/80): >>§ 1. Deutschen Staatsangehörigen ist die Einreise nach Spanien und den spanischen Besitzungen ... zur Teilnahme am Bürgerkrieg verboten. ...

§ 4. Wer den Vorschriften ... zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bestraft.<<

Adolf Hitler versprach am 23. Februar 1937, die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz zu respektieren (x032/338): >>... Zu jeder Zeit, komme was da wolle.<<

Der Sicherheitsdienst (SD) meldete im Februar 1937 aus Bayern (x149/80): >>Auf einer Baustelle der Reichsautobahnstrecke Nürnberg-München haben die Maschinisten und Heizer ... die Arbeit niedergelegt, um höhere Löhne zu erzwingen. Sie wurden in Schutzhaft genommen und durch andere Arbeiter ersetzt.<<

Papst Pius XI. (1857-1939, Papst seit 1922) veröffentlichte am 14. März 1937 eine Enzyklika mit dem Titel "Mit brennender Sorge". In diesem päpstlichen Rundschreiben, das erstmalig in deutscher Sprache erstellt wurde, klagte der Papst das NS-Regime an, einen Vernichtungskampf gegen die Kirche und den katholischen Glauben zu führen. Danach waren die kritischen katholischen Pastoren der gleichen gnadenlosen Verfolgung wie die Mitglieder der "Bekennenden Kirche" ausgesetzt.

In der Enzyklika "Mit brennender Sorge" hieß es z.B. (x128/161): >>... Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung – die innerhalb der irdischen Ordnung einen wesentlichen und ehregebietenden Platz behaupten – aus dieser ihrer irdischen Wertskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht, und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und verfälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge.<<

Joseph Tenenbaum (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) rief am 15. März 1937 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York zum Boykott deutscher Waren auf (x172/80): >>... Jedes deutsche Schiff, das an unseren Küsten anlegt, bringt eine frische Ladung Naziratten, die eine Beulenpest von Antisemitismus und Rassenhaß verbreitet und an den Fundamenten unseres großen Gemeinwesens nagt. ...

Niemand ist sicher vor dem Holocaust der Nazis.<<

Der Rabbiner Baruch Braunstein berichtete am 13. April 1937 während einer Veranstaltung des Nationalen Rates Jüdischer Frauen im US-Bundesstaat New York über die Folgen des Ersten Weltkrieges (x172/81): >>... Es hat drei Fünftel Europas ins Mittelalter zurückversetzt. ... Wir zogen in den Krieg, um die Demokratie zu retten, und mußten erleben, wie die Demokratie tausend Tode starb. ...<<

Guernica (eine nordspanische Stadt im Baskenland, 20 km östlich von Bilbao entfernt, mit etwa 10.000 Einwohnern) wurde während des spanischen Bürgerkrieges am 26. April 1937 durch Kampfflugzeuge der Legion Condor zerstört. Die Zahl der Todesopfer betrug vermutlich 100 bis 1.600 Personen.

Viele Historiker behaupteten später, daß in Guernica zum ersten Mal in der Kriegsgeschichte die Luftwaffe zur systematischen Bombardierung einer Stadt eingesetzt wurde, um den Widerstand der Zivilbevölkerung zu brechen. Die eigentlichen Gründe und Ursachen, die zu diesem Massaker führten, wurden jedoch bis zum heutigen Tag nicht aufgeklärt.

Die Londoner Zeitungen "Times" und "Daily Mail" berichteten später über den Luftangriff gegen Guernica (x172/82): >>... Die Stadt wurde mitsamt den 7.000 Einwohnern und 3.000 Flüchtlingen langsam und systematisch pulverisiert.<<

>>... Ein Anblick, der mich wochenlang verfolgte, waren die verkohlten Leichen mehrerer Frauen und Kinder, die in den Überresten dessen, was zuvor der Keller eines Hauses gewesen war, auf einem Haufen lagen. Sie hatten dort Schutz gesucht.<<

Der Maler Pablo Picasso bekam 1937 den Auftrag, für den spanischen Pavillon der Pariser Weltausstellung ein Gemälde von Guernica zu erstellen. Picassos Gemälde wurde später weltweit als Anklage der barbarischen Luftkriegsführung gegen die Zivilbevölkerung bekannt. In Spanien blieb die Legion Condor vor allem wegen der Bombardierung von Guernica bis heute in keiner guten Erinnerung.

Dr. Reinhard Barth schrieb später über "Guernica" (x051/231): >>Guernica, nordspanischer Ort im Baskenland 20 km östlich von Bilbao; im Spanischen Bürgerkrieg am 26.4.37 durch Flugzeuge der Legion Condor zerstört, wurde Guernica v.a. seit Picassos Gemälde "Guernica" (1937) in der Welt als Symbol barbarischer Luftkriegsführung bekannt.

Der Angriff von neun Flugzeugen mit insgesamt 7.950 kg Bomben sollte den Vormarsch der Franco-Truppen auf Bilbao unterstützen. Statt militärische Ziele außerhalb des Ortes wurde jedoch dieser selbst getroffen und zu 71 % vernichtet.

Die Einzelheiten sind bis heute umstritten. So schwankt die Zahl der Todesopfer zwischen 100 und 1.600 Personen; möglich ist auch, daß ein Teil des Zerstörungswerks erst nach dem Bombenangriff von republikanischen Milizen und baskischen Bergarbeitern ("Dinamiteros") angerichtet wurde, um dem vorrückenden Feind (nach dem Prinzip der "verbrannten Erde") nichts Brauchbares zu hinterlassen.<<

Spätestens das Bombardement von Guernica informierte die Weltöffentlichkeit über die aktive Kriegsteilnahme der "Legion Condor". Die Teilnahme der "Legion Condor" am Spanischen Bürgerkrieg wurde damals im NS-Staat formell geheimgehalten und offiziell geleugnet.

Die deutschen KPD-Funktionäre Heinz Neumann und Hermann Remmele fielen am 27. April 1937 in Moskau Stalins "Säuberungen" zum Opfer. Nach der Verhaftung durch die sowjetische Geheimpolizei blieb das Schicksal dieser KPD-Funktionäre ungeklärt.

In Berlin führte das NS-Regime im April 1937 Schauprozesse gegen Angehörige der katholischen Jugend durch.

Die polnische Regierung verhandelte am 5. Mai 1937 mit der französischen Regierung, ob man osteuropäische Juden nach Madagaskar (1896-1959 französische Kolonie) umsiedeln könnte (x172/79).

Bei der Landung auf dem US-Lufthafen Lakehurst explodierte am 6. Mai 1937 der aus Frankfurt/Main kommende deutsche Zeppelin "Hindenburg" (LZ 129). Das größte Luftschiff der Welt ging danach urplötzlich in Flammen auf. Von den 36 Passagieren und 61 Personen des Flugpersonals überlebten 62 Menschen diese Katastrophe (x175/335).

Die Ursache der Explosion konnte auch von einer später eingesetzten Expertenkommission nicht abschließend geklärt werden.

Die Exilzeitschrift "Neuer Vorwärts" berichtete am 9. Mai 1937 über die Luftangriffe der deutschen Legion Condor gegen die spanische Stadt Guernica (x032/356-357): >>... Mit diesen Verbrechen und Verbrechern haben wir und unsere Mitkämpfer und Gesinnungsgenossen in Deutschland nichts gemein. Wir sind die Todfeinde des Systems, von dessen Bestialität die Welt und das deutsche Volk befreit werden müssen.<<

Pastor Paul Schneider mißachtete im Mai 1937 einen Ausweisungsbefehl aus dem Rheinland und wurde daraufhin im KZ Buchenwald inhaftiert. Obgleich man Schneider im Konzentrationslager fast ständig schikanierte und mißhandelte, leistete er seinen Mithäftlingen christlichen Beistand und spendete ihnen Trost.

Mithäftlinge berichteten später über diesen mutigen Pastor (x191/75): >>... Mehrfach wurde Schneiders Stimme, wenn die Zehntausenden zum Appell angetreten waren, laut und deutlich, aus dem Arrestgebäude fast über den ganzen Platz schallend gehört:

"Kameraden, hört mich. Hier spricht Pfarrer Paul Schneider. Hier wird gefoltert und gemordet. Um Christi willen, erbarmt euch. Betet zu Gott. Bleibt standhaft und treu. Gott, der allmächtige Vater, wird das Übel von uns nehmen".<<

Hitler sprach am 26. Juni 1937 beim NS-Gautag über die problematische deutsch-spanische Bündnispolitik (x032/367): >>... Jede Katze kann sich einmal die Pfoten verbrennen und jeder Mensch einmal Fehler machen, aber nur Narren tun das gleiche zweimal! Weder ich noch die deutsche Nation haben nun Lust, sich ein zweites Mal in eine solche Gefahr zu begeben.<<

Während einer öffentlichen Predigt kritisierte Pfarrer Niemöller am 27. Juni 1937 die Verhaftung von Mitgliedern seiner Kirchengemeinde.

Pfarrer Niemöller wurde am 1. Juli 1937 wegen Verunglimpfung des Kirchenministers Kerrl und Aufforderung zum Ungehorsam verhaftet (x199/243): >>Niemöller hat seit langer Zeit in Gottesdiensten und Vorträgen Hetzreden geführt, führende Persönlichkeiten des Staates und der Bewegung verunglimpft und unwahre Behauptungen über staatliche Maßnahmen verbreitet, um die Bevölkerung zu beunruhigen. Desgleichen hat er zur Auflehnung gegen staatliche Verordnungen und Gesetze aufgefordert.<<

Nach dem japanischen Einmarsch in die Mandschurei (September 1931) eröffnete Japan am 7. Juli 1937 den Angriffskrieg (ohne Kriegserklärung) gegen China und bedrohte die bisherige Vormachtstellung der Russen und Briten im Fernen Osten.

Die japanische Regierung, die nach dem Ersten Weltkrieg die Schwächen des Deutschen Reiches sowie der Sowjetunion konsequent ausgenutzt und Nordamerika aus zahlreichen Absatzmärkten verdrängt hatte, strebte infolge der großen Überbevölkerung gewaltsame Expansionen an.

Der britische Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) schrieb am 10. Juli 1937 in der Wochenzeitung "The Economist" über die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei (x028/50): >>Spricht man mit einem Tschechen über die Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei, so fängt er gewöhnlich mit der allgemeinen Behauptung an, daß die Tschechoslowakei eine Demokratie sei. Und spricht man dann mit einem Angehörigen der deutschen Minderheit, so wird man gewahr, daß gerade diese Behauptung wie das rote Tuch auf einen Stier wirkt.

In Wahrheit ist selbst ein traditionsreiches und in sich völlig gefestigtes demokratisches Verfassungsleben nur sehr schwer auf eine Minderheit anzuwenden, die unter der gegebenen Herrschaft eben einfach nicht leben mag. Wir wissen selber am besten, daß wir (es) nie fertig bekommen haben, unsere britische Spielart von Demokratie auf unsere Herrschaft über Irland anzuwenden. Und was die Methoden betrifft, mit denen die Tschechen heute ihre Vorherrschaft über die Sudetendeutschen ausüben, so sind sie einfach undemokratisch.

Auf Grund ihrer Nachkriegsbeziehungen zu den westlichen Nationen, die sie so rührend bewundern, haben sich die Tschechen von den Briten weniger die "selbstverständliche Überlegenheit", sondern weit eher die britische Heuchelei angeeignet und zwar in sehr starkem Maß! Von allen Belastungen, mit denen die Tschechen heute zu kämpfen haben, ist jene Verständnislosigkeit vermutlich die schlimmste.<<

Pastor Paul Schneider erhielt nach unmenschlichen Mißhandlungen im Krankenrevier (KZ Buchenwald) eine Überdosis Strophantin (Herzmittel) und starb am 18. Juli 1937.

Mithäftlinge berichteten später über die letzten Stunden des gefolterten Pastors (x199/244): >>Welch ein Anblick!

Das große, edle, fahlgelbe Gesicht mit den hellen offenen Augen leidgefurcht. ... Der Körper abgemagert zum Skelett, die Arme unförmig geschwollen, an den Handgelenken blaurote, grüne und blutige Einschnürungen - Schneider waren monatelang die Arme auf dem Rücken zusammengeschnürt worden -. Die Beine aber - es waren keine Menschenbeine mehr - es waren Elefantenbeine! Wasser!

Wir, die wir viele Häftlinge schon hatten an Kreislaufstörungen sterben sehen, standen vor

einem Rätsel: Wie war es möglich, daß dieser Mensch noch lebte? ...<<

Am 20. Juli 1937 wurde das Wehrsteuergesetz erlassen. Jeder deutsche Staatsangehörige, der keine zweijährige aktive Dienstpflicht leistete, wurde bis zum Ende des 45. Lebensjahres mit einer Sondersteuer belegt. Die Wehrsteuer betrug in den ersten zwei Jahren 4 % des Arbeitslohns, in den folgenden Jahren 5 %.

Die Essener Zeitung "Der Ruhrarbeiter" schrieb am 20. Juli 1937 über die in Essen eröffnete Ausstellung "Entartete Kunst" (x032/373): >>... Das kalte Grauen packt jeden, der diese Gipfelpunkte der Gemeinheit und der Herausforderung des gesunden Menschenverstandes betrachtet, ... daß man versucht, jedes einzelne dieser Bilder herunterzureißen und an den frei gewordenen Nagel den Verbrecher aufzuknüpfen, der solche Tollheiten verbrach.<<

Im Juli 1937 verlangte Chaim B. Weizmann von der britischen Regierung, endlich die Gründung des zugesagten Judenstaates zu realisieren.

Die Briten schlugen daraufhin eine Aufteilung Palästinas ("Peel-Plan") vor. Der sogenannte "Peel-Plan" wurde aber während des zionistischen Kongresses in Zürich von der Mehrheit abgelehnt (x043/474).

Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, Chef der zionistischen Palästina-Sektion), der diese vorläufige Kompromißlösung befürwortete, konnte sich in Zürich nicht durchsetzen (x043/474): >>Dieser jüdische Staat, den man uns anbietet, ist nicht das Ziel des Zionismus. In diesem Gebiet läßt sich das jüdische Problem nicht lösen.

Aber er wird eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung der großen zionistischen Ziele sein. Er wird im kürzesten Zeitraum zu der wahren Macht heranwachsen, mit dem wir unseren geschichtlichen Auftrag erfüllen können.<<

Dieser kleinere Judenstaat (gemäß "Peel-Plan") hätte sicherlich Hunderttausende von späteren jüdischen NS-Opfern das Leben retten können.

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtete damals über Palästina (x269/-345): >>**Wem gehört Palästina?** ...

Zwanzig Jahre lang, seit der Erklärung Englands, die den Juden nur die Einrichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina versprach, versuchen die jüdischen Einwanderer, von den Zionisten in der ganzen Welt unterstützt, Palästina zu einem reinen Judenstaat zu machen, in dem die Araber nur die Regierten sind.

Den Arabern das Hinterland. England will den Arabern in Palästina zwar über zwei Drittel des Landes zuteilen, eine Geldentschädigung ist vorgesehen, und auf englische Kosten sollen Bewässerungsanlagen in das Wüstengebiet der Araber gebaut werden. Aber auch ein günstigeres Teilungsangebot würden die Araber, deren nationales Bewußtsein England selbst im Weltkrieg weckte, mit der Erklärung zurückweisen, daß das ganze Land ihre Heimat ist.

Den Juden die Küste und den kulturfähigsten Boden. Hier in den Häfen, den Städten, den fruchtbaren Ebenen sitzt die große Zahl der Palästina-Juden, und damit wird die Zuteilung dieses Gebietes begründet. Aber die Araber wenden ein, daß ja die Juden erst in den letzten zwei Jahrzehnten zu Hunderttausenden eingewandert seien und den früheren arabischen Besitzern den Boden abgekauft hätten, auf dem sie vielfach wieder Araber in Lohnarbeit zu beschäftigen suchen.<<

Stalin schloß am 21. August 1937 einen Nichtangriffspakt mit China.

Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) veröffentlichte im August 1937 sein Buch "Große Zeitgenossen".

In diesem Buch schrieb er z.B. über Hitler und Trotzki (x172/83): >>... Wer Herrn Hitler selbst begegnet ist von Staats wegen oder auf gesellschaftlichem Parkett, fand einen hochkompetenten, kühlen, gutinformierten Funktionär vor, mit angenehmen Umgangsformen und einem entwaffnenden Lächeln, und kaum jemand konnte sich seinem persönlichen Charme

entziehen. ...

(Leo Trotzki alias Bronstein) besitze das Organisationstalent eines Carnot, die kühl-distanzierte Intelligenz eines Machiavelli, die Pöbelrhetorik eines Kleon, die Wildheit von Jack the Ripper und die Zähigkeit von Titus Oates. ... Er war Jude. Er war immer noch Jude. Nichts konnte darüber hinweghelfen.<<

Am 4. September 1937 wurde die Autobahnstrecke Bayreuth-Nürnberg für den Verkehr freigegeben. Damit waren bisher insgesamt 1.450 km fertiggestellt. Die Autobahn Berlin-Hannover war mit 225 km die längste Teilstrecke.

Der Münchener Gauleiter Adolf Wagner eröffnete am 7. September 1937 den Nürnberger "Parteitag der Arbeit" mit folgender Rede (x032/384): >>... Im fünften Jahre nach der nationalsozialistischen Revolution können wir keine herrlichere Feststellung treffen als die eine:

Es ist wieder schön, ein Deutscher zu sein, und ein Glück, in Deutschland zu leben! Das deutsche Volk, die nationalsozialistische Bewegung, die nationalsozialistische Armee und unser Reich Sieg Heil!<<

Der Reichsführer SS Heinrich Himmler ordnete am 13. September 1937 an, jüdische Internierte aus der Schutzhaft zu entlassen, falls sie nachwiesen, daß sie nach Palästina oder Übersee auswandern könnten (x032/386).

Der italienische Staatschef Mussolini erklärte am 28. September 1937 während einer Massenkundgebung in Berlin (x032/389): >>... Die größten und echtsten Demokratien, die die Welt heute kennt, sind die deutsche und die italienische. ...

Wichtig ist, daß unsere beiden großen Völker, eine gewaltige Masse von 115 Millionen, zusammenstehen in einer einzigen unerschütterlichen Entschlossenheit. Diese gigantische Kundgebung gibt der Welt den Beweis. ...<<

Ernst von Weizsäcker schrieb damals über den italienischen Staatschef Mussolini (x032/389): >>... Mussolini ist ein vollsaftiger, übersprudelnder Diktator. Ihn anzusehen macht vergnüglich.<<

Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902-1944, 1937-39 stellvertretender Polizeipräsident von Berlin, 1939/40 stellvertretender Oberpräsident der Provinz Schlesien, wegen Verbindung zum militärischen Widerstand zum Tod verurteilt und hingerichtet) berichtete im September 1937 über die Probleme der deutschen Beamten (x058/350-351):

>>a) Die sachliche klare Aufgabe des Beamtentums und des einzelnen Beamten geht immer mehr verloren. ... Dem Beamtentum und dem einzelnen Beamten fehlt sowohl die klare Weisung seitens des Staates wie die sachliche Deckung bei Handeln nach seinen Gesetzen. Der Beamte steht oft allein und ohne Schutz.

b) Politisch ist das Beamtentum bereits seit 1933 vier Jahre hindurch politisch bereinigt. Von 1.600 höheren Beamten der preußischen inneren Verwaltung sind etwa 400 ausgeschieden. Es sind darüber hinaus etwa 750 junge Assessoren und Referendare eingestellt, zu 75 % alte Parteigenossen, zum großen Teil alte Kämpfer. Trotzdem ist das Beamtentum noch immer einer politischen Sonderbehandlung ausgesetzt.

Obwohl es seit der Machtübernahme entscheidende Verdienste im Neuaufbau erworben hat, wird es öffentlich als "Bürokratie" lächerlich gemacht, zu einem mechanischen Apparat ohne Führer- und Gemeinschaftsaufgabe und -kraft herabgewürdigt, als volksfern, ja als treulos verschrien, ohne daß sich irgend jemand fände, der diese Herabsetzungen der staatstragenden Schicht amtlich zurückwies.

Der Beamte, vor allem der führende, ist dazu in seiner Arbeit Angriffen ausgesetzt, die sich tatsächlich gegen den Staat als solchen richten; kommt es dabei zu Auseinandersetzungen, wird er regelmäßig politisch nicht gedeckt, sondern fallen gelassen, auch wenn er nur seine Pflicht tut. Politisch steht er trotz Bereinigung und personellem Neuaufbau unter Sonderkontrolle. Auf dem Wege über die politische Zuverlässigkeitserklärung wird er von außenstehen-

den Personen begutachtet, die oft ohne Gefühl für Staat und Autorität, Wesen und Wert seiner Arbeit nicht beurteilen können.<<

Der Deutschlandbericht der SPD informierte im September 1937 über die häufige Verhängung der Todesstrafe durch das NS-Regime (x050/149): >>Wie bereits nach dem nationalsozialistischen Verfassungsentwurf von 1923 zu erwarten war, ist nach dem neuen Strafgesetzentwurf die Todesstrafe außerordentlich häufig, besonders bei politischen Straftaten, angedroht. Sie ist für folgende Fälle vorgesehen:

Verrat an der Reichshoheit, Verrat an der Grundordnung des deutschen Volkes, Verrat am Führer des deutschen Volkes, Vorbereitung zum Hochverrat besonders gefährlicher Art, Verrat von Staatsgeheimnissen, verräterische Waffenhilfe, verräterische Begünstigung des Feindes, verräterische Untreue, besonders schwere Wehrmittelbeschädigung, Kindesraub, besonders schwere Brandstiftung, der Verursachung einer Explosion, gefährlicher Sprengstoffbesitz, Herbeiführung einer Überschwemmung, Brunnen- und Luftvergiftung und Transportgefährdung, Mord, Notzucht und Raub mit Todesfolge.<<

In der berühmten "Quarantänerede" kritisierte US-Präsident Roosevelt am 5. Oktober 1937 in Chicago erstmalig die aggressive Außenpolitik Japans, Italiens und Deutschlands (x069/168):

>>... Ohne Kriegserklärung, ohne irgendwelche Warnung, ohne irgendwelche Berechtigung wird die Zivilbevölkerung, einschließlich der Frauen und Kinder, rücksichtslos durch Luftbombardements hingemordet.

In sogenannten Friedenszeiten werden ohne Anlaß oder Warnung Schiffe von U-Booten angegriffen. Völker schüren den Bürgerkrieg und ergreifen Partei in fremden Ländern, die ihnen nie etwas zuleide getan haben. Völker, die für sich selber die Freiheit fordern, verweigern sie anderen.

Wenn so etwas in anderen Gegenden der Welt passiert, dann soll sich niemand einbilden, daß (er) Amerika entrinnen werde, daß er Pardon erwarten dürfe, daß die westliche Hemisphäre keinen Angriff zu befürchten habe.

Es scheint leider zuzutreffen, daß die Epidemie der allgemeinen Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift. Wenn eine ansteckende Krankheit sich zu verbreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Quarantäne für die Kranken, um die Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident Roosevelt (x068/229-232): >>Franklin Delano Roosevelt (1933-1945), viel bewundert und viel verdammt, prägte und bestimmte ohne Zweifel die wichtigste Epoche der USA im 20. Jahrhundert.

Aus reichen Verhältnissen stammend, hatte Roosevelt ein Jurastudium an der Columbia Universität in New York absolviert. Seine Bildung aber blieb zeitlebens recht begrenzt. Eher amüslich, las er am liebsten Krimis und Seefahrerbücher, er segelte gern und sammelte Briefmarken.

Doch seine Intelligenz, sein Humor, sein Charme, sein (falls dies ein Vorzug ist) Optimismus waren beträchtlich, ebenso sein stupend (verblüffend) kaschierter Ehrgeiz und seine Energie - obwohl oder vielleicht gerade weil ihn eine spinale Kinderlähmung seit 1921 an den Rollstuhl gefesselt hat.

Es gehörte zum politischen Charisma des Präsidenten, daß er, von Natur aus wohl humanitär gesinnt, vielleicht sogar warmherzig, rasch Kontakt zu Menschen jeder Herkunft fand und geschickt mit ihnen umging, mochte sein berühmtes, jederzeit wie durch Knopfdruck erzeugbares Lächeln auch nicht selten etwas erzwungen wirken, überhaupt er selbst noch seiner nächsten Umgebung ein Rätsel sein. Henry Morgenthau jr., einem seiner Vertrauten, erschien es "außerordentlich schwierig", ihn zu beschreiben.

Er schildert Roosevelt als "rüstig und abgespannt, leichtfertig und ernst, scheu und offener-

zig". Für Arbeitsministerin Frances Perkins, seine Mitarbeiterin schon während der Gouverneurszeit im Staat New York, war er der komplizierteste Mensch, den sie je gekannt. Und Robert Sherwood, der Dramatiker, der manchmal des Präsidenten Reden schrieb (viermal den Pulitzerpreis erhielt, dreimal während Roosevelts Amtszeit), konnte nie durchschauen, was dieser "sein von dichten Wäldern verborgenes Inneres" nannte.

Roosevelt, ein ziemlich untheoretischer, ideologiefreier Typ, aufgeschlossen für praktische Aufgaben, zupackend, wendig, war unter allen US-Präsidenten einer der besten Kenner des Parteiapparates; nicht frei von Opportunismus, noch weniger von - wenn auch verborgenem - Machthunger, eher kompromiß- als kampfbereit, eher intuitiv als kühl kalkulierend.

Als Mann sowohl plötzlicher Entschlüsse wie sich hinschleppender Ausweichmanöver konnte er ebenso schnell entscheiden wie, schien ihm etwas nicht spruchreif, geduldig warten. Er konnte ebenso unerbittlich sein wie versiert taktieren. Und wenn er sich auch gewiß für fehlbar hielt, ließ er sich doch nicht lenken, liebte es vielmehr, Thesen und Temperamente, ganze Ressorts, gegeneinander auszuspielen.

Roosevelt wurde 1911 demokratischer Senator, 1913 Unterstaatssekretär im Marineministerium, 1928 Gouverneur des Staates New York. 1932 errang er mit eiserner Energie einen Wahlsieg über seinen Vorgänger, den Republikaner Hoover, um dann, beispiellos in der Geschichte der USA, noch weitere drei Male zum Präsidenten gewählt zu werden.

Roosevelt hatte die Regierung der Staaten in deren heruntergekommenstem Zustand übernommen. Es gab 14 Millionen Arbeitslose (jeder vierte US-Bürger). Auch die Farmer rebellierten. Hunderte von Provinzsparkassen waren geschlossen, die großen Wallstreet-Banken durch Milliardenkredite ans Ausland, vor allem an Deutschland und Lateinamerika, unsicher geworden. "Wir sind am Ende unserer Kunst", lamentierte Hoover schließlich, "wir können nichts mehr machen".

Roosevelt aber verstand es, dem Volk die Angst auszureden, ihm wieder Mut zu machen, auch durch Versprechungen, die er zum Teil sogar hielt, eine ganz ungewöhnliche Haltung, weltweit. Sein unerschütterliches Vertrauen, sein Sendungsglaube, strahlte auf Millionen Amerikaner aus, steckte ein ganzes Volk an, für das er immerhin einige, freilich nur allzu nötige soziale Reformen in die Wege geleitet hat.

Der neue Präsident, der die Nation bald zu seinem jovialen "Kamingeplauder" ("Fireside Chat") sozusagen ins Weiße Haus einlud, wobei er viele für sich gewann, nannte sein Programm einen New Deal, eine Neuverteilung der Karten, der Chancen, Einkommen. - Dieser New Deal war alles andere als ein geschlossenes System, sondern eine Fülle von rasch begonnenen Reformen zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise. In der ersten Phase (1933/34) erstrebte er vor allem eine finanzielle Sanierung, in der zweiten Phase (1935) wandte er sich vorwiegend der Sozialreform zu, wobei die Hauptbegünstigten besonders Arbeiter und kleinere Farmer waren.

Roosevelt führte die erste umfassende Arbeitslosenunterstützung in den USA ein. Er suchte überhaupt weiten Kreisen eine gewisse materielle Verbesserung ihres Lebens zu bringen, suchte aber auch die ethnischen, rassischen und religiösen Minderheiten in die Gesellschaft zu integrieren. Nicht zuletzt mühte er sich, die ungeheuere Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungsprogramme einzudämmen.

Er tat damit das gleiche wie Hitler in Deutschland. Und wie Hitler, so gelang auch Roosevelt die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit erst durch eine enorme Aufrüstung, die vor allem seit 1939 anlief. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme durch Straßenbau, Flußregulierungen, Wiederaufforstung, Nationalparkanlagen etc. reichten zur entscheidenden Reduzierung der Arbeitslosigkeit nicht aus.

Roosevelts Wirtschaftskurs freilich erschien vielen Betroffenen zu dirigistisch. Überhaupt war er bei der Geschäftswelt verhaßt, weil er, der vielfache Millionär, sofort die Macht der Pri-

vatwirtschaft zu beschränken suchte. Und wohl am unbeliebtesten bei ihr machte ihn seine Steuerpolitik, die sogenannte Reichtums-Steuer, obwohl sie dann, wen wundert's, recht glimpflich verlief, und die Finanzgesetze Mitte der dreißiger Jahre nicht die geringste Umgestaltung der Besitzverhältnisse brachten.

Gleichwohl trank man in der Wallstreet Champagner, als die Nachricht von seinem Tod eintraf, zumal ihm viele noch lange auch einen "Ruck nach links" ankreideten, vom "Roten im Weißen Haus" sprachen, einem "Verräter seiner Klasse". Doch war er nichts als ein fortschrittlicher Konservativer, ein Mann mit einer heillosen Sehnsucht "nach dem Zeitalter der Postkutsche, von dem er in der Öffentlichkeit mit Geringschätzung sprach".

Im Grunde paßte sich Roosevelt nur an das soziale Klima der dreißiger Jahre locker an - mit einer allerdings deutlich antimonopolistischen Tendenz. Immerhin nahm die übergewaltige Macht des Big Business leicht ab, wurden bereits in wenigen Jahren große Kartelle zerschlagen, auch verbesserten sich die Einkommensverhältnisse breiterer Kreise. Die Arbeitslosenziffer sank zunächst auf rund 6 Millionen, und die Gewerkschaften gewannen nach langem wieder an Bedeutung.

Schon im Sommer 1937 traten jedoch neue wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. Es kam plötzlich zu einer scharfen Rezession. Die Preise verfielen, die Kurse sackten wieder ab, die Umsätze stürzten bis zum Jahresende gar um 27 %, die Arbeitslosenziffer aber schnellte um rund zwei Millionen hoch und blieb auch bis zum Beginn des Weltkriegs bei acht bis zehn Millionen. Denn so lange steckten die USA noch immer in der Wirtschaftskrise. "Alle Anzeichen einer neuen Panik machten sich bemerkbar" (Angermann).

Erst der Krieg wurde Roosevelts Retter. Erst in der Mitte des Krieges, 1942, war das Arbeitslosenproblem gelöst; in den USA herrschte Vollbeschäftigung.

Dennoch hatte man sich damit bewußt wieder in eben jenen Zustand hineinmanövriert, der schon in und nach dem Ersten Weltkrieg einer verschwindenden Clique gigantische Vermögen gebracht und Massen von Menschen Not und Tod.<<

Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schrieb am 10. Oktober 1937 in der Zeitung "News of the World" (x172/86): >>... Es wäre dumm von den Briten, Mussolinis welthistorischen Rang zu unterschätzen oder die erstaunlichen Charaktereigenschaften Mut, Verstand, Selbstbeherrschung und Ausdauer, für die er beispielhaft steht.<<

Joseph C. Hyman (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) rief am 17. Oktober 1937 während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87): >>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...

In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen, Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...

(In Rumänien) nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<

Während einer Geheimrede vor dem Außen- und Kriegsminister sowie den Oberbefehlshabern der deutschen Wehrmacht erläuterte Hitler am 5. November 1937 erstmalig seine Kriegspläne

In der sogenannten "Hoßbach-Niederschrift" vom 5. November 1937 hieß es (x149/90): >>... Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung, somit handle es sich um das Problem des Raumes. ... Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Raumnot bedingt. ... Daß jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Ge-

schichte aller Zeiten – Römisches Reich, Englisches Empire – bewiesen.

Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stoße stets auf den Besitzer. Für Deutschland lautet die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei. ... Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben ...<<

Infolge der sowjetischen "Säuberungsaktionen" näherte sich Polen dem NS-Regime (Abkommen über Minderheitenschutz vom 15. November 1937).

Evangelische Pastoren hielten am 26. November 1937 Bittgottesdienste, um gegen die Verhaftung von Gemeindemitgliedern zu protestieren.

Edward W. Halifax (1881-1959, von 1925-31 Vizekönig von Indien, 1938-40 britischer Außenminister) erklärte im November 1937 während einer Unterhaltung mit Hitler (x073/176):

>>Er und andere Mitglieder der Regierung (seien) davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ...<<

Der britische Politiker Edward W. Halifax (1881-1959) berichtete am 5. Dezember 1937 über ein Treffen mit Hitler (x172/89-90): >>... Ich fand alles, was er erzählte, furchtbar spannend und wollte ihn gar nicht gehen lassen.<<

Japanische Flugzeuge warfen am 7. Dezember 1937 Flugblätter über der chinesischen Stadt Nanking ab (x172/90): >>... Wir haben die Stadt Nanking eingeschlossen. Wenn eure Truppen die Kämpfe fortsetzen, kommt der Krieg unweigerlich nach Nanking. Die jahrtausendealte Kultur wird zu Asche zerfallen und die Regierung, die ein Jahrzehnt überdauert hat, wird sich in Luft auflösen.<<

Da die chinesischen Truppen nicht kapitulierten, besetzten japanische Truppen im Dezember 1937 gewaltsam die chinesische Stadt Nanking. In den ersten 6 Wochen der japanischen Besetzung ereigneten sich in Nanking schwere Massenverbrechen, die von der japanischen Armeeführung nicht verhindert wurden. Bei diesen furchtbaren Massenverbrechen wurden nahezu 80.000 Frauen vergewaltigt und etwa 300.000 Menschen ermordet (x087/141).

Im Jahre 1937 steigerte das NS-Regime den Terror gegen vermeintliche "Staatsfeinde".

Verhaftungen und Hinrichtungen schwächten die deutschen Widerstandsgruppen immer mehr. Das NS-Regime beteiligte sich außerdem tatkräftig an Stalins "Säuberungen". Heydrich (NS-Chef der SIPO und des SD) lieferte den Sowjets z.T. gefälschte Dokumente über deutsche Kommunisten, die sich in der UdSSR aufhielten. Heinz Neumann, Karl Radek, Hermann Remmele, Fritz Schulte, Hermann Schubert und andere KPD-Funktionäre wurden vermutlich aufgrund dieser "NS-Amtshilfe" im Jahre 1937 liquidiert.

Ein Kommunist berichtete später über die Zeit nach seiner Entlassung aus dem Kölner Zuchthaus im Jahre 1937 (x067/134): >>Es hat ein Jahr gedauert, bis ich Kontakt hatte. In diesem ganzen Jahr habe ich dann feststellen können, der Widerstand war sehr zusammengeschrumpft, die Opfer waren riesig. Also, es war nicht mehr der Widerstand, der im Jahre 1933/34 ein großer massiver Widerstand gewesen war. Durch die Verluste, die die Partei erlitten hatte, ... war der Widerstand verhältnismäßig klein geworden. ...

Es kam ja nicht mehr darauf an, daß eine Partei ihre politischen Ziele verwirklichen konnte, meinetwegen wir als Kommunisten ein sozialistisches Deutschland, die "Sozialistische Republik", wie unsere Zeitung hieß, oder die Sozialdemokraten oder die Katholiken, sondern es kam darauf an, den Hitlerfaschismus zu beseitigen, die Kriegsgefahr zu verhindern. Später sogar dem Krieg ein schnelles Ende zu machen. ...<<

Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in neuen Konzentrationslagern (KZ), wie z.B. in Sachsenhausen und Buchenwald.

Heinrich Himmler (seit 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei) erläuterte im Jahre 1937 die Aufgaben und den militärischen Aufbau der Polizei (x058/356): >>Die nationalsozialistische Polizei leitet ihre Befugnisse zum Vollzug des Willens der Staatsführung und zur Sicherung des Volkes und des Staates nicht aus Einzelgesetzen, sondern aus der Wirklichkeit des nationalsozialistischen Führerstaates und aus den ihr von der Führung gestellten Aufgaben her.

Ihre Befugnisse dürfen deshalb nicht durch formale Schranken gehemmt werden, weil diese Schranken sonst auch den Aufträgen der Staatsführung entgegenstünden. ... Wie die Wehrmacht kann die Polizei nur nach Befehlen der Führung und nicht nach Gesetzen tätig werden. Wie der Wehrmacht werden der Polizei durch die Befehle der Führung und durch die eigene Disziplin die Schranken des Handelns bestimmt.<<

Im Jahr 1937 verließen 7.155 Juden ihr Heimatland Deutschland (x032/411).

Die sudetendeutsche SDP (Henlein) forderte ab 1937/38 den Anschluß an das Deutsche Reich.

Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und der öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 17") fielen dem radikalen Stalinismus im Jahre 1937 wieder viele Unschuldige zum Opfer.

Ein Zeitzeuge berichtete über die Folgen der "Säuberungsaktionen" im Jahre 1937 (x073/62):

>>... Man merkte den Lehrern in der Schule, den Pädagogen im Heim, ja sogar den Referenten der Komintern bei ihren Besuchen die ständige Angst an, in der sie lebten. Diejenigen, die noch nicht verhaftet worden waren – sie nannten sich selbst manchmal die "Übriggebliebenen" -, verhielten sich unterschiedlich.

Die meisten waren von einer ständigen Angstpsychose befallen; sie liefen wie gehetztes Wild umher, immer darauf bedacht, nur ja das Richtige zu tun, um einer Verhaftung zu entgehen.

Aber was war das "Richtige"?

"Am wichtigsten ist es jetzt, möglichst überhaupt nichts zu sagen, vor allem keine einzige politische Äußerung zu tun. Selbst wenn es noch so linientreu ist. Schweigen, Schweigen und nochmals Schweigen, das ist das Gebot der Stunde", meinten die einen.

"Es gibt nichts Gefährlicheres, als schweigend umherzulaufen, denn dadurch erweckt man den Anschein, geheime Gedanken zu haben und überhaupt ein Volksfeind zu sein. Gerade in der heutigen Situation ist es besonders wichtig, aktiv zu wirken und täglich im Sinne der Prawda zu allen Fragen klar seine Meinung zu äußern", meinten die anderen.<<

Der nordamerikanische Historiker Joel Carmichael (1915-2006) berichtete später über Stalins Massenterror im Jahre 1937 (x243/137): >>... Die Verfolgung jedoch, die nun in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 begann, nahm in jeder Hinsicht phantastische Ausmaße an.

Es wurden auch Menschen davon betroffen, die niemals Mitglieder einer politischen Partei gewesen waren. ... Monatelang schien die politische Polizei 24 Stunden am Tag zu arbeiten: In den Städten und auf dem Lande riß sie Menschen aus den Häusern, Werkstätten, Laboratorien, Fabriken, Universitäten, Kasernen und Regierungsbüros.

Nicht eine Wirtschaftsbranche, nicht eine Berufsgruppe blieb verschont: Bauern, Arbeiter, Funktionäre, Fachleute, Intellektuelle, Künstler, Offiziere – alle wurden in dieselben Zellen gesperrt. ...

Die große Säuberung führte praktisch zur Beseitigung aller führenden Persönlichkeiten in buchstäblich allen Fabriken, Eisenbahnstationen, Schulen und schulischen Einrichtungen, wobei die Kollektivwirtschaften, Regierungsstellen und die Armeehierarchie noch nicht berücksichtigt sind. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger (1884-1958, emigrierte 1933 nach Frankreich und floh 1940 in die USA) schwärmte im Jahre 1937 von Stalins öffentlichen Reden in Moskau (x080/201): >>Er ist ganz sicher nicht das, was man einen großen Redner nennen würde.

Seine Argumente kommen langsam: Sie wenden sich an den gesunden Hausverstand von Menschen, die eine Sache sorgfältig, aber nicht schnell erfassen. Doch vor allem hat Stalin einen Sinn für Humor, den plötzlich aufleuchtenden, schlitzohrigen, zuweilen gemütlichen, häufig grausamen Sinn für (den) Humor eines Bauern ...

Wenn Stalin mit seinem wissenden, ruhigen Lächeln spricht und mit seinem Zeigefinger deutet, dann erzeugt er damit nicht wie andere Redner eine Kluft zwischen sich und dem Publikum; er steht nicht gebieterisch auf der Bühne, während sie unter ihm sitzen, sondern innerhalb kurzer Zeit bildet sich zwischen ihm und seinen Zuhörern ein Bündnis, eine Intimität. Da sie aus demselben Stoff sind wie er, sind sie für seine Argumente empfänglich, und beide lachen fröhlich über dieselben einfachen Geschichten. ...<<

Im Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges gewannen die anfangs schwachen Kommunisten 1937 immer mehr Einfluß in Spanien, da die Komintern (Kommunistische Internationale) überall ihre Truppenkommandeure und Politiker durchsetzen konnte.

Ab 1937 begann in Spanien der Kampf der stalinistisch-kommunistischen Gruppen gegen Anarchisten, Trotzisten und andere politische Gegner um die ideologische Vorherrschaft im republikanischen Lager (stalinistische Säuberungen: Verhaftungen und Hinrichtungen nach dem Vorbild der gleichzeitig in Moskau stattfindenden Schauprozesse).

Stalin setzte ein Heer von politischen Agitatoren, Geheimagenten und sowjetischen Militärberatern in Spanien ein, um die republikanische Regierung und ihre militärischen Verbände zu kontrollieren. Eine spezielle spanische Sektion der NKWD (sowjetische Geheimpolizei von 1934-1946) führte während des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) systematische Fahndungsaktionen nach Trotzisten und sonstigen Regimefeinden durch (x128/50-51).

Katholische Bischöfe und Pfarrer forderten am 3. Januar 1938 unbeschränkte Glaubensfreiheit und protestierten gegen Judenverfolgungen.

Alle Juden aus der Sowjetunion wurden am 5. Januar 1938 aufgefordert, Deutschland innerhalb von 10 Tagen zu verlassen.

Die "New York Times" veröffentlichte am 21. Januar 1938 eine Stellungnahme des rumänischen Ministers Alexander Cuza (x172/92): >>... Es ist Sache der ganzen Welt, eine Bleibe für die Juden der Welt zu finden. Madagaskar scheint ein geeigneter Ort zu sein.<<

Gemäß Erlaß vom 25. Januar 1938 wurden die NS-Schutzhafttrichtlinien ergänzt (x032/418): >>... § 1 Die Schutzhaft kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden. ...<<

Hitler teilte Generaloberst Fritsch (Oberbefehlshaber des Heeres) am 26. Januar 1938 während einer persönlichen Unterhaltung mit, daß man ihm homosexuelle Verfehlungen vorwerfen würde.

Ein NS-Gauleiter machte sich im Januar 1938 über die fehlende Widerstandskraft der kirchlichen Vertreter lustig (x032/414): >>... So sind die Pfarrer alle, man muß nur ein bißchen mit der Haft drohen und mit dem KZ-Schlüssel rappeln, da werden sie kusch und schweigen. ...<<

Nach der Hinrichtung von polnischen KP-Führern (in der UdSSR im Jahre 1937) löste die Komintern Anfang 1938 die gesamte polnische KP (ca. 40.000 Mitglieder) auf, weil sie angeblich von Pilsudskis Spionen durchsetzt gewesen sei (x064/130).

Reichskriegsminister von Blomberg, Generaloberst Fritsch (Oberbefehlshaber des Heeres) und konservative Außenpolitiker, die Hitlers Kriegspläne entschieden ablehnten, wurden am 4. Februar 1938 unter unwürdigen Begleitumständen entlassen und mußten ihre Posten kurzfristig räumen.

Hitler übernahm danach am 4. Februar 1938 selbst die Führung der gesamten deutschen Wehrmacht, ernannte General Keitel zum Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General von Brauchitsch zum Oberbefehlshaber des Heeres und Göring zum Oberbefehlshaber der

Luftwaffe (x092/893).

Zahlreiche kriegserfahrene Männer der ruhmreichsten deutschen Offiziersfamilien fielen anschließend Intrigen zum Opfer und wurden öffentlich gedemütigt. Im Jahre 1938 wurden allein 16 führende Generäle "aus Gesundheitsgründen und anderen fingierten Vorwänden" entlassen, denn der preußische Militarismus besaß nie, die ihm nachgesagte "angeborene Kriegslust" und die deutschen Wehrmachtsoffiziere waren auch mehrheitlich keine "kriegslüsternen Bestien". Obgleich Hitler seit 1938 jede Gelegenheit planmäßig und zielstrebig nutzte, Gegner und Kritiker innerhalb der Wehrmacht zu beseitigen, gelang es der NSDAP nicht, alle wesentlichen Spitzenpositionen der Wehrmacht zu kontrollieren.

Hitler beklagte später die fehlende Aggressivität seiner Generäle (x025/141): >>Als ich noch nicht Reichskanzler war, habe ich geglaubt, der Generalstab gleiche einem Fleischerhund, den man fest am Halsband halten müsse, weil er sonst jeden Menschen anzufallen drohe.

Nachdem ich Reichskanzler wurde, habe ich feststellen müssen, daß der deutsche Generalstab alles andere als ein Fleischerhund ist. Der Generalstab hat mich immer hindern wollen, das zu tun, was ich für nötig hielt. Der Generalstab hat der Aufrüstung, der Rheinlandbesetzung, dem Einmarsch in Österreich, der Besetzung der Tschechei und schließlich dem Krieg gegen Polen widersprochen. Der Generalstab hat mir abgeraten, gegen Frankreich offensiv vorzugehen und gegen Rußland Krieg zu führen ...

Die muß man ja in den Krieg hineinprügeln!<<

Im Verlauf des Treffens zwischen Hitler und dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg auf dem Obersalzberg drohte Hitler am 12. Februar 1938 (x300/147): >>... Ich will Ihnen jetzt noch einmal, zum letztenmal, die Gelegenheit geben, Herr Schuschnigg. Entweder wir kommen zu einer Lösung, oder die Dinge sollen laufen; wir werden dann ja sehen, wie das werden wird.

Am nächsten Sonntag trete ich vor die deutsche Nation; bei meiner Rede vor dem Reichstag muß das deutsche Volk wissen, wie es daran ist.

Überlegen sie es sich gut, Herr Schuschnigg; - ich gebe Ihnen nur mehr Zeit bis heute Nachmittag. Wenn ich Ihnen das sage, dann tun Sie gut daran, mich wörtlich zu nehmen. Ich bluffe nicht. Meine ganze Vergangenheit beweist das zur Genüge. ...<<

Der österreichische Innenminister Seyß-Inquart führte am 17. Februar 1938 in Berlin vertrauliche Gespräche mit Hitler.

Am 17. Februar 1938 begann die vorzeitige Entlassung von etwa 3.000 inhaftierten Nationalsozialisten.

Pastor Martin Niemöller wurde am 2. März 1938 zu 7 Monaten Haft verurteilt.

Nach seiner Freilassung wurde Niemöller später erneut festgenommen und verbrachte die nächsten 7 Jahre als "persönlicher Gefangener des Führers" in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau.

Niemöller schrieb später (x103/48): >>Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als die Nazis die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschaftler.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.<<

Hitler erteilte am 11. März 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen (Befehl: "Unternehmen Otto").

In diesem Geheimbefehl ("Unternehmen Otto") hieß es (x149/90): >>Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken. ...

Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten Einmarsches vor sich geht. ... Sollte es aber zum Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit zu brechen.<<

Bundeskanzler Schuschnigg mußte am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten.

Nach Schuschniggs Rücktritt wurde der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildete ein nationalsozialistisches Übergangskabinett. Seyß-Inquart rief danach per Rundfunk die NS-Formation zum Schutz von Ruhe und Ordnung auf.

Bundeskanzler Seyß-Inquart forderte am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.

Der deutsche Einmarsch entwickelte sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschierten damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.

Der Wiener Rundfunk sendete am 12. März 1938 eine Rede des österreichischen NSDAP-Landesleiters (x191/83): >>... Unser Ziel ist erreicht: Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Heil unserem Führer! Heil Hitler!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Anschließpolitik des NS-Regimes (x051/26-27): >>(Anschluß) ... Entschieden zu früh aber, obschon nicht ungewollt, kam Hitler der nationalsozialistische Putsch gegen die Regierung Dollfuß am 25.7.34 (Österreich). Mussolini ließ am Brenner italienische Truppen aufziehen und zwang Hitler zu eiliger Distanzierung vom Wiener Putschversuch.

Er zeigte ihm aber auch, daß der Schlüssel zum Anschluß in Rom lag. Italien hatte als einzige Großmacht eine gemeinsame Grenze mit Österreich und mußte zudem von einem Großdeutschland die Rückforderung Südtirols befürchten. Jede Anschließpolitik war folglich zunächst Italienpolitik, die Hitler bei einem ersten Treffen mit dem Duce im Februar 34 noch nicht recht hatte in Gang bringen können.

Gelegenheit dazu bot ihm indes schon bald die imperialistische Politik des faschistischen Italien: Im Konflikt um Abessinien verpflichtete er sich Mussolini, im Spanischen Bürgerkrieg baute er die freundlichen Beziehungen zur Waffenbrüderschaft aus. Während Frankreich zunehmend mit innenpolitischen Problemen beschäftigt war und England auf Appeasement setzte, konnte Hitler im Rahmen der Achse wieder zu aktiver Anschließpolitik übergehen. Die mußte zunächst darin bestehen, die Lage der österreichischen Nationalsozialisten zu verbessern, die seit 19.7.33 verboten waren und die Anhaltelager füllten.

Hier bot sich der Hebel für Hitler zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlands: Am 11.7.36 kam es unter deutschem Druck zum Juliabkommen mit der Regierung Schuschnigg, die aber die Einlösung der darin ausgehandelten Erleichterungen für die Nationalsozialisten schleppend behandelte.

Nach einigen Mahnungen ließ Hitler daher Schuschnigg am 12.2.38 auf den Obersalzberg laden und verlangte ultimativ die Hineinnahme seines Mannes in Wien, A. Seyß-Inquart, als Innenminister in die österreichische Regierung, die Abstimmung der Außenpolitik auf die des Reiches, die Legalisierung der österreichischen NSDAP, eine allgemeine Amnestie u.a.

Im sogenannten Berchtesgadener Diktat akzeptierte Schuschnigg diese und weitere wirtschaftliche und militärische Bedingungen; Bundespräsident Miklas ernannte drei Tage später Seyß-Inquart und lieferte damit die österreichischen Sicherheitsorgane den Nationalsozialisten aus.

In einem verzweifelten letzten Versuch, den Anschluß abzuwenden, beraumte Schuschnigg am 9.3.38 überraschend für den 13. eine Volksabstimmung an für oder gegen ein "freies und deutsches, unabhängiges und soziales, christliches und einiges Österreich". Unregelmäßigkeiten bei den Wahlvorbereitungen (Heraufsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre, fehlende Wählerlisten) und zu kurze Frist beschleunigten aber nun die deutsche Intervention:

Hitler forderte am 11.3. die Absetzung der Abstimmung, den Rücktritt Schuschniggs zugunsten Seyß-Inquarts und erklärte, er beabsichtige, "wenn andere Mittel nicht zum Ziel führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken".

Unter "Ziele" verstand er jetzt offen den Anschluß und "andere Mittel" als den Einmarsch zog er auch nach Erfüllung seines Ultimatums - um Mitternacht zum 12.3. berief Miklas nach erheblichem Widerstand Seyß-Inquart zum Kanzler - nicht mehr in Erwägung. In den Morgenstunden des 12.3.38 überschritten Wehrmachtseinheiten nach telefonisch zwischen Göring und Seyß-Inquart vereinbartem Hilfeersuchen der österreichischen Regierung die Grenze. ...<<

Das österreichische Parlament löste am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschloß ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich war danach ein Teil des Deutschen Reiches.

Um die Wiedervereinigung zu legitimieren, sollten am 10. April 1938 in Deutschland und Österreich Volksabstimmungen durchgeführt werden.

Hitler hielt bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfing Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubelten Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"

Hitler erklärte damals während einer kurzen Ansprache am Schwarzenbergplatz in Wien zur "Wiedervereinigung Österreichs" mit dem Deutschen Reich (x032/430): >>... Keine Not, keine Drohung und keine Gewalt kann diesen Schwur brechen.<<

Die Wiedervereinigung wurde von den begeisterten Österreichern damals ausgelassen gefeiert. In den Bergen verkündeten zahllose Freudenfeuer den Anschluß, alle Kirchenglocken läuteten. In Österreich mußte der Jubel nicht planmäßig organisiert werden, denn die meisten Österreicher feierten den Anschluß und ihren "heimgekehrten Sohn" (Hitler) wirklich.

Der Anschluß war jedenfalls keine gewaltsame Besetzung oder brutale Unterwerfung eines anderen Staates und Volkes, sondern man verwirklichte eigentlich nur ein widerrechtlich vorenthaltenes Selbstbestimmungsrecht. Viele Katholiken und Sozialisten, die naturgemäß erbiterte Feinde des Nationalsozialismus waren, begrüßten ebenfalls den Anschluß an das Deutsche Reich. Das jahrhundertealte Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen setzte sich überall durch. Auch der Kardinalerzbischof von Wien, seine Bischöfe und auch führende Sozialdemokraten bekannten sich "als Deutsche zum Deutschen Reich" (x076/235).

Hitlers Elternhaus wurde später ein berühmter österreichischer Wallfahrtsort.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Anschluß Österreichs (x051/27): >>(Anschluß) ... Am 14.3. verkündete Hitler unter tosendem Jubel auf dem Wiener Heldenplatz "den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich". Gleichzeitig trat das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" in Kraft. Österreich, gegliedert in Reichsgaue, hieß nun Ostmark. Die Westmächte ließen es bei papierenen Protesten bewenden.

Es kann kein Zweifel sein, daß bei allen Vorbehalten gegenüber nationalsozialistischen Zahlenangaben das Ergebnis der Volksabstimmung über den Anschluß am 10.4.38 die überwältigende Zustimmung in beiden Ländern spiegelt (offiziell Österreich: 99,75 %, Deutsches Reich: 99,0 %).

Selbst Sozialistenführer Renner begrüßte in klarer Einschätzung der Volksstimmung Hitlers Aktion und stimmte öffentlich mit "Ja", obwohl er die Folgen für die österreichische Sozialdemokratie genau abschätzen konnte.

Der österreichische Episkopat unter Kardinal Innitzer ließ die Kirchen mit Hakenkreuzfahnen schmücken und würdigte "freudig", daß die Nationalsozialisten "auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus ... Hervorragendes geleistet" hätten, ungeachtet der gleich nach dem Anschluß einsetzenden Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Schon

Anfang April 38 wurde das KZ Mauthausen errichtet.<<

Hitler sprach am 15. März 1938 vom Balkon der Wiener Hofburg zur wartenden Volksmenge (x032/430): >>... Ich kann somit in dieser Stunde dem deutschen Volke die größte Vollzugsmeldung meines Lebens abstatten. Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.<<

Polen nutzte das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19.03.1938) an Litauen. Litauen wurde mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).

Der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, forderte die Westmächte am 17. März 1938 während einer Pressekonferenz in Moskau auf, die NS-Aggressionen einzudämmen (x058/361): >>... An erster Stelle richtet sich eine Drohung gegen die Tschechoslowakei, und es droht die Gefahr eines neuen internationalen Konfliktes, der sich bereits in der alarmierenden Situation, die sich an der polnisch-litauischen Grenze entwickelt hat, abzeichnet.

Die gegenwärtige internationale Lage konfrontiert die friedliebenden Völker und im besonderen die Großmächte mit der Frage der Verantwortung für das zukünftige Schicksal der Völker Europas und anderswo. ...

Die Sowjetunion ist für ihren Teil vorbereitet, an gemeinsamen Aktionen teilzunehmen, deren Reichweite in Verbindung mit der Sowjetunion entschieden werden sollte und deren Ziel es sein sollte, die weitere Entwicklung der Aggression zu stoppen und die gewachsene Gefahr eines neuen Welt-Blutbads zu beseitigen.

Die sowjetische Regierung ist darauf vorbereitet, sofort zusammen mit anderen Staaten im Völkerbund oder außerhalb mit der Diskussion praktischer Maßnahmen zu beginnen, nach denen die gegenwärtigen Umstände rufen.

Morgen kann es zu spät sein, aber heute ist die Zeit noch nicht vorüber, wenn alle Staaten und besonders die Großmächte einen festen und unzweideutigen Standpunkt einnehmen, was die Probleme der kollektiven Friedenswahrung betrifft.<<

Konrad Henlein wurde am 22. März 1938 erstmalig von Hitler empfangen.

In dem Besprechungsprotokoll zwischen Hitler und Henlein hieß es (x256/150): >>Der Führer erklärte, daß er beabsichtige, das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit zu lösen. ... Henlein hat dem Führer gegenüber seine Auffassung folgendermaßen zusammengefaßt: Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können. Diese Auffassung bejahte der Führer.<<

Das KdF-Schiff "Wilhelm Gustloff" startete in Hamburg am 24. März 1938 zur ersten Urlaubsfahrt. An Bord befanden sich erstmals auch 1.000 österreichische Urlauber.

Der französische Botschafter in Moskau schrieb im März 1938 in einem Bericht für die französische Regierung (x149/91): >>Es ist klar, daß die Unternehmungen Hitlers wie Glieder einer Kette ineinandergreifen und daß jedes Glied, indem es sich schließt, ein weiteres erfaßt: Wiederaufrüstung, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiederbesetzung des Rheinlandes, Anschluß Österreichs.

Ebenso klar ist es, das die bisherige passive Haltung der Westmächte nur dazu angetan ist, Hitler zu ermutigen, seiner Kette weitere Glieder anzufügen, und daß er, wenn überhaupt, so nicht eher einhalten wird, als bis alle deutschsprachigen Bevölkerungsteile in Europa dem Reich einverleibt sind -, es sei denn, daß ihm der Weg dazu verlegt wird.<<

Hitler erklärte am 4. April 1938 während einer Rede im Festsaal des Rathauses in Klagenfurt (x032/437): >>... Wer an Gott glaubt, der muß bekennen: Wenn sich in drei Tagen ein Völkerschicksal wendet, dann ist das Gottesgericht!<<

Hitler warb am 5. April 1938 in Innsbruck für die anstehende Volksabstimmung (x032/437):
>>... Wenn der 10. April zur Neige geht, dann wird es die ganze Welt wissen: Am 13. März hat ein Mann ein Volk geeint - einen Monat später hat das Volk den Mann bestätigt.<<

Hitler sprach am 7. April 1938 in Linz über seine schönen Jugenderlebnisse.

Der Führer erklärte, daß nicht Gewalt den Anschluß Österreichs herbeigeführt habe (x032/438): >>... (sondern) das Herz hat übermächtig nach der deutschen Volksgemeinschaft verlangt!<<

Am 9. April 1938, dem letzten Tag vor der Volksabstimmung, hielt Hitler seine Schlußrede in Wien (x032/438): >>... Ich glaube, daß es Gottes Wille war, von hier einen Knaben in das Reich zu schicken, ihn groß werden zu lassen, ihn zum Führer der Nation zu erheben, um es ihm zu ermöglichen, seine Heimat in das Reich hineinzuführen. Mir wurde die Gnade zuteil, am Tage des Verrates meine Heimat in das Reich eingliedern zu können. ...

Möge jeder Deutsche sich morgen in Demut verbeugen vor dem Willen des Allmächtigen, der in wenigen Wochen ein Wunder an uns vollzogen hat. ...<<

Das "Reutlinger Tageblatt berichtete am 10. April 1938 in einer Sonderausgabe über die Volksabstimmungen zum Anschluß Österreichs (x243/52): >>Der Gründer des Großdeutschen Reiches sprach zur Nation – Adolf Hitlers feierlicher Schlußappell – Im Banne eines geschichtlichen Augenblickes. ...

"Deutsches Volk! Steh jetzt auf! Unterschreibe es! Halten es fest in Händen!" –

"Möge jeder Deutsche die Stunde erkennen, sie ermessen und sich in Demut verbeugen vor dem Willen des Allmächtigen, der in wenigen Wochen ein Wunder an uns vollzogen hat!"
...<<

Der Anschluß Österreichs wurde am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen waren für den Anschluß und stimmten mit "Ja" (x032/438).

Nach dieser eindeutigen Zustimmung dankte Hitler während einer Ansprache "seinen Österreichern" für die "stolzeste Stunde seines Lebens" (x269/349): >>... Als Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte die Heimkehr meiner Heimat in das Deutsche Reich ...<<

Österreich war nach der Volksabstimmung endgültig eine Provinz des "Großdeutschen Reiches". Ein Österreicher, der kurz nach dem Anschluß Österreich gefragt wurde, wie es ihm denn jetzt im neuen Großdeutschland gefallen würde, antwortete damals: "Na ja, schön ist's schon - aber halt a Strapaz!"

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das Großdeutsche Reich (x051/228-229): >>Großdeutsches Reich (Großdeutschland), zunächst propagandistisch, im Zweiten Weltkrieg offizielle Eigenbezeichnung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches.

Die Bildung eines Großdeutschen Reiches war schon in Punkt 1 des Programms der NSDAP vom 24.2.20 verlangt worden: "Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen ... zu einem Großdeutschland"; das Parteiorgan "Völkischer Beobachter" trug seit 1921 den Untertitel "Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands".

Der Begriff "großdeutsch" hatte eine lange Entwicklung hinter sich und ging zurück auf das patriotische Erwachen in den Befreiungskriegen (1813/15) gegen die napoleonische Fremdherrschaft. Im Lied von E. M. Arndt (1769-1860) "Was ist des Deutschen Vaterland?" (1813) hieß es schon: "Das ganze Deutschland muss es sein."

Die Hoffnungen gingen unter in der Zeit der Restauration und scheiterten erneut 1848/49 am preußisch-österreichischen Dualismus und dem Vielvölkerballast der Donaumonarchie.

Bismarcks Reichsgründung von 1871 führte dann die kleindeutsche Lösung mit Modifikationen zum Sieg, deren "Enge" von den enttäuschten Verfechtern eines Großdeutschen Reiches

bekämpft wurde.

Insbesondere in Deutsch-Österreich blieb die großdeutsche Sehnsucht wach (Alldeutscher Verband) und brach sich nach dem Untergang des habsburgischen Reiches 1918/19 Bahn in Forderungen nach Anschluß an das Deutsche Reich. Damit aber wären die Alliierten des Ersten Weltkrieges um die machtpolitischen Früchte des Sieges gebracht worden, weswegen sie in den Friedensverträgen die Vereinigung verboten.

Der Österreicher Hitler artikulierte in seiner großdeutschen Propaganda daher Hoffnungen auf "nationale Wiedergeburt", da der "Zusammenschluß des geschlossenen siedelnden Deutschtums" aufgrund des von alliierter Seite propagierten Selbstbestimmungsrechts der Völker die einzig realistische Chance schien zur Lockerung der "Fesseln des Versailler Vertrages".

Wenn dennoch nach Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich am 13.3.38 nur zögernd vom Großdeutschen Reich gesprochen wurde, dann wegen der wesentlich weiter gesteckten Ziele Hitlers. In der Presseanweisung des Propagandaministeriums vom 21.3.38 wurde die Zurückhaltung damit begründet, daß zu einem wirklichen Großdeutschen Reich "natürlich noch andere Gebiete" gehörten, "die wir zu gegebener Zeit beanspruchen werden".

Zunächst dominierte daher der weniger verbindliche Begriff "Großdeutschland", der erst von der Bezeichnung Großdeutsches Reich verdrängt wurde nach der Eingliederung des Sudetenlandes (Oktober 38), des Memelgebietes (März 39), der "Reichsgaue" Danzig-Westpreußen und Wartheland (Oktober 39), der Errichtung der "Nebenländer" Protektorat (März 39) und Generalgouvernement (Oktober 39) sowie der Annexion Eupen-Malmedys (Mai 40) und der Übernahme Elsaß-Lothringens (Juli 40).

Mit dieser radikalen Überdehnung der ursprünglich großdeutschen Vorstellungen wurde der Begriff Großdeutsches Reich imperialistisch zerstört und konnte nach der Bedingungslosen Kapitulation (8.5.45) keine Wirkung mehr entfalten.<<

Der deutsche Prof. Hugo Andreae schrieb später über den Anschluß Österreichs (x076/235):
>>... Der Einmarsch der deutschen Truppen und bald darauf Hitlers Einzug in Wien wird ein einziger Triumphzug ... Das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen und das Glück über die Verwirklichung der alten großdeutschen Forderung von 1848 kommt zum Ausbruch.

...

Für Hitler hätte das Ereignis der Höhepunkt seiner Erfolge sein können, denn er war Österreicher und kehrte nun im Triumph in die Stadt Wien zurück, die er als bettelarmer, einst enttäuschter Jüngling verlassen hatte. In Wahrheit aber teilte er nicht die Gefühle der Deutschen und ihr Glück über die vollzogene Vereinigung, da ihm der Gedanke der Selbstbestimmung und die Idee der deutschen Einheit überhaupt nicht bewegten.

Der Anschluß Österreichs war ihm lediglich das Sprungbrett für Gewalttaten auf dem Wege zur Unterwerfung Osteuropas. Von hier aus eröffneten sich politische und strategische Ausgangspunkte für die zunächst vorgesehene Überrumpelung der Tschechoslowakei.

... Der Anschluß war keine Vergewaltigung und Unterwerfung eines anderen Staates und Volkes. Es stellte vielmehr das den Deutschen in Versailles widerrechtlich vorenthaltene Selbstbestimmungsrecht her und lag so sehr in der Linie einer natürlichen politischen Entwicklung, daß sich in ganz Europa keine Hand rührte, um dem Lauf der Dinge Einhalt zu gebieten.<<

Das "Reutlinger Tageblatt berichtete am 11. April 1938 über die Volksabstimmung zum Anschluß Österreichs (x243/52): >>Reutlingen steht zum Führer, ... - Mehr und mehr füllen sich die Abstimmungslokale. ... -

Gegen 14 Uhr ... hatten die Männer vom Schlepperdienst zu tun. ... Sanitäter trugen die Kranken auf Bahren oder stützten sie ... beim Laufen. SA-Männer halfen alten Müttern die Stufen zum Wahllokal empor, gaben ihnen die letzten Belehrungen, und mit zittriger Hand, wird dann das Kreuz in den großen Kreis gesetzt: das Bekenntnis zu Großdeutschland und seinem Führer. ...<<

Winston Churchill erklärte nach dem Anschluß Österreichs (x256/150): >>Europa sieht sich vor einem Angriffsplan, der sorgfältig ausgedacht und zeitlich berechnet ist und sich von Stufe zu Stufe entwickelt, und es steht nur eine einzige Wahl offen, nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder: sich entweder wie Österreich zu unterwerfen oder wirksame Maßnahmen zu treffen, solange noch Zeit ist, die Gefahr abzuwenden.

Wenn wir weiterhin die Ereignisse abwarten – wie viele unserer Hilfsmittel werden wir uns verscherzen, wie viele Freunde werden sich uns entfremden, wie viele mögliche Verbündete werden wir einen nach dem anderen im grauenhaften Abgrund verschwinden sehen.

Wie oft noch wird der Bluff Erfolg haben, bis die hinter dem Bluff unablässig zunehmenden Kräfte sich zur Wirklichkeit zusammengeballt haben?<<

Während der Hauptversammlung der Sudetendeutschen Partei in Karlsbad forderte Konrad Henlein am 24. April 1938 die "volle Autonomie" und Gleichberechtigung für die Sudetendeutschen (x245/427): >>... Volle Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der sudetendeutschen Volksgruppe;

Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes;

Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt;

Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben;

Beseitigung des dem Sudetendeutschum seit 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden;

Anerkennung der Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte. ...<<

Präsident Benesch verteidigte weiterhin den "nationalen tschechoslowakischen Einheitsstaat" und lehnte das "Karlsbader Programm" als unannehmbar ab.

Die Juden mußten seit dem 26. April 1938 ihr Vermögen (Besitz über 5.000 Reichsmark) angeben.

Die systematische Ausplünderung der deutschen Juden begann (x032/441): >>... Der Beauftragte für den Vierjahresplan (Göring) kann Maßnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldspflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Arisierung" (x051/39): >>Arisierung, nationalsozialistische Bezeichnung für die Überführung jüdischen Besitzes in "arische" (Arier) Hände zur "Entjudung der Wirtschaft".

Die Juden waren durch Arierparagraph und Nürnberger Gesetze aus dem öffentlichen Leben schon bald weitgehend ausgestoßen, im wirtschaftlichen Bereich waren ihnen aber Reservate geblieben, die durch die Arisierung beseitigt werden sollten:

Am 26.4.38 wurde die Anmeldepflicht für jüdische Vermögenswerte über 5.000 Mark verfügt und der Zugang der Juden zu ihren Bankkonten eingeschränkt, am 14.6.38 ordnete das Innenministerium die Registrierung aller jüdischen Unternehmen an. Der Staat setzte den Verkaufswert der jüdischen Betriebe auf einen Bruchteil des Verkehrswertes fest und sorgte mit abgestuften Druckmitteln für die Veräußerung nur an erwünschte Personen.

Zu den großen "Arisierungsgewinnlern" gehörten der I. G. Farben-Konzern, die Flick-Gruppe, Großbanken u.a. Der Erlös aus "arisierten" Unternehmen mußte auf Sperrkonten eingezahlt werden und war nur in beschränkter Höhe für die jüdischen Inhaber verfügbar, so daß die Arisierung letztlich einer fast entschädigungslosen Enteignung gleichkam.

Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 wurde der Arisierungsdruck drastisch verschärft. Schon am 12.11.38 erging ein generelles Verbot für Juden, als Geschäftsführer zu fungieren, was jüdische Firmeninhaber zur Hineinnahme "arischer" Unternehmensleiter zwang. Diese oft

von der Partei lancierten Personen übernahmen erst die Macht, bald darauf meist auch das ganze Geschäft. "Gefälligkeitsarier" wurden nach der "Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe" (22.4.38) mit Strafe bedroht.

Da den deutschen Juden als "Buße" für die von der SA und dem antisemitischen Mob verursachten Schäden der Kristallnacht hohe Zahlungen aufgebürdet wurden, war der Ausverkauf jüdischen Besitzes nur eine Frage der Zeit. Am 3.12.38 wurde der Wert jüdischen Grundbesitzes auf niedrigstem Niveau eingefroren, Wertsachen und Juwelen durften nur noch an staatliche Stellen verkauft werden. Die durch die Arisierung erzeugte Verarmung der jüdischen Bevölkerung stand oft ihrem Ziel, nämlich die Juden zur Auswanderung zu schikanieren, im Weg, weil den Betroffenen nun dazu die Mittel fehlten.

Sie wurden Opfer der Endlösung. In der Arisierung trafen sich rassistische Motive der Nationalsozialisten mit traditionellen antisemitischen Neidaffekten des Mittelstandes und Expansionsbestrebungen der Großindustrie. In der Angst, bei der Verteilung der Beute zu spät zu kommen, entstand eine verhängnisvolle Koalition der Habgier, so daß sich wenig Widerstand gegen die Arisierung regte. Für die materiellen Schäden leistete die Bundesrepublik nach dem Krieg Wiedergutmachung.<<

US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x342/10): >>... Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im März 1938 und dem Anschluß Österreichs wurde das NS-Regime unmittelbarer Nachbar der Jugoslawen.

Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch (1870-1965) schlug im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" (britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien) anzusiedeln.

Der US-Jurist Felix Frankfurter (1882-1965, von 1939-62, Richter am Obersten US-Gerichtshof) kritisierte damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<

Carl von Ossietzky (1889 in Hamburg geboren, bekannter Redakteur und Pazifist, erhielt 1935 den Friedensnobelpreis) starb am 4. Mai 1938 an den Folgen einer Tuberkulose.

Die Londoner Zeitung "Daily Mail" berichtete am 6. Mai 1938 über die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen (x320/31): >>Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien 20 Jahre lang ruhig zugehört hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.<<

Artur Becker (1905-1938, KPD-Politiker, 1930 jüngster Reichstagsabgeordneter), der als politischer Kommissar der XI. Internationalen Brigade am spanischen Bürgerkrieg teilnahm, wurde am 16. Mai 1938 in Burgos erschossen.

Nach der Ermordung von 2 Sudetendeutschen in Eger ordnete die Prager Regierung am 21. Mai 1938 die Teilmobilmachung der tschechischen Armee an.

Hitler führte am 26. Mai 1938 die Grundsteinlegung für das Volkswagen-Automobilwerk in Fallersleben (später ein Stadtteil Wolfsburgs) durch.

Jede deutsche Familie sollte zukünftig die Möglichkeit erhalten, einen "KdF-Wagen" (Vorgänger des VW-Käfers) zu einem Preis von 990 Reichsmark zu erwerben. Ab 1938 konnte jeder Deutsche das sogenannte "KdF-Auto" ("Volkswagen") bestellen, wenn er bereit war, monatliche Raten in Höhe von mindestens 5 RM zu zahlen (x138/201).

Der KdF-Wagen, der in einem Werk bei Fallersleben hergestellt wurde, sollte frühestens nach 5-6 Jahren an die 300.000 Besteller ausgeliefert werden. Während des Zweiten Weltkrieges produzierte das KdF-Werk jedoch in erster Linie Kübelwagen für die Wehrmacht.

Die gewitzten Berliner erkannten bereits frühzeitig das Schwindelgeschäft des NS-Regimes: "Die "Bomberwagen" werden nie geliefert, denn das Geld wird für Bomben benötigt!"

Dr. Reinhard Barth schrieb später über den "Volkswagen" (x051/614): >>Volkswagen (VW), von Ferdinand Porsche konstruiertes Automobil, das, zu erschwinglichem Preis angeboten, eine Massenmotorisierung in Deutschland einleiten sollte.

Dabei verband sich ein Investitionsprogramm für die Industrie mit einer sozialpolitischen Zielsetzung; das Auto verlor seinen Charakter als Statussymbol reicher Leute. Idee und sogar erste Vorstellungen über die (käferförmige) Gestalt des VW sollen von Hitler stammen ("wie ein Maikäfer soll er aussehen; man braucht nur die Natur zu betrachten, um zu wissen, wie sie mit der Stromlinie fertig wird").

Porsches Entwurf eines Autos für vier Personen, mit Hinterradantrieb, luftgekühltem Motor, 100 km/h Höchstgeschwindigkeit, 8 l Verbrauch, zum Preis von 1.000 RM, wurde bereits im Januar 34 vorgestellt, Prototypen fuhren ab 1936 (Limousine, Kabriolett und Roldeck-Version). Die Automobilindustrie, die den Volkswagen finanzieren und in ihren Fabriken bauen sollte, verzögerte das Projekt. Daraufhin übertrug Hitler die Produktion auf ein eigenes Werk, das 1938 von der Deutschen Arbeitsfront in der "Stadt des KdF-Autos", dem heutigen Wolfsburg, gegründet wurde.

Die Freizeitorganisation Kraft durch Freude (KdF) gab Sparkarten aus ("Fünf Mark die Woche mußt du sparen, willst du im eigenen Wagen fahren!"). Von den 336.000 Bestellern bekam indes niemand seinen Wagen zu Gesicht, der VW wurde nach Kriegsbeginn nur als Kübelwagen für die Wehrmacht gebaut. 1944 kam die Produktion nach schweren Luftangriffen zum Erliegen, wurde aber in der Nachkriegszeit rasch wieder aufgenommen, diesmal mit wirklichen VWs, die als "Käfer" ihren Siegeszug um die Welt antraten.

Die KdF-Sparer wurden 1961 mit einem Preisnachlaß von DM 600,- bei Neuwagenkauf abgefunden.<<

Hitler informierte führende Befehlshaber der deutschen Wehrmacht am 30. Mai 1938 über die geplante Zerschlagung der Tschechoslowakei (x191/84): >>Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen ist Sache der politischen Führung. ...<<

Das NS-Regime führte am 1. Juni 1938 die Massenverhaftung von allen vorbestraften Juden (die zu mehr als einem Monat Gefängnis bestraft waren) durch (x032/449). Die Verhafteten wurden ohne Vernehmung und Gerichtsverhandlung in Konzentrationslagern inhaftiert.

Ein Zeitzeuge berichtete später über die Massenverhaftungen und Zustände im KZ Buchenwald im Juni 1938 (x191/64): >>Herr Z. besaß ein kleines Geschäft mit 3 Angestellten in Deutschland. Er wurde im Juni 1938 während einer Razzia in den Straßen Berlins, ohne wirklichen oder auch nur vorgetäuschten Grund verhaftet. ...

Ankunft 6 Uhr 30 in Weimar. Empfang durch die SS mit Beschimpfungen und Schlägen: "Judenhunde, Schufte, nun haben wir euch!" ...

Buchenwald. (Es herrschen) furchtbare Zustände im Lager. An manchen Stellen Schmutz und Schlamm bis zu den Knien. ... 350 der Neuangekommenen werden im Keller der Baracken untergebracht. Die Strohsäcke lagen in 4 Reihen, und je 3 Männer mußten sich ein solches

Ruhelager teilen. ... (Es war) verboten, auf dem Rücken zu liegen, widrigenfalls (gab es) Schläge mit dem Knüttel. Die Männer, die dies überwachen, sind ältere Gefangene.

Lagerordnung: "Die Wache hat Befehl, ohne Warnung zu schießen, wenn irgend jemand sich nach ihrer Richtung bewegt! ...

Stundenplan: Aufstehen 3 Uhr 30, sehr schlechte Luft; furchtbarer Geruch: Wasser tropft von den winzigen Kellerfenstern. Antreten in Reih und Glied um 4 Uhr 30. Kaffeeverteilung um 4 Uhr 45 auf dem Platz, wo der Galgen und die Prügelblöcke stehen. ...

Diejenigen, die sich krank gemeldet haben, treten heraus, werden abgesondert und vom Kommandanten inspiziert. Er behandelt die "Gesunden" sofort mit der Reitpeitsche in Gegenwart der andern; "Juden haben nicht krank zu werden". Der Kommandant entscheidet vom bloßen Ansehen, wer reif für den Doktor ist. ... Die andern müssen zurück zum Arbeitstrupp, mit Hilfe von Stößen und der Reitpeitsche.

Der Doktor erklärt die Kranken entweder als "krank" oder "gesund"; im letzten Fall werden sie am Abend für (ihre) "Lügen" bestraft. Am Schluß wurden keine Juden mehr als krank betrachtet. Es gab nur "Gesunde oder Tote". ...

Die Arbeit besteht in Steine brechen, eine Viertelstunde von der Chaussee, die gebaut werden soll, entfernt. ... Viele setzten ihrem Leiden dadurch ein Ende, daß sie einen Fluchtversuch vortäuschen, um erschossen zu werden.<<

Der deutsche Generalmajor Ernst Udet erzielte am 6. Juni 1938 mit einem Heinkel-Jagdflugzeug einen neuen Geschwindigkeitsrekord von 634,37 km/h.

Alfred Rosenberg (ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes) schlug am 6. Juni 1938 während der Flüchtlingskonferenz europäischer und amerikanischer Staaten in Evian am Genfer See vor, die Insel Madagaskar als Auswanderungsland für die Juden auszuwählen (x032/451).

Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schrieb am 9. Juni 1938 in seiner 14-tägigen Zeitungskolumne über die Luftangriffe gegen britische Städte im "nächsten Krieg" (x172/102): >>... Die Männer unseres Landes werden einen brennenden Kampfgeist verspüren, wenn sie erleben müssen, daß ringsum auf so feige Art Frauen und Kinder getötet werden. Jeder Mann, der sich mit Recht so nennen darf, wird darauf pochen, am Kampf teilzunehmen.<<

Premierminister Chamberlain erklärte am 21. Juni 1938 während einer Rede im britischen Unterhaus (x338/74-75): >>... 1. Es verstößt gegen das Völkerrecht, Zivilisten als solche zu bombardieren und absichtlich Angriffe gegen die Zivilbevölkerung durchzuführen.

2. Ziele, die aus der Luft anvisiert werden, müssen rechtmäßige militärische Ziele und identifizierbar sein.

3. Bei einem Angriff auf diese Ziele muß mit angemessener Sorgfalt vorgegangen werden, damit es nicht durch Nachlässigkeit zu einer Bombardierung der in der Nähe befindlichen Zivilbevölkerung kommt. ...<<

Mit Hilfe der Verordnung zur "Sicherung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonders staatspolitischer Verantwortung" vom 22. Juni 1938 konnte jeder Deutsche zur Dienstleistung auf einer ihm zugeordneten Arbeitsstelle oder zu einer speziellen Berufsausbildung verpflichtet werden.

Der US-Journalist Oswald G. Villard (1872-1949) schrieb am 2. Juli 1938 in der Wochenzeitschrift "The Nation" über die Folgen der massiven Aufrüstung in Europa (x172/103): >>... Sie bringt einen zunehmenden Staatskult mit sich, mehr Nationalismus, mehr Militärdienst. Und spielt daher Leuten wie Hitler und Mussolini in die Hände, die behaupten, der Bürger sei für den Staat da und nicht der Staat für den Bürger.<<

Am 5. Juli 1938 vereinbarte der Londoner Nichteinmischungsausschuß mit der spanischen Regierung die Auflösung der Internationalen Brigaden in Spanien (x032/437). Tausende von Angehörigen der Internationalen flohen später nach Frankreich, wo sie nicht selten interniert

oder sofort ausgewiesen wurden. Die deutschen Rückkehrer gerieten meistens umgehend in NS-Konzentrationslager und kamen dort größtenteils um.

Die Konferenz von Evian endete am 15. Juli 1938 lediglich mit unverbindlichen Empfehlungen und der Errichtung eines Internationalen Flüchtlingskomitees mit Sitz in London. Das jüdische Flüchtlingsproblem wurde durch diese Konferenz nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert, weil sich die britische Regierung weigerte, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern. Seit 1933 waren etwa 40.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert (x032/459).

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichteten damals über die erfolglose "Evian-Konferenz" am Genfer See (x172/104): >>... Großmächte schlagen Juden Tür vor der Nase zu. Verhandlung im Stimmungstief. Selbst dünnbesiedelte südamerikanische Staaten verweigern Asyl. ...<<

>>... Trotz der wohlfeilen warmen und klugen Worte in Evian-les-Bains bleibt die Tatsache bestehen, daß keine Nation willens ist, mittellose Juden aufzunehmen.<<

Ludwig Beck (1880-1944, ein Offizier preußischer Tradition, von 1935-38 Generalstabschef des deutschen Heeres, später unumstrittener militärischer Führer der deutschen Widerstandsbewegung) warnte am 16. Juli 1938 vor Hitlers Kriegsplänen.

Beck mahnte am 16. Juli 1938 den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Brauchitsch (x067/135-136): >>Die Aussicht, in absehbarer Zeit die Tschechoslowakei durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, ohne sofort Frankreich und England auf den Plan zu rufen, besteht nicht ...

Ich halte mich heute für verpflichtet – im Bewußtsein der Tragweite eines derartigen Schrittes, aber unter Berufung auf die mir nach meiner Dienstanweisung für die Vorbereitung und Ausführung eines Krieges erwachsene Verantwortung - die dringende Bitte auszusprechen, den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht (Hitler) zu veranlassen, die von ihm befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen und die Absicht der gewaltsamen Lösung der tschechischen Frage solange zurückzustellen, bis sich die militärischen Voraussetzungen grundlegend geändert haben. ...

Alle aufrechten und ernsten deutschen Männer in staatsverantwortlichen Stellungen müssen sich berufen und verpflichtet fühlen, alle erdenklichen Mittel und Wege bis zur letzten Konsequenz anzuwenden, um einen Krieg gegen die Tschechei abzuwenden, der in seinen Auswirkungen zu einem Weltkrieg führen muß, der das Finis Germaniae (Ende Deutschlands) bedeuten würde.

Die höchsten Führer der Wehrmacht sind hierzu in erster Linie berufen und befähigt, denn die Wehrmacht ist das ausübende Machtmittel des Staates in der Durchführung eines Krieges. Es stehen hier letzte Entscheidungen über den Stand der Nation auf dem Spiele. Die Geschichte wird diese Führer (der Wehrmacht) mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbieten.

Finden ihre Ratschläge und Warnungen in solcher Lage kein Gehör, dann haben sie das Recht und die Pflicht, vor dem Volk und seiner Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten. Wenn sie alle in einem geschlossenen Willen handeln, ist die Durchführung einer kriegerischen Handlung unmöglich. Sie haben damit das Vaterland vor dem Schlimmsten, vor seinem Untergang bewahrt.

Es ist ein Mangel an Größe und Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewußt zu werden. Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen!

Andere aufrechte Männer in staatsverantwortlichen Stellungen außerhalb der Wehrmacht werden sich auf ihrem Wege anschließen. Wenn man die Augen und Ohren offenhält, wenn man sich durch falsche Zahlen nicht selbst betrügt, wenn man nicht in dem Rausch einer Ideologie lebt, dann kann man nur zu der Erkenntnis kommen, daß wir zur Zeit wehrpolitisch, wirtschaftspolitisch und stimmungspolitisch für einen Krieg nicht gerüstet sind.<<

Bischof George Bell von Chichester bat am 27. Juli 1938 im Oberhaus um höhere Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden (x172/105): >>... Ich verstehe nicht, wie unsere deutschen Vettern – und ich kenne viele Deutsche – so tief sinken, so unehrenhaft und feige sein können, ein wehrloses Volk derart zu verfolgen, wie die Nationalsozialisten es mit den Nichitariern getan haben.<<

Eine britische Friedensmission (Führung: Viscount W. Runciman) traf am 3. August 1938 in der CSR ein. Diese britische Friedensmission übergab nach 6 Wochen Dr. Benesch und Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) einen schriftlichen Bericht.

Viscount W. Runciman bestätigte zwar in diesem Bericht, daß die Verantwortung für den zu erwartenden Bruch, bei Henlein liegen würde, aber er kritisierte auch die Tschechen (x028/52): >>... Ich empfinde jedoch starkes Mitgefühl für die Sache der Sudetendeutschen. Es ist ein hartes Los von einer fremden Rasse beherrscht zu werden, und ich bin den Eindruck nicht losgeworden, daß die tschechoslowakische Herrschaft im Sudetengebiet in den vergangenen 20 Jahren zwar nicht aktiv bedrückend und sicherlich nicht "terroristisch" war, aber doch gekennzeichnet wurde von Taktlosigkeit, Mangel an Verständnis, kleinen Unduldsamkeiten und Diskriminierungen, und das alles in einem Maß, daß der Groll der deutschen Bevölkerung unvermeidlich zur Revolte drängte ...

Tschechische Beamte und tschechische Polizei, die wenig oder kein Deutsch sprechen, wurden in großer Anzahl in rein deutschen Gebieten eingesetzt; tschechische Landwirte wurden aufgefordert, sich auf Ländereien anzusiedeln, die durch die Landreform mitten im deutschen Siedlungsgebiet beschlagnahmt worden waren; ... ganz allgemein herrscht die Ansicht, daß tschechische Firmen vor den deutschen mit Staatsaufträgen bevorzugt wurden und daß der Staat Arbeit und Hilfe bereitwilliger für Tschechen als für Deutsche beschaffte.

Ich halte diese Beschwerden im wesentlichen für berechtigt. Selbst jetzt noch, während meiner Mission, konnte ich bei der tschechoslowakischen Regierung keine Bereitwilligkeit entdecken, auch nur für annähernd ausreichende Abhilfe zu sorgen ...

Aus vielen Gründen, darunter den oben erwähnten, waren die Sudetendeutschen bis vor 3, 4 Jahren ohne jede Hoffnung. Doch der Aufstieg von Nazi-Deutschland gab ihnen neue Hoffnung. Ich sehe in dem Versuch, sich an ihre Verwandten zu wenden, und in ihrem Wunsch, sich an das Reich anzuschließen, eine unter diesen Umständen ganz natürliche Entwicklung.<<

Der britische Sonderbeauftragte Runciman schrieb ferner über das "sudetendeutsche Problem" (x069/172): >>... Ich bin daher der Auffassung, daß diese Grenzdistrikte (mit starker deutscher Mehrheit) sofort von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetreten werden sollten.<<

Der französische Botschafter in Moskau schrieb am 4. Oktober 1938 an den französischen Außenminister (x243/69): >>Die letzten Ereignisse ... haben gezeigt, daß weder Frankreich noch England bereit sind, sich einer deutschen Expansion in Mittel- und Osteuropa zu widersetzen. ...

Welcher Ausweg bleibt (der UdSSR) als auf die Politik einer Verständigung mit Deutschland zurückzukommen? ... Eine Zerstückelung Polens ... böte ... eine Notlösung, ... um das (deutsche) Reich von der Ukraine abzulenken – indem sie es nach Polen hineinführen, in der Hoffnung, es werde dort seinen Landhunger stillen. ...

Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Idee bereits jetzt die sowjetischen Machthaber

beschäftigt. ... (Der stellvertretende sowjetische Außenminister sagte mir) "Polen bereitet seine vierte Teilung vor". ...<<

Das NS-Regime erließ am 17. August 1938 eine Verordnung über die Veränderung von jüdischen Familiennamen und Vornamen (x058/354):

>>§ 1. Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in dem vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind. ...

§ 2. Soweit Juden andere Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.<<

Die "Weser-Zeitung" berichtete am 17. August 1938 (x138/201): >>Die Ohnehalt-Überfliegung der schwierigsten transatlantischen Strecke der Erde durch das deutsche viermotorige Landflugzeug der Focke-Wulf Flugzeugwerke FW 200 "Condor" in der Zeit von etwas über 24 Stunden von Berlin nach New York ist eine neue fliegerische Großtat, die in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregen wird. Schon die Spannung, mit der man in den Vereinigten Staaten dem deutschen Flugzeug entgegensah, war ein Beweis dafür, daß man diese Leistung richtig einzuschätzen weiß.

Der jetzige erste durchgehende Nordatlantik-Flug von Deutschland nach Nordamerika durch eine Landmaschine, die über keinerlei Hilfsmittel wie Katapultieren oder Zwischenlandungen verfügte, beendete die erste große Etappe in der luftverkehrsmäßigen Erschließung des Atlantischen Ozeans und leitet zu einem neuen Abschnitt über.

Bisher waren – ohne Berücksichtigung der Zeppelin-Fahrten – Flugboote die einzigen Träger des Nordatlantikverkehrs, die auch voraussichtlich noch längere Zeit die Hauptarbeit werden leisten müssen.

Seit 1936 ist es der Deutschen Lufthansa gelungen, mit ständig verkürzten Zeiten über diese schwierige Strecke zu fliegen. Damals brauchte die Maschine allein für die Strecke zwischen den Azoren und New York zwischen 17 und 22 Stunden; ein Jahr später bewegte sich der Durchschnitt zwischen 14 und 18 Stunden, und soeben hat nun die FW 200 "Condor" eine fast doppelt so lange Strecke über den Atlantik mit einer kaum größeren Flugdauer zurückgelegt.

...

Dieser Passagierverkehr mit Landflugzeugen über den Ozean wird freilich erst in einer späteren Zukunft regelmäßig durchgeführt werden können. Auf jeden Fall stellt aber der jetzt gelungene Flug Berlin - New York eine fliegerische Pionierleistung dar, auf deren Erfahrungen jede weitere Arbeit in der Überwindung des Flugraumes zwischen Europa und Amerika wird aufbauen müssen.

In liebenswürdigster Fürsorglichkeit hatten die Amerikaner unseren Fliegern Vorräte mitgegeben, die für die 5fache Zeit gereicht hätten. Wegen der hohen Belastung flog das Flugzeug zunächst 3 Stunden in 2.000 Meter Höhe, ging dann auf 3.000 Meter und später auf 4.000 Meter, weil dort günstigere Winde angetroffen wurden.<<

Ludwig Beck (Generalstabschef des deutschen Heeres, im Juli 1944 Führer des militärischen Widerstandes), der Hitlers Eroberungspläne und die Versklavung der osteuropäischen Völker entschieden ablehnte, trat am 18. August 1938 zurück.

Der schweizerische Geschichtswissenschaftler und Völkerbundkommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, der sich vergeblich um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemühte, schrieb am 20. August 1938 über die Stimmung in Deutschland (x025/141): >>Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden. ... Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind.<<

Burckhardt berichtete ferner über seine Gespräche mit dem polnischen Außenminister Beck (x025/183-184): >>Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während unserer nächtlichen

Fahrt, hat mich etwas in seine Pläne eingeweihet. Weiterhin spielt er sein doppeltes Spiel. Es ist kein deutsches Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schließlich unvermeidlichen deutschen Katastrophe. ...

Jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerellen, aber jetzt sagt man "unser Pommern".

Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken. ...<<

Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reiste vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen. Hitler forderte Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen. Als Gegenleistung versprach Hitler, die Rückgabe der 1919 an die Tschechoslowakei verlorenen Gebiete.

Obwohl sich Horthy damals noch vorsichtig zurückhielt, bekam Ungarn später nach Zerschlagung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und der Verkleinerung Rumäniens erhebliche Gebiete zugewiesen.

Hitler erklärte gegenüber Carl J. Burckhardt (Schweizer Geschichtsprofessor, ab 1937 Völkerbundskommissar in Danzig) im August 1938 (x113/114): >>... Wenn diese Herren nicht parieren, dann wird Prag dem Erdboden gleichgemacht, kein Stein bleibt auf dem andern.<<

Hitler sprach am 10. September 1938 im Nürnberger Stadion vor 60.000 Mitgliedern von HJ und BdM (x032/469): >>... Wenn mich einmal die Vorsehung von meinem Volke wegnehmen wird, dann werde ich dem kommenden Führer ein Volk hinterlassen, das fest zusammengefügt und eisern zusammengeschlossen ist, das niemals mehr getrennt und zerrissen werden kann, unerschütterlich zusammenstehend, glücklich in Freudenzeiten, trotzig im Leid.<<

Der französische Außenminister stellte dem englischen Botschafter in Paris am 10. September 1938 folgende vertrauliche Frage (x243/65): >>... Deutschland kann morgen die Tschechoslowakei angreifen. In diesem Falle würde Frankreich sofort mobilisieren. ...

Marschiert ihr mit uns? Was wird die Antwort Großbritanniens sein? ...<<

Hitler erklärte am 12. September 1938 in Nürnberg (x023/181): >>Wenn 3 ½ Millionen Angehörige eines Volkes von fast 80 Millionen kein Lied singen dürfen, das ihnen paßt, nur weil es den Tschechen nicht gefällt, oder wenn sie blutig geschlagen werden, bloß weil sie Strümpfe tragen, die die Tschechen einfach nicht sehen wollen, oder wenn man sie terrorisiert und mißhandelt, weil sie einen Gruß grüßen, wenn man sie wegen jeder nationalen Lebensäußerung wie das hilflose Wild jagt und hetzt – dann mag dies den würdigen Vertretern unserer Demokratien vielleicht gleichgültig, möglicherweise sogar sympathisch sein, weil es sich hier ja nur um 3 ½ Millionen Menschen handelt.

Ich kann aber diesen Vertretern der Demokratien nur sagen, daß uns dies nicht gleichgültig ist und daß – wenn diese gequälten Kreaturen kein Recht und keine Hilfe finden können – sie beides von uns bekommen werden. Die Rechtlosmachung dieser Menschen muß ein Ende nehmen!<<

Infolge der Unruhen im Sudetenland ließ Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.

William Bullit (US-Botschafter in Paris) berichtete am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei

hervorgeht. ...

Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...

Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<

Während der Verhandlungen zur Beilegung der Tschechenkrise zwischen Hitler und dem britischen Premierminister Chamberlain erklärte Hitler am 15. September 1938 (x243/65): >>...

Den drei Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei werde er unter allen Umständen die Rückkehr ins Reich ermöglichen. Er würde jeden Krieg und sogar das Risiko eines Weltkrieges dafür in Kauf nehmen. ... Er würde keinen Schritt zurückweichen. ... Die tschechoslowakische Frage wäre allerdings das letzte große Problem, das zu lösen wäre. ...<<

Staatspräsident Benesch ließ am 16. September 1938 die Sudetendeutsche Partei verbieten. Konrad Henlein wurde danach steckbrieflich gesucht.

Das NS-Propagandaministerium erteilte am 19. September 1938 während einer Konferenz folgende Presseanweisungen (x058/351-352): >>... Das Londoner Kommuniqué soll nur klein wiedergegeben und nicht kommentiert werden.

Es ist vollkommen überflüssig, daß zahlreiche Sonderkorrespondenten nach Godesberg (zur zweiten Zusammenkunft Hitler-Chamberlain während der Sudetenkrise) fahren. Daß Chamberlain einen Regenschirm trägt und daß das Hotel hundert Zimmer hat, kann auch der Lokalberichterstatter melden, sonst kommt außer einem Kommuniqué nichts heraus.

Im Vordergrund stehen ausschließlich die Zustände im Sudetengebiet. Die Zeitungen, die bisher nur mit 7,5-Zentimeter-Geschützen gefeuert haben, sollen sich erinnern, daß es auch 21-Zentimeter-Geschütze gibt. Die zahlreichen DNB-Meldungen (Deutsches Nachrichtenbüro) über neue Greuel, Mordtaten, Mißhandlungen sollen in knapper und dramatischer Form ohne Beiwerk herausgebracht werden. Es geht darum, zu zeigen, was für eine barbarische Nation die Tschechen sind, und daß dieser Staat unmöglich ist. Die Außenpolitik interessiert weniger, sie gehört auf die dritte Seite.

Wichtig auch das Thema: Moskau hilft Prag, wofür es mehrere Anzeichen gibt: Störung der sudetendeutschen Rundfunksendungen, Sowjetoffiziere in der tschechischen Armee, Moskauer Demonstrationen gegen England. Unter keinen Umständen dürfen Meldungen über Grenzwissenschaften aus privaten Quellen genommen werden, sie sind vorher abzustimmen.

Die deutsche Presse hat im übrigen glänzend gearbeitet, der Führer hat sich über die Presse außerordentlich gefreut.<<

Die tschechische Regierung wurde am 19. September 1938 aufgefordert, die britisch-französischen Vorschläge zu akzeptieren, da Großbritannien und Frankreich derzeit keinen Krieg führen könnten (x041/96).

Hitler und Ribbentrop verhandelten am 20. September 1938 auf dem Obersalzberg mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Horthy über das Vorgehen gegenüber der Tschechoslowakei. Danach verhandelte Hitler mit dem polnischen Botschafter. Polen unterstützte Hitlers Aufteilungspläne der Tschechoslowakei und verlangte eine Volksabstimmung für die polnische Minderheit in der Tschechoslowakei (x032/472).

Die tschechoslowakische Regierung schrieb am 21. September 1938 an die westlichen Alliierten (x243/65): >>>1. Auf äußerstes Drängen der französischen und englischen Regierung akzeptiert die Regierung der tschechoslowakischen Republik mit Bitternis die französisch-englischen Vorschläge. ...

2. (Sie) konstatiert mit Betrübniß, daß sie bei der Ausarbeitung dieser Vorschläge nicht einmal

befragt wurde. ...<<

Der britische Außenminister Halifax schrieb am 21. September 1938 an den britischen Botschafter in Paris (x243/65): >>Seiner Majestät Regierung (wird) niemals zulassen, ... daß die Sicherheit Frankreichs bedroht wird, ... sie (ist) aber nicht in der Lage ... zu sagen, wie und wann sie unter Umständen handeln wird. ...<<

Die "Münchener Illustrierte Presse" berichtete am 22. September 1938 über den Kampf um Palästina (x138/202): >>Seit dem April 1936 schon tobt der blutige Kampf in Palästina, und trotzdem hat die kleine Zahl von Arabern – Palästina zählt nur knapp eine Million arabische Einwohner – das schier Unwahrscheinliche vollbracht, einer großen britischen Streitmacht sowie den bewaffneten jüdischen Scharen erfolgreich Widerstand zu leisten.

Im Juli 1938 sind in Palästina nicht weniger als 208 und im August 226 Tote bei den fort dauernden Guerillakämpfen zu verzeichnen gewesen.

Durch die Tatkraft des Mufti von Jerusalem ist es den Arabern gelungen, schlagkräftige Einheiten aufzustellen, die bald hier, bald dort auftauchen, um dann wieder in die trostlosen Einöden des palästinensischen Berglandes zu verschwinden, wohin ihnen bisher trotz Einsatzes von Flugzeugen die englische Polizei nicht zu folgen vermochte.<<

Staatspräsident Benesch ordnete am 23. September 1938 die Generalmobilmachung der tschechoslowakischen Armee an.

Im Berliner Sportpalast betonte Hitler am 26. September 1938, daß die Abtrennung des Sudetenlandes die letzte Revisionsforderung sei (x041/96).

Hitler erklärte während dieser öffentlichen Rede (x149/92): >>Ich bin Herrn Chamberlain dankbar für alle seine Bemühungen. Ich habe ihm versichert, daß das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden. ... Ich habe ihm weiter versichert, und wiederhole es hier, daß es ... für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt! ...<<

Die westeuropäischen Diplomaten arbeiteten am 29. September 1938 in München fieberhaft, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.

Walther von Brauchitsch (ab 04.02.1938 Oberbefehlshaber des Heeres) und Franz Halder (ab 1.09.1938 Generalstabschef) wollten Hitlers Kriegspläne verhindern. Ein Stoßtrupp von etwa 30 jungen Offizieren, Studenten und Arbeitern wartete damals auf den Befehl, in die Reichskanzlei einzudringen und Hitler zu erschießen (x069/173-174).

Der geplante Staatsstreich wurde jedoch nicht durchgeführt, weil die Briten und Franzosen schließlich vereinbarten, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen und Hitlers Forderungen akzeptierten (Konferenz von München). Die CSR mußte die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhielt Sicherheitsgarantien der Großmächte.

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schrieb später über die verhängnisvolle britische Außenpolitik der Nachgiebigkeit (x069/174): >>... Chamberlains "policy of appeasement" (Beschwichtigungspolitik) hat sehr dazu beigetragen, daß dieser Staatsstreich nicht zur Durchführung gelangte. Wiederholt haben ihn deutsche Diplomaten aufgefordert, vor Hitlers Drohungen nicht zurückzuweichen und Hitler zu eröffnen, daß England zu den Waffen greifen würde, wenn er gewaltsam vorgehen wolle.

Aber Chamberlain glaubt noch, er könne dem deutschen Diktator durch Entgegenkommen zu einer Politik des Friedens bestimmen, und will angesichts der unzulänglichen Rüstung Englands nicht das Risiko eines Krieges auf sich nehmen.

Enttäuscht schreibt damals Goerdeler, ein Führer der deutschen Widerstandsbewegung, an einen Freund in den USA: "Eine ausgezeichnete Gelegenheit ist verpaßt worden. Das deutsche Volk wollte keinen Krieg, die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden.

Wenn England eine entschlossene Haltung gezeigt und öffentlich dem deutschen Volk erklärt hätte: wir sind bereit, alle eure begründeten Ansprüche zu befriedigen, doch nicht unter dem

Druck der Gewalt, und nur, wenn alle Fragen auf einmal in aller Offenheit und mit der festen Absicht erörtert werden, einen gesicherten Dauerfrieden herzustellen und die gefährlichen Lasten der Aufrüstung zu beseitigen, wenn England und Frankreich nur das Risiko eines Krieges auf sich genommen hätten, Hitler würde nie Gewalt angewendet haben. Und dann wäre er der Blamierte gewesen und nicht, wie es jetzt der Fall ist, die guten Elemente meines Volkes.

Indem Chamberlain vor einem kleinen Risiko zurückscheute, hat er einen Krieg unvermeidbar gemacht. Das englische wie das französische Volk werden nun ihre Freiheit mit den Waffen zu verteidigen haben. Doch sie werden in der Zukunft unter weit schwierigeren Bedingungen zu kämpfen haben."<<

Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmten ("Münchener Abkommen"), atmete ganz Europa auf. Der Frieden war scheinbar gerettet, denn Hitler beteuerte, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen würde. In München fanden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiteten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern.

Die Menschen freuten sich aber leider zu früh, denn Hitler dachte in jenen Tagen keinen Augenblick daran, die vertraglichen Zusagen des Münchener Abkommens einzuhalten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Sudetenkrise" (x051/571-572): >>Sudetenkrise, seit 1919 schwelender, 1937/38 akut ausbrechender Konflikt um die deutsch besiedelten Gebiete der Tschechoslowakei (ca. 26.000 km² mit 3,3 Millionen deutschen Einwohnern).

Nach schärfer werdenden Autonomieforderungen der Sudetendeutschen Partei und Wendung ihres Führers Henlein zum Nationalsozialismus im November 37 erhoben sich erste Stimmen für einen Anschluß an das Deutsche Reich. Hitler ermunterte Henlein zu unannehmbaren Forderungen an die Prager Regierung, wie sie etwa im sogenannten Karlsbader Programm vom 24.4.38 formuliert wurden: Weitestgehende Selbstverwaltung bei "Freiheit des Bekenntnisses ... zur deutschen Weltanschauung", d.h. zum großdeutschen Programm des Nationalsozialismus.

Die tschechische Ablehnung beantwortete die deutsche Propaganda mit halbweisen Meldungen über Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit. Zugleich unterstützte Berlin Revisionsforderungen der polnischen und ungarischen Volksgruppen in der Tschechoslowakei. Westliche Vermittlungsbemühungen wie die von Lord Runciman blieben erfolglos.

Hitler, ohnehin entschlossen, die Tschechoslowakei zu "zerschlagen" (Weisungen für den "Fall Grün" vom 21.4. und 30.5.38), heizte die Stimmung mit militärischen Beistandsangeboten (Rede vom 12.9.) zu Aufstandshitze an.

In zwei persönlichen Besuchen bei Hitler in Berchtesgaden (15.9.) und Godesberg (22.-24.9.) erreichte der britische Premierminister Chamberlain nur die Verschiebung der von Hitler nun ultimativ geforderten Angliederung des Sudetengebietes. Ein europäischer Krieg konnte in letzter Minute durch vollständige Erfüllung der deutschen Forderungen durch die Westmächte im Münchener Abkommen vermieden werden.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die britische Beschwichtigungspolitik (x051/32): >>Appeasement (englisch Beschwichtigung), Bezeichnung für die britische Politik der Friedenssicherung in der Zwischenkriegszeit und des "peaceful change" am Verhandlungstisch; verkam spätestens mit dem Münchener Abkommen als Inbegriff einer kraftlosen Beschwichtigungspolitik gegenüber Diktatoren zum politischen Schlagwort.

Jenseits seiner vordergründigen Identifikation mit dem britischen Premierminister Chamberlain und dessen umstrittenen Vermittlungsgängen zu Hitler in der Sudetenkrise resultierte Appeasement aus krisenhaften Zusammenhängen der britischen Innenpolitik ebenso wie aus ge-

fährlichen Entwicklungen im internationalen Mächtesystem besonders seit der Weltwirtschaftskrise: Gleichzeitige Herausforderung der britischen Weltmachtstellung durch drei totalitäre und aggressive Großmächte (Japan in Ostasien, Italien im Mittelmeerraum, Deutschland in Europa).

Beide Aspekte verbindend, war Appeasement der Versuch einer saturierten und bereits im Niedergang befindlichen Weltmacht, auf der Grundlage stark reduzierter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Machtmittel zu überleben, eine sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert abzeichnende und durch die Weltdepression dramatisch verschärfte gesellschaftlich-ökonomische Krise im Innern, ohne die erneuten Belastungen eines internationalen Wettrennens und eines neuen Weltkrieges zu beheben und gleichzeitig ohne Bedrohung von außen den notwendigen Modernisierungsprozeß voranzutreiben.

Hinter dem Appeasement-Konzept stand die Furcht vor den hohen Belastungen und Gefahren der Rüstungsspirale und kriegerischer Verwicklungen: Wiederanstieg der seit dem Ersten Weltkrieg noch nicht abgetragenen inneren und äußeren Staatsverschuldung (besonders gegenüber den USA), Pfundschwäche, Inflationsgefahr, Kapitalflucht, ungesunde Verzerrungen im Produktionsapparat, Verlust von Exportmärkten, Veränderungen des englischen Sozialprofils zu Lasten des konservativen Establishments, Verwundbarkeit der britischen Seeverbindungen. Appeasement war das taktische Bemühen, einen bewaffneten Konflikt in Europa so lange hinauszuschieben, bis er auch im Empire als gemeinsame Bedrohung wahrgenommen wurde.

Es entsprang antikommunistischen Bedrohungsvorstellungen besonders im konservativen Lager, das im nationalsozialistischen Deutschland ein zuverlässiges "Bollwerk" gegen den Kommunismus sah, ebenso wie einem "schlechten Gewissen" angesichts der längst als problematisch erkannten Versailler Ordnung von 1919. Die britische Friedenspolitik konnte sich auf eine breite pazifistische Grundstimmung im Lande berufen.

In einer illusionistischen Verkennung des nationalsozialistischen Regimes und seiner expansiven Absichten gründete sich Appeasement auf die Hoffnung, durch rechtzeitige revisionspolitische Konzessionen auch in wirtschaftlicher Hinsicht (economic appeasement) und eine gewisse Anerkennung der deutschen Hegemonie in Mittel- und Südosteuropa die "moderates" in Berlin um Göring, Schacht u.a., zu denen zeitweise auch Hitler selbst gerechnet wurde, gegen die "extremists" um Himmler, Goebbels und Ribbentrop stärken und mit ihrer Hilfe auch in Deutschland langfristig einen Friedenskurs durchsetzen zu können.

Die Münchener Konferenz war schließlich in britischen Augen der letzte Versuch, die europäischen Angelegenheiten durch die "Großen Vier" Europas in gewollter Distanz zur Sowjetunion und den USA zu lösen und damit den sich seit 1918 abzeichnenden machtpolitischen Niedergang Europas aufzuhalten.

Appeasement wurde im Winter 1938/39 unter den fortgesetzten deutschen Drohungen zu einer Doppelstrategie des "peace and rearmament" weiterentwickelt und seine Grenzen als Antwort auf den deutschen Einmarsch in Prag (15.3.39) demonstrativ durch die englisch-französische Garantien an Polen (31.3.39), Rumänien und Griechenland (13.4.39) markiert.

Mögen sich auch Hoffnungen auf eine Fortsetzung des Appeasement in Form von Friedenskontakten über den 3.9.39 in britischen Regierungskreisen bis zum Rücktritt Chamberlains (10.5.40) gehalten haben, so war ihm doch durch die Entfesselung des Krieges von deutscher Seite in dreifacher Hinsicht endgültig der Boden entzogen: innenpolitisch als einer Politik der Nachgiebigkeit ohne deutsche Gegenleistungen, außenpolitisch als empfindliche Störung der europäischen "Balance of Power" als Grundlage auch der britischen Existenz, und dies zudem unter einem einseitigen deutschen Diktat und nicht als Ergebnis international ausgehandelter Kompromisse.<<

Hitler und Chamberlain erklärten am 30. September 1938 nach dem Abschluß des Münchener Abkommens (x300/148-149): >>Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder in Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln, und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen. ...<<

Die deutsche Grafikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz schrieb am 30. September 1938 (x032/475): >>Der Krieg ist umgangen! Dank Sir Chamberlain!

Er hat im Parlament gesagt: 'Es gibt nichts in der Welt, was wichtig genug wäre, von neuem einen Weltkrieg zu entfesseln'.

Das ist ganz meine Meinung! Nichts in der Welt! Weiß Gott, nicht: Deutschland, Deutschland über alles!<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Münchener Abkommen" (x051/394-395): >>Münchener Abkommen, am 30.9.38 geschlossener Vertrag der Regierungschefs des Deutschen Reiches (Hitler), von Italien (Mussolini), Großbritannien (Chamberlain) und Frankreich (Daladier).

Er zwang die Tschechen zur Abtretung des Sudetengebietes zwischen 1. und 10.10., zu einer international überwachten Volksabstimmung in weiteren Gebieten und einer entsprechenden Regelung für die polnischen und ungarischen Minderheiten und stellte der Tschechoslowakei eine - freilich nie verwirklichte - internationale Garantie in Aussicht. Im Münchener Abkommen kulminierten drei Entwicklungslinien:

Innertschechisch: Obwohl die Tschechen in ihrer 1918 gegründeten Mehrvölkerrepublik in der Nationalitätenpolitik ohnehin nicht immer eine glückliche Hand bewiesen hatten, bedeutete die politisch-ideologische Gleichschaltung der Sudetendeutschen Partei mit der Berliner Politik ab Ende 33 eine zusätzliche Belastung für die innertschechische Stabilität. Die Sudetenkrise eskalierte "planmäßig" entsprechend Hitlers Weisung an Henlein vom 28.3.38, stets mehr zu fordern, als die Tschechen erfüllen könnten.

Großdeutsch-expansiv: Hitler ging unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs (Weisungen für den "Fall Grün" vom 21.4. und 30.5.38) an die Verwirklichung seiner Pläne, die Tschechoslowakei zu "zerschlagen" (Hoßbach-Niederschrift).

Das geschickt instrumentalisierte und dramatisch propagierte Prinzip der nationalen Selbstbestimmung war für ihn nur ein Hebel zur Erreichung weiterer geostrategischer und ökonomischer Etappenziele auf dem Weg zur Ostexpansion: Vernichtung der vorgeschobenen tschechischen Bastion der Sowjetunion, Aufhebung der Flankenbedrohung, Verbreiterung der Wirtschaftsbasis, Glacis für den Aufmarsch gegen Osten.

Englisch-französische "Appeasement-Linie": Die britische und in ihrem Schlepptau die französische Regierung sahen keinen Anlaß, die scheinbare Verwirklichung des von ihnen selbst mitproklamierten Prinzips der nationalen Selbstbestimmung zu blockieren, schätzten ihre Möglichkeiten zu militärischen Hilfeleistungen für eine bereits international isolierte Tschechoslowakei im Konfliktfall äußerst gering ein und verfolgten im Rahmen des Appeasement nur das Ziel, die an sich längst zugestandenen Grenzrevisionen ohne Gesichtsverlust friedlich am Verhandlungstisch abzuwickeln.

Der im Grundsatz also seit langem festgelegte Ereignisablauf erfuhr nach dem Treffen Hitler-Chamberlain in Berchtesgaden (15.9.) und in Godesberg (22.-24.9.) bis hin nach München

noch durch die von Hitler ultimativ vorgenommene Verschärfung der Revisionsmodalitäten eine dramatische Eskalation bis an den Rand eines europäischen Krieges (26.-28.9.), ehe auf Vermittlung des Auswärtigen Amtes und Mussolinis die "Großen Vier" am 29. 9. in München zusammentraten.

Das Münchener Abkommen, ein frühes Beispiel moderner "Gipfeldiplomatie", rettete den Frieden für ein Jahr, schloß die "revisionistische Phase" der Hitlerschen Außenpolitik ab, verwies den tschechischen "Reststaat" für eine "Atempause" von knapp sechs Monaten (15.3. 39 deutscher Einmarsch) als Satelliten an die Seite Deutschlands und brachte eine tiefe und folgenschwere Entfremdung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag). ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 27.09.2008) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung (x887/...): >>Wie das Sudetenland zum Reich kam

Vor 70 Jahren schlossen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien das Münchner Abkommen - Nachhall von 1918

Kaum ein Vertrag des 20. Jahrhunderts wurde nach dem Zweiten Weltkrieg so oft zitiert und nach Belieben gedeutet wie das Münchner Abkommen von 1938.

Inzwischen sind viele einst unbekannte Hintergründe öffentlich geworden, so daß eine objektivere Bewertung möglich ist.

Dem Text des Abkommens ist zu entnehmen, daß es vor dem Abschluß des vierseitigen Vertrages in München schon ein anderes "Abkommen" gab, "das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde", und daß die vier Münchener Signatarmächte "unter Berücksichtigung" dieses Abkommens nur noch über die "Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen" sind.

Das wegen seiner äußeren Umstände und umstrittenen Akteure oft übel beleumundete Abkommen, bei dessen Formulierung die betroffene Tschechoslowakei gar nicht mitgewirkt hat und das deswegen gern als "Diktat" abqualifiziert wird, beinhaltete seinem Wortlaut nach in Wahrheit aber gar nicht die Abtretung des Sudetenlandes, sondern legte nur Zeit und Art ihres Vollzugs fest und traf Ausnahmeregelungen.

Tatsächlich wurde die Abtretung bereits zwischen dem 17. und dem 22. September 1938 vereinbart, und zwar unter aktiver Mitwirkung des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benesch. Die ihm ursprünglich nahegelegte Volksabstimmung im Sudetenland wegen des zu erwartenden Ergebnisses ausschlagend, bot er nach Bekanntwerden der britischen Abtretungsempfehlung und Neville Chamberlains diesbezüglicher Absprache mit Adolf Hitler vom 15. September in einer Geheimaktion den Briten und Franzosen eine ihm abzufordernde "cession territoriale" an.

Da Eile geboten war, schickte er seinen früheren Sozialminister Jaromir Necas am 16. September, gleich nach Chamberlains Treffen mit Hitler in Berchtesgaden, nach Paris und ließ den beiden Westmächten ausrichten, daß er bereit sei, sudetendeutsches Gebiet abzutreten, wenn ihm dies "abgefordert" werde.

Das Angebot umfaßt allerdings nur knapp 20 Prozent des mehrheitlich von Deutschen besiedelten Grenzlandes. Außerdem verlangte Necas im Auftrag seines Präsidenten, daß dafür rund 55 Prozent aller Sudetendeutschen die Tschechoslowakei verlassen müßten. Da in den angebotenen Teilen des Sudetenlandes - dem westlichen Egerland und dem sogenannten Rumburger Zipfel - weit weniger Menschen lebten, kann man hier bereits von einem Vertreibungsplan sprechen.

Dennoch war diese Offerte ein Versuch Beneschs, vor seinen Landsleuten und vor der Welt als angeblich konzessionsbereites "Opfer" der Großmächte dazustehen und auf diese Weise

seine gescheiterte Politik seit 1918 in ein günstigeres Licht zu rücken.

Vor allem Großbritannien war mit diesem fragwürdigen Angebot aber nicht mehr zufrieden und drängte Prag entschieden zur Abtretung aller Gebiete, in denen die Deutschen die Mehrheit stellten - andernfalls, so die Botschaft aus London und Paris, würde die Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs alleine dastehen. Daraufhin lenkte Benesch am 21. September in einer Note ein, und eben dieser Notenwechsel ist die Vereinbarung, auf die im ersten Satz des Münchner Abkommens bezug genommen wird.

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs und insbesondere ab 1941, nach der Zerstörung von Lidice, ging das Taktieren Benesch's in den Tagen vor dem Abkommen schließlich auf. Nun wurde dem "Opfer" Benesch von den Siegermächten "Genugtuung" geleistet und der Wunsch nach "Abschub" der Sudetendeutschen erfüllt.

Das Münchner Abkommen, einst von den Zeitgenossen als Zeugnis des "Friedens in unserer Zeit" (Chamberlain) und "Ergebnis unter dem Schutz des hl. Michael" (die katholischen Bischöfe) gefeiert, wurde nachträglich zur "Kapitulationsurkunde der Demokratien" (Franklin D. Roosevelt) und "Vorstation zum Zweiten Weltkrieg" (Josef Stalin) umgedeutet.

Immerhin setzte aber das Nürnberger Tribunal noch die Gültigkeit des Abkommens voraus, als es die Errichtung des sogenannten "Reichsprotectorates Böhmen und Mähren" im März 1939 als Verstoß gegen dieses Abkommen verurteilte. Später drang dann aber die negative Interpretation immer weiter durch, und die veröffentlichte Meinung sorgte leichtfertig für weitere Verbreitung, bis die Benesch-Version sogar Eingang in die Geschichtsbücher fand. Da steht sie nun und macht für viele eine Lektüre des Abkommens vermeintlich überflüssig. Daß Benesch das Sudetenland bereits am 21. September 1938 abgetreten hatte, ist vergessen.

Und der Punkt 2 des Münchener Abkommens gibt auch nur dem zu denken, der ihn liest und dabei feststellt, daß "die Räumung des (Sudeten-)Gebiets bis zum 10. Oktober" nicht die deutsche Wehrmacht erzwingt, sondern "das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren". Deutschland erscheint unter den vereinbarten Mächten überhaupt nicht. Dieser Umstand wirft die Frage auf nach dem Grund für das Fehlen Deutschlands.

Der Grund ist in der Geschichte zu suchen, in concreto in den Ereignissen der Jahreswende 1918/19. Damals besetzten tschechische Militäreinheiten in einer immerhin drei Monate dauernden Gewaltaktion die deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens, um die von deren Bevölkerung abgelehnte Angliederung an die in der Entstehung begriffene Tschechoslowakei zu erzwingen. Auf Ersuchen der Tschechen billigten die siegreichen Ententemächte Frankreich, Großbritannien und Italien die vollzogene Besetzung nachträglich, aber auch das wiederum nur bis zur endgültigen Festlegung der Grenzen in einem Friedensvertrag.

Das von US-Präsident Woodrow Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht ignorierend, begnügten sich die tschechischen Verantwortlichen nicht mehr mit der Errichtung eines tschecho(slowak)ischen Nationalstaates, sondern beanspruchten das gesamte Gebiet der historischen böhmischen Länder, auch wenn es zu fast einem Drittel von Deutschen besiedelt war.

Am meisten zögerten damals die Vereinigten Staaten. Statt der Besetzung zuzustimmen, schickten sie auf die entsprechende Bitte Prags nur eine Eingangsbestätigung; und wenig später einen Sonderbotschafter, der die Lage im Sudetenland an Ort und Stelle in Augenschein nehmen sollte.

Der US-amerikanische Präsidentenberater Archibald Coolidge übernahm diese Mission und legte am 10. März 1919 die gewonnenen Erkenntnisse in einem Bericht vor. Darin bezeugte er nicht nur anhand zahlreicher Beispiele den fast einmütigen Willen der Sudetendeutschen, sich der "Republik Deutsch-Österreich" anzuschließen, sondern unterbreitete auch konkrete Vorschläge für die Ausgliederung zumindest eines Teils der deutschen Siedlungsgebiete aus der am 28. Oktober 1918 proklamierten Tschechoslowakei. Ihre Verwirklichung hätte dem Selbst-

bestimmungsrecht von immerhin bis zu zwei Millionen Sudetendeutschen Rechnung getragen und dem späteren Nationalitätenkampf viel von seiner Schärfe genommen.

Edvard Benesch unterlief jedoch bei den Verhandlungen der Pariser Vorortverträge mit falschen Angaben und unaufrichtigen Versprechungen die Berücksichtigung der US-amerikanischen Pläne und setzte die Annexion aller sudetendeutschen Gebiete in die Tschechoslowakei durch. Die Besetzung des Sudetenlandes durch die Tschechen fand damit gegen die erklärten Bedenken der US-Amerikaner ihre friedensvertragliche "Absegnung".

Als sich die Folgen dieses eklatanten Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht durch die rücksichtslose Tschechisierungspolitik Prags im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte zu einer friedensbedrohenden Krise auswuchsen, hielten es die drei Signatarstaaten des Versailler Vertrages Frankreich, Großbritannien und Italien für geboten, ihre Ende 1918 erteilte Zustimmung zur Besetzung des Sudetenlandes zurückzuziehen und die "Räumung des Gebietes zu vereinbaren", wie es im Münchener Abkommen steht. So konnte Deutschland es in München Italien und den beiden Westmächten überlassen, "die Räumung des (sudetendeutschen) Gebiets" zu vereinbaren.

Kaum waren die Unterschriften unter das in München getroffene Abkommen trocken, überschritten deutsche Truppen am 1. Oktober die deutsch-tschechische Grenze und nahmen unter internationaler Aufsicht etappenweise die in vier Abschnitte aufgeteilten sudetendeutschen Gebiete in deutsche Oberhoheit. Vorliegende Bildzeugnisse belegen die reibungslose Übergabe durch die tschechischen militärischen und zivilen Autoritäten und illustrieren den geordneten Abzug ihrer Einheiten und Organe. Im Unterschied zu der sich beruhigenden internationalen Lage entwickelte Staatspräsident Benesch in jenen Tagen hektische Aktivitäten.

Fest entschlossen, sich mit den in München gefallenen Entscheidungen auf Dauer nicht abzufinden, ging er an seine langfristigen politischen Planungen. Dazu gehörte die Verlagerung seines Wirkungsbereichs ins Ausland. Das bedeutete zunächst seinen Rücktritt vom Präsidentenamt und die nachfolgende Übersiedlung in jenes Land, dessen Staatschef ein erklärter Gegner Hitlers und "Großdeutschlands" war. So erklärte er am 5. Oktober 1938 seinen Amtsverzicht und ging anschließend in die USA. Vor seiner Abreise wandte er sich mit einer Abschiedsrede an seine Landsleute.

Darin fanden sich die nachfolgenden Sätze: "Ich wende mich an Euch, um Euch als Präsident Lebewohl zu sagen. Ihr wißt, daß 4 Großmächte zusammenkamen und untereinander ein Übereinkommen trafen über die Opfer, die sie von uns im Namen des Weltfriedens forderten. Ihr wißt, daß wir gezwungen wurden, diese Opfer anzunehmen. Die Opfer, die, von uns zur Annahme gefordert und uns aufgezwungen wurden, sind maßlos und ungerecht. Die Nation wird diese Tatsache niemals vergessen. Vom Stamm unseres Heimatbaumes sind einige Zweige abgefallen. Nach einiger Zeit wird der Stamm neue Zweige ansetzen. Ich verlasse das Schiff nicht, weil es stürmisch ist, sondern werde als Bürger und Patriot meine Arbeit fortsetzen."

Benesch hat mit diesen Sätzen die Nachkriegsgeschichtsschreibung entscheidend vorgeprägt, indem er den Anteil der Tschechen an der Entwicklung bis zum Münchner Abkommen weitgehend verschwieg und seine ehemaligen sudetendeutschen Landsleute letztlich als "abgefallene Zweige" zu menschlichem Kehrlicht machte, den er 1945/46 mit seinen berüchtigten Dekreten außer Landes wies. ...<<

Die polnische Regierung stellte der Tschechoslowakei am 30. September 1938 ein Ultimatum, den Industriebezirk Teschen bis zum 2. Oktober 1938 abzutreten (Teschen gehörte bis 1919/20 zum Deutschen Reich).

Die tschechoslowakische Regierung erkannte am 30. September 1938 das Münchener Abkommen an. Nach dem "Münchener Abkommen" (die Grenzen entsprachen fast den nordamerikanischen Vorschlägen von 1919) verließen mehrere Tausend Deutsche die CSR. Gleichzei-

tig kehrten Tausende von Tschechen, mit ihrem gesamten Hab und Gut, in die CSR zurück. Die ungarische Regierung forderte am 30. September 1938 die Prager Regierung auf, Verhandlungen wegen der noch abzutretenden Gebiete zu führen.

Gemäß dem "Münchener Abkommen" marschierten am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die sudetendeutschen Gebiete ein.

Hitler ernannte Konrad Henlein zum Reichskommissar des Sudetenlandes. Die jahrelang von den Tschechen benachteiligte und drangsalierte deutsche Minderheit begrüßte Hitler frenetisch als "Befreier".

Rund 40.000 deutsche Antifaschisten flüchteten nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei. In den folgenden Wochen wiesen die Tschechen 20.000 deutsche Flüchtlinge aus.

Polnische Truppen besetzten am 2. Oktober 1938 das Olsa-Gebiet bzw. Teschen und jagten die einheimische tschechisch-deutsche Bevölkerung über die "neuen Grenzen" der Tschechoslowakei. Etwa 45.000 Deutsche und Tschechen wurden kurzfristig nach Böhmen und Mähren vertrieben.

Präsident Benesch trat am 5. Oktober 1938 zurück und emigrierte in die USA.

Die Zeitschrift "Die Woche" berichtete am 12. Oktober 1938 über das Sudetenland (x138/203): >>Sudetenland ist kein Schlaraffenland. Die Deutschen, die dort einwanderten, kamen nicht, um zu genießen; sie konnten sich nicht die besten Flecke aussuchen. In zäher Arbeit gewannen sie dem Walde Ackerland und Baugrund ab. Pioniere mußten sie jahrhundertlang sein. Höhnisch verkündeten die Tschechen in Versailles: "Die Deutschen Böhmens sind nur Kolonisten."

In Wahrheit ist dies ihr Ruhmestitel: Nie war es ihnen vergönnt, wie anderen Stämmen des Ostens, sich von einer Mitte her in Staat und Kultur zu einem Ganzen zu entfalten, immer waren sie am Rande, an der Grenze – und sind doch, beharrlich und zäh, Deutsche geblieben.<< Hitler erteilte am 21. Oktober 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen zu treffen, um die restliche Tschechoslowakei wegen ihrer profranzösischen Außenpolitik zu "erledigen" (x041/96).

Außenminister von Ribbentrop übergab dem polnischen Botschafter Lipski am 24. Oktober 1938 in Berlin Vorschläge zur "Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Polen" (x064/135).

Hitler beabsichtigte zunächst hauptsächlich die Wiedergewinnung Westpreußens und versuchte außerdem, die Polen für den Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Er garantierte Polen langfristig die bisherige deutsch-polnische Grenze, falls Polen eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich (durch den sogenannten "Korridor") genehmigte und auf Danzig verzichtete.

Polen sollte dafür durch sowjetische Gebiete, die man noch gemeinsam erobern mußte, entschädigt werden. Polen wurde ferner aufgefordert, dem Antikominternpakt beizutreten. Die polnische Regierung lehnte diese unsicheren, gewagten Pläne jedoch ab (x069/175). Hitlers Vorschläge vom 19. November 1938 und 5./6. Januar 1939 wurden im Vertrauen auf die eigene Stärke ebenfalls abgelehnt.

Nach 33jähriger Bauzeit wurde am 30. Oktober 1938 der Mittellandkanal fertiggestellt. Der 321,3 km lange Kanal verband die Elbe (Höhe Magdeburg) über den Dortmund-Ems-Kanal (Höhe Hörstel) mit dem Rhein und war für Binnenschiffe bis 1.000 t befahrbar.

Die nordamerikanische Zeitung "Philadelphia Inquirer" berichtete am 1. November 1938 (x138/204-205): >>Schrecken lähmte die Herzen Hunderttausender in den Vereinigten Staaten, als gestern abend klar und deutlich aus den Rundfunkempfängern die Nachricht ertönte, daß eine ganz und gar unvorstellbare Katastrophe das Land heimgesucht habe.

In der Nähe von Trenton, so lauteten die ersten Nachrichten, seien seltsame Gegenstände vom

Himmel gestürzt, die man anfänglich für Meteore hielt. Sie hätten zahlreiche Menschen getötet. Dann aber stiegen aus den "Meteoren" maschinenartige Ungeheuer, die mit leuchtenden Brandfackeln und Giftgas Tod und Vernichtung um sich verbreiteten.

In Wirklichkeit handelte es sich um ein Hörspiel, aber das Resultat war eine Massenhysterie, wie wir sie noch nicht erlebt haben. In Philadelphia liefen Frauen und Kinder schreiend und weinend auf die Straße. In Newark, New Jersey, fuhren Krankenwagen los, um gefährdete Einwohner vor Gasvergiftungen in Sicherheit zu bringen. Im tiefen Süden knieten ganze Gruppen von Männern und Frauen auf der Straße und beteten um Errettung.

In Wirklichkeit gab es keine Gefahr. Die Sendung war als Programm zum Allerheiligentag gedacht. Orson Welles ... stellte in einer Hörspielbearbeitung der Novelle "Der Krieg der Welten" von H. G. Wells einen der wenigen Überlebenden dar.

Dieser täuschende Realismus, dem besonders alle Hörer zum Opfer fielen, die sich erst später einschalteten, hatte Wirkungen, die niemand erwartet hatte ...

In einigen Orten nahm die Massenhysterie ein solches Ausmaß und solche Intensität an, daß sich sogar "Augenzeugen" der Invasion meldeten. In Boston rief eine Frau eine Zeitung an und sagte, sie könne "das Feuer von ihrem Fenster aus sehen", aber sie und ihre Nachbarn würden weiter aushalten.

Die Sendung begann um acht Uhr. Nach wenigen Minuten hatte sie so ernste Wirkungen ausgelöst, daß die oberste Polizeibehörde des Staates New Jersey durch Fernschreiben ausführliche Erklärungen und Instruktionen an alle Polizeioffiziere ausgab, wie die Massenhysterie am besten zu behandeln und bekämpfen sei.

Der Vormarsch der Marsmänner verursachte eine Katastrophe. Alles, was sich ihnen in den Weg stellte, wurde beiseitegefegt und plattgewalzt ...

Die Sender der Columbia Broadcasting Company mußten für den Rest der Nacht viel Zeit in ihrem Programm opfern, um die Hörer über die Lage aufzuklären. In regelmäßigen Abständen gaben sie bekannt, daß es sich um ein Hörspiel gehandelt habe. ... Die Furcht vor den Marsungeheuern legte sich wieder.<<

Nach dem Schiedsspruch der Achsenmächte ("Wiener Schiedssprüche") besetzten am 2. November 1938 ungarische Truppen die überwiegend von Magyaren besiedelten Gebiete im Süden der Slowakei (x041/96).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Wiener Schiedssprüche" (x051/644): >>Wiener Schiedssprüche, deutsch-italienische Entscheidungen zur Regelung der seit dem Frieden von Trianon (1920) bestehenden ungarischen Revisionsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei und Rumänien.

1. Wiener Schiedsspruch: Nachdem die in einer Zusatzklärung zum Münchener Abkommen vom 29.9.38 auf ungarischen Druck vorgesehene Lösung des Problems der ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei durch zweiseitige Verhandlungen nicht zu Stande gekommen war, fällten Ribbentrop und Ciano auf Ersuchen der Prager und der Budapester Regierung am 2.11.38 einen Schiedsspruch, in dem ein landwirtschaftlich und industriell wichtiger Streifen der südlichen Slowakei und der Karpato-Ukraine mit 12.009 km² und 1,04 Millionen Einwohnern (darunter 590.000 Magyaren) Ungarn zugesprochen wurde.

2. Wiener Schiedsspruch: Da ungarische Revisionsansprüche zusammen mit gleichzeitigen sowjetischen (Bukowina, Bessarabien) und bulgarischen (Dobrudscha) Ansprüchen an Rumänien im Sommer 40 zum Konflikt im Donauraum und damit zur Störung der deutschen Ölfuhr zu führen drohten und durch zweiseitige Verhandlungen nicht geregelt werden konnten, erließen am 30.8.40 wiederum der deutsche und der italienische Außenminister, um Südosteuropa ruhig zu halten, einen Schiedsspruch.

In ihm mußte Rumänien gegen eine deutsch-italienische Garantie seiner neuen Grenze an Ungarn Nordsiebenbürgen und das Szeklerland mit 43.000 km² und 2,53 Millionen Einwohnern

abtreten.

Im ungarischen Waffenstillstand mit der Sowjetunion, Großbritannien und den USA vom 20.1.45 wurden die Wiener Schiedssprüche aufgehoben (Artikel 13). Diese Aufhebung wurde im Pariser Friedensvertrag vom 10.2.47 (Artikel 1) bestätigt.<<

Horthy bedankte sich am 6. November 1938 im Namen der ungarischen Regierung per Telegramm bei Hitler für die von der CSR an Ungarn abgetretenen Gebiete.

Der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan schoß am 7. November 1938 in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen. Der Legationssekretär vom Rath (1909 in Frankfurt geboren) war tragischerweise selbst ein erbitterter NS-Gegner und wurde bereits seit längerer Zeit von der Gestapo überwacht.

Das NS-Regime nutzte diesen Mordanschlag (Rath starb 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.

Josef Goebbels erklärte am 8. November 1938 (x191/65): >>Ein Jude kann weder Volksgenosse noch im deutschen Sinne national sein. Deshalb geht er auch aller Rechte verlustig. Er ist nur geduldet unter uns. ...<<

Alle Staatspolizeiämter erhielten am 9. November 1938 per Fernschreiben geheime Anweisungen durch die Gestapo aus Berlin, die "planmäßigen Aktionen gegen Juden", die im gesamten Deutschen Reich stattfinden würden, nicht zu behindern (x191/65): >>Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. ... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.<<

Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 ließ das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führten die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligte sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.

Während der heimtückischen Anschläge wurden insgesamt etwa 7.500 jüdische Geschäfte zerstört, 171 jüdische Gotteshäuser (Synagogen) niedergebrannt, mindestens 91 Juden ermordet und zahlreiche Juden mißhandelt. Etwa 26.000 Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslagern interniert.

Der SA-Befehl zur "Reichskristallnacht" am 9./10. November 1938 lautete wie folgt (x243/60): >>Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Brand zu stecken. ... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. ... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift. ... An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen mit etwa folgendem Text:

Rache für Mord an vom Rath.

Tod dem internationalen Judentum. ...<<

Das Oberste NS-Parteigericht informierte Göring später über die allgemeine Stimmung der Bevölkerung (x268/57): >>... Auch die Öffentlichkeit weiß bis auf den letzten Mann, daß politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht.<<

Der Sicherheitsdienst (SD) berichtete später über die Reaktionen der deutschen Bevölkerung (x149/85): >>Bezüglich der jüngst erfolgten Aktion gegen die Juden ist die Bevölkerung zweierlei Meinung.

Der eine Teil der Bevölkerung vertritt den Standpunkt, daß bewußte Aktionen mit den damit zusammenhängenden Verhaftungen und Zerstörungen noch viel zu mild ausgefallen seien. Der andere Bevölkerungsteil aber, und das ist der weitaus größte, daß diese Zerstörungen nicht am Platze gewesen seien.

In diesem Zusammenhang erscheint noch erwähnenswert, daß in der Bevölkerung schon wiederholt die Frage aufgeworfen wurde, ob die an der Aktion beteiligten Personen auch der Bestrafung zugeführt werden. ...<<

Hitler mußte nach diesem Pogrom zunächst auf weitere direkte antijüdische Gewaltmaßnahmen verzichten, denn nach der Reichskristallnacht bewiesen die Proteste der Bevölkerung eindeutig, daß die Deutschen derartige Terroraktionen ablehnten.

Die Versicherungen zahlten zwar mehrere 100,0 Millionen RM für materielle Verluste an die jüdischen Geschäftsinhaber, aber diese Entschädigung mußte sofort an das NS-Regime abgetreten werden. Für das Attentat des deutsch-polnischen Juden Herschel Grynszpan mußten die deutschen Juden außerdem eine kollektive Geldstrafe von 1 Milliarde RM an das NS-Regime zahlen.

Grynszpan, der im KZ Sachsenhausen und später im Gefängnis Berlin-Moabit inhaftiert wurde, überlebte die NS-Herrschaft durch glückliche Umstände.

Spätestens nach der "Reichskristallnacht" im November 1938 mußten die als "Untermenschen" diffamierten deutschen Juden schließlich einsehen, daß das NS-Regime sie nicht nur aus der Wirtschaft, dem Kulturleben und der Wissenschaft, sondern auch mit aller Macht aus ihrer Heimat verdrängen wollte.

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über die "Kristallnacht" (x051/-335): >>Kristallnacht (Reichskristallnacht), amtliche und bewußt verharmlosende Bezeichnung für den von der NSDAP gegen die deutschen Juden am 9./10.11.38 inszenierten Pogrom, der mit dem Anschlag eines Juden, Grynszpan, auf den Legationssekretär der deutschen Botschaft in Paris, Rath, legitimiert wurde.

Das Signal für die Kristallnacht ging von einer antisemitischen Hetzrede aus, die Goebbels am Abend des 9.11. auf dem traditionellen "Kameradschaftsabend" im Münchener Alten Rathaus hielt, nachdem ihm und Hitler die Nachricht vom Ableben des Diplomaten überbracht worden war. Nach der Rede gaben die versammelten Gauleiter und Parteiführer entsprechende Befehle an ihre örtlichen Dienststellen durch, die dann durch SA und SS, aber auch durch andere Organisationen wie die HJ, jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüsten und zahlreiche Synagogen demolieren und anzünden ließen.

Die Bevölkerung beteiligte sich an dem Pogrom nur in begrenztem Maße, die offizielle Version der Vorgänge in der Kristallnacht betonte hingegen die "spontane" und allgemeine Beteiligung der Massen.

Insgesamt wurden 7.500 Geschäfte zerstört, 171 Synagogen niedergebrannt, 91 Juden ermordet; auch Vergewaltigungen waren nicht selten. Etwa 26.000 Juden wurden in KZ gebracht, die meisten allerdings nach einigen Wochen wieder entlassen.

Das Grynszpan-Attentat war für Hitler willkommener Anlaß zur längst geplanten Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen. Zwar waren seit der Machtergreifung zahlreiche Gesetze und Verordnungen ergangen, die die Verdrängung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben zum Ziel hatten, doch war ihre wirtschaftliche Stellung noch wenig verändert.

Nach der Kristallnacht kam es am 12.11.38 im Reichsluftfahrtministerium zu einer Besprechung verschiedener Minister und Ministerialbeamter unter Leitung Görings, in der wichtige Erlasse zur vollständigen Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft diskutiert wurden (Arisierung).

Für die Schäden des Pogroms zahlten die Versicherungen an die jüdischen Geschäftsinhaber eine auf mehrere 100 Millionen RM geschätzte Entschädigung, die aber an das Deutsche Reich abgeführt werden mußte. Außerdem wurde "dem Judentum als Strafe" für das Attentat eine "Kontribution" in Höhe von einer Milliarde RM auferlegt.

Weitere Erlasse verstärkten die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden, so der vom 12.11., der ihnen den Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und Ausstellungen verbot, und

der vom 15.11., der die Entfernung aller jüdischen Kinder aus den Schulen anordnete. Durch Verordnung vom 29.11. bekamen die Regierungspräsidenten die Möglichkeit, den "Judenbann" zu verhängen und damit den Juden zeitliche und räumliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen.

Von besonderer Bedeutung war schließlich die am 12.11. diskutierte Absicht, die Juden zur Auswanderung zu drängen und für die Organisation eine "Judenauswanderungszentrale" zu bilden. Dementsprechend entstand im Februar 39 in Berlin die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich unterstellt wurde und als deren Geschäftsführer zunächst der Abteilungsleiter der Gestapo Heinrich Müller und ab Oktober 39 Eichmann fungierten.<<

Der britische Historiker Richard Grunberger (1924-2005) schrieb später über die "Arisierung" der deutschen Wirtschaft (x129/85): >>Die beliebteste Plünderungsform der Nazis stellten die Arisierungsverfahren dar, die in geradezu idealer Weise Profit und Ideologie verbanden. Korruption steigert sich jedoch in geometrischer Progression, und die Behörden waren fassungslos, als sie sahen, daß Arisierer, die auf eigene Faust handelten, wie Pilze aus der Erde schossen, sich wütend gegenseitig Konkurrenz machten und die reibungslose Durchführung der Verfahren behinderten.

Ein Wirtschaftsbericht der Berliner Stadtverwaltung fand zu tadeln, daß "Mieter in Häusern, die früher Juden gehört hatten, Mietforderungen von den verschiedensten miteinander konkurrierenden Einzelpersonen und Verbänden bekämen. ... Für jeden jüdischen Laden gab es gewöhnlich drei oder vier Bewerber. Um einzelne Bewerber abzudecken, teilten sich verschiedene Handelsorganisationen in Gruppen auf und suchten (um) Behördenunterstützung nach, indem sie die jeweiligen Rivalen als Judenfreunde hinstellten."

Um die Epidemie der "wilden Arisierung" einzuschränken, erklärte Göring einen Monat nach der Kristallnacht, daß der Raub des jüdischen Eigentums das ausschließliche Vorrecht des Staates sei und nur unter der Ägide des Reichswirtschaftsministers durchgeführt werden dürfe. Überprüfungen an Ort und Stelle zeigten, daß bei einigen arisierten Läden in Wien die Profitmarge bei Werten zwischen 80 und 380 Prozent lag, und Gauleiter Bürckel fühlte sich verpflichtet, ein Dutzend Arisierungskommissare, die er persönlich eingesetzt hatte, in das Konzentrationslager Dachau einzuliefern, wo sie dann vorübergehend mit denen zusammentrafen, die sie enteignet hatten. ...<<

Am 10. November 1938 teilte Hitler den NS-Chefredakteuren und NS-Schriftleitern während einer nicht öffentlichen Veranstaltung folgende geheime Informationen mit (x191/76-77):

>>... Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen.

Dazu war es aber notwendig, ... dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß man es mit Gewalt abstellen; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert ...

Viele haben sie nicht begriffen, ... die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.<<

Das NS-Reichsminister für Erziehung und Unterricht erließ am 15. November 1938 eine Verordnung über den Schulbesuch jüdischer Kinder (x058/355): >>... Nach der ruchlosen Mordtat in Paris (Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath in Paris) kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen.

Auch versteht es sich von selbst, daß es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen. Die Rassentrennung im Schulwesen ist zwar in den letzten Jahren im allgemeinen bereits durchgeführt, doch ist ein Restbestand jüdischer Schüler auf den deutschen Schulen übriggeblieben, dem der gemeinsame Schulbesuch mit deutschen Jungen und Mädchen nunmehr nicht weiter gestattet werden kann.

Vorbehaltlich weiterer gesetzlicher Regelungen ordne ich daher mit sofortiger Wirkung an:

1. Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle zur Zeit eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen.

2. Wer jüdisch ist, bestimmt § 5 der ersten Verordnung vom 14. November 1935 zum Reichsbürgergesetz. ...<<

Ein Reporter des Manchester Guardian berichtete am 15. November 1938 über die Verhältnisse in der britischen und nordamerikanischen Botschaft in Berlin (x172/118): >>... (Viele verzweifelte Juden) bettelten dort um ein Visum. Wie ich erfahren habe, machen weder Großbritannien noch die USA irgendwelche Zugeständnisse, so daß die große Mehrheit der Antragsteller kaum auf die für sie einzig mögliche Rückkehr zu einem normalen Leben hoffen kann.<<

Am 21. November 1938 stimmten die Sudetendeutschen mit großer Mehrheit für den Anschluß an das Deutsche Reich.

Die sudetendeutschen Gebiete wurden danach per Gesetz Bestandteile des Deutschen Reiches. Der Reichsgau Sudetenland (Hauptstadt = Reichenberg, mit den Regierungsbezirken Aussig, Eger und Troppau) umfaßte 22.608 qkm (x004/6).

Am 17. Mai 1939 lebten dort rund 2.773.000 Reichsangehörige (x004/14)). Weitere deutsche Siedlungsgebiete, mit rund 429.000 Reichsangehörigen, wie z.B. Nördlicher Böhmerwald (Bergreichenstein, Mark Eisenstein, Prachatitz), Südböhmen (Kaplitz, Krumau, Neubistritz, Gmünd), Südmähren (Nikolsburg, Znaim, Horn, Waidhofen) und das Hultschiner Ländchen, wurden der deutschen Provinz Oberschlesien, dem Land Bayern und Österreich (Reichsgau Ober- und Niederdonau) zugeordnet.

Im britischen Unterhaus scheiterte am 21. November 1938 das Projekt, Juden in Kenia anzusiedeln.

Premierminister Chamberlain berichtete, daß man bisher 11.000 jüdische Flüchtlinge in Großbritannien aufgenommen hätte und weiteren 5.000 die Durchreise-Erlaubnis erteilt würde (x032/486).

Die SS-Zeitung "Das Schwarze Korps" berichtete am 24. November 1938 (x149/86): >>(Von) der harten Notwendigkeit, die jüdische Unterwelt genauso auszurotten, wie wir in unserem Ordnungsstaat Verbrecher eben auszurotten pflegen: Mit Feuer und Schwert.

Das Ergebnis wäre das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung. ...<<

Polen schloß am 26. November 1938 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, um sich im Osten Rückendeckung zu verschaffen.

Emil Hacha (1872-1945, als Kollaborateur getötet) wurde am 30. November 1938 neuer Staatspräsident der CSR.

Im November 1938 erließ das NS-Regime weitere Verbote für die jüdische Bevölkerung (x129/46).

Jüdische Kinder durften danach keine nichtjüdischen Schulen besuchen, Verbot der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Ausgangssperre, Sperrbezirke), Einziehung der Führerscheine, Pensionskürzungen, Benutzungsverbot für öffentliche Einrichtungen, Museen, Bibliotheken, Kinos und Badeanstalten.

Im Sudetenland ließ das NS-Regime im November 1938 mehr als 20.000 deutsche Antifaschi-

sten in Konzentrationslagern inhaftieren.

In der sogenannten "Reichenberger Rede" am 2. Dezember 1938 erläuterte Hitler während einer Wahlkundgebung die Ziele der NS-Erziehung (x073/154-155): >>Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln.

Und wenn nun dieser Knabe und dieses Mädchen mit ihren 10 Jahren in unsere Organisationen hineinkommen und dort nun so oft zum erstenmal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie 4 Jahre später vom Jungvolk in die Hitler-Jugend, und dort behalten wir sie wieder 4 Jahre, und dann geben wir sie erst recht nicht wieder zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei oder in die Arbeitsfront, in die SA oder die SS, in das NS-Kraftfahrerkorps und so weiter.

Und wenn sie dort 2 Jahre oder anderthalb Jahre sind und noch nicht ganz Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder 6 und 7 Monate geschliffen, alle mit einem Symbol, dem deutschen Spaten.

Und was dann nach 6 oder 7 Monaten noch an Klassenbewußtsein oder Standesdünkel da oder dort noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf 2 Jahre.

Und wenn sie dann nach 2 oder 3 oder 4 Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in SA, SS und so weiter. Und so werden sie nicht mehr frei, ihr ganzes Leben.<<

Der britische Konsul in Frankfurt berichtete am 14. Dezember 1938 über die "Reichskristallnacht" vom 9./10.11.1938 (x268/57-58): >>... Es scheint mir, daß eine sexuelle Massenperversion die Erklärung für diesen sonst unerklärlichen Ausbruch bieten mag. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Regierung Deutschlands von der Wahl des Volkes abhinge, die Machthaber, die für diese Schandtaten verantwortlich sind, von einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt worden wären, wenn man sie nicht an die Wand gestellt und erschossen hätte.<<

Der Führer stiftete am 16. Dezember 1938 das "Ehrenkreuz der Deutschen Mutter".

Die Inschrift des "Ehrenkreuzes der Deutschen Mutter" lautete: "Das Kind adelt die Mutter". Ab Mai 1939 verlieh die NSDAP zum Muttertag (NS-Feiertag) erstmalig das sogenannte "Mutterkreuz" an Mütter, die mindestens 4 Kinder geboren hatten (Bronze für 4 bis 5 Kinder, Silber für 6 bis 7 Kinder und Gold für 8 und mehr Kinder).

Um die Heirats- und Geburtenhäufigkeit zu erhöhen und um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zahlte das NS-Regime auch sogenannte "Ehstandsdarlehen", die man mit jeder Geburt "zurückzahlen" bzw. "abkindern" konnte (je Kind = 25 % Darlehenstilgung).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Ehrenkreuz" der Deutschen Mutter (x051/139): >>Ehrenkreuz, 1934 gestifteter Orden "zur Erinnerung an die unvergänglichen Leistungen des deutschen Volkes im Weltkriege": bronzefarbiges eisernes Kreuz, im Mittelschild die Zahlen 1914/18; in unterschiedlichen Ausführungen für Frontkämpfer (mit gekreuzten Schwertern), sonstige Kriegsteilnehmer (Eichenlaub- statt Lorbeerkrantz), Eltern und Witwen Gefallener (mattlackiertes Eisen).

Da die "deutsche kinderreiche Mutter" den gleichen "Einsatz von Leib und Leben" gezeigt habe wie "Frontsoldaten im Donner der Schlachten" ("Völkischer Beobachter"), wurde 1938 ein "Ehrenkreuz der Deutschen Mutter" (Mutterkreuz) gestiftet: Hakenkreuz umrahmt von den Worten "Das Kind adelt die Mutter", in Bronze für vier oder fünf Kinder, in Silber für sechs oder sieben, in Gold für acht oder mehr.

Dieses Ehrenkreuz wurde 1939 im Rahmen weiterer propagandistischer Maßnahmen der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik erstmals drei Millionen Müttern verliehen.<<

Dr. Dorothee Klinksiek schrieb später über "Die Frau im Dritten Reich" (x051/187-189): >>Die NSDAP, ihrem Selbstverständnis nach eine "Kampfpartei", hatte zunächst wenig Inter-

esse daran, Frauen für ihre Bewegung zu gewinnen. Als hilfsbereite Arbeitskräfte wurden nationalsozialistisch eingestellte Frauen zwar geduldet, aber eine Auseinandersetzung mit speziellen Frauenfragen fand erst zu Beginn der 30er Jahre statt, als sich reale Erfolgsaussichten auf einen parlamentarischen Sieg der Partei abzeichneten. Auf dem Weg zur legalen Machtübernahme mußte die Frau als Wählerin stärker als bisher umworben werden.

Die NSDAP sah sich aus diesen pragmatischen Überlegungen heraus genötigt, perspektivische Aussagen über die Rolle der Frau im völkischen Staat zu entwickeln. Obwohl sich die Partei noch immer als Männerpartei verstand und entsprechend darstellte, konnte sie in der Frauenagitation der frühen 30er Jahre durchaus Erfolge verbuchen, wenn auch die These: "Die Frauen haben Hitler an die Macht gebracht" als stark übertrieben zurückgewiesen werden muß.

Die Ideologie, mit der die Nationalsozialisten die Frauen zu gewinnen hofften, war keineswegs originell; ähnliche Ideen findet man auch in anderen konservativen Kreisen. Die politische Emanzipation wurde als Irrweg abgelehnt, das adäquate Betätigungsfeld der Frau lag im Familienbereich. Als Mutter war sie wertvoll für die Nation, in der Erfüllung ihrer Mutterpflichten verwirklichte sie sich selbst.

Für die Frauen, die wegen des Mangels an ehefähigen Männern den Idealzustand nicht erreichten, bot die Ideologie einen Ausweg an: Sie sollten in "arteigenen" Berufen Gelegenheit haben, ihre natürlichen mütterlichen Gefühle und Instinkte umzusetzen (seelische Mutterschaft).

Die Frau, die solche Gedankengänge für sich nicht akzeptieren wollte, galt in den Augen der Nationalsozialisten nicht als richtige Frau. Begründet wurde die Einschränkung der weiblichen Bevölkerung auf ein Hausfrauen- und Mutterdasein mit "typischen" weiblichen Eigenschaften. Intellektuell zwischen Kind und Mann stehend, bot sie ideale Voraussetzungen für die Erziehung der Kinder, gleichzeitig reichten die Fähigkeiten aber aus, dem Mann darüber hinaus als verständnisvolle Kameradin zur Seite zu stehen.

Man darf dieses Ideal nicht nur als Ausdruck konservativer Gesinnung innerhalb der Partei denunzieren, es griff auch unterschwellig vorhandene Wunschvorstellungen vieler Frauen auf und wurde so erst propagandistisch nutzbar.

Die Rechte, die die Weimarer Verfassung den Frauen gab, stellten sich oft als Belastung und nicht als Chance für die Betroffenen dar, die wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Republik führten vielfach zu einer extremen Doppelbelastung der Frau, denn nur allzu oft lag die Sicherung des Lebensunterhalts allein in ihren Händen. Die NSDAP versprach diesen Frauen Entlastung, sie gaukelte den überforderten Frauen ein Idealbild vor und vermittelte den Eindruck, die Partei werde dafür sorgen, daß dieser Idealzustand verwirklicht werde.

Nach 1933 bekräftigte die NSDAP ihren Standpunkt: "Die Frau gehört ins Haus", allerdings unter starker Betonung des Pflichtgedankens. Ehe und Mutterschaft sollten nicht länger der Erfüllung individuellen Glücks dienen, sondern sie entsprachen von nun an der pflichtgemäßen Leistung für die Volksgemeinschaft. Der Wert der Ehe lag für den nationalsozialistischen Staat hauptsächlich in Geburt und Aufzucht erbgesunder, arischer Kinder. Um Quantität und Qualität des Nachwuchses zu gewährleisten, griff der Staat massiv in das Privatleben ein.

Immer wieder wurde die Frau ermahnt, sich aus Verantwortung für die Gemeinschaft rein zu halten, sich als Hüterin der Nation zu verstehen. Man warnte Eheleute davor, das Eheleben zur Befriedigung ihrer sexuellen Bedürfnisse zu mißbrauchen, denn das Geschlechtsleben habe in erster Linie der Erhaltung der Nation zu dienen. Grundsätzlich sollten Zeugung und Aufzucht der Kinder in der Ehe erfolgen, für die Förderung der unehelichen Mutterschaft, wie sie z.T. im Rahmen des Lebensborns propagiert wurde, war der Boden noch nicht bereitet.

Durch zahlreiche Maßnahmen versuchte der nationalsozialistische Staat die Geburtenrate zu steigern. Die Schließung der Geburtenkontrollzentren erschwerte die Information über Verhütungsmittel, unnachtsichtig verfolgten die Behörden Verstöße gegen den § 218, "Fortpflan-

zungsverweigerung" wurde ebenso zum Scheidungsgrund wie Unfruchtbarkeit. Dagegen erhielten Ehepaare mit Kindern Steuerermäßigungen, kinderreiche Familien konnten mit Beihilfen rechnen.

Da es aber nicht darum ging, die Geburtenrate überhaupt zu steigern, sondern das Ziel in der Förderung arisch-erbgesunder Kinder lag, begann der Gesetzgeber bereits in den ersten Jahren des Regimes mit der Auslese bzw. "Ausmerze" bestimmter Nachkommen: Erbkrankte konnten zwangssterilisiert werden, Eheschließungen zwischen Juden und Menschen "deutschen Blutes" waren seit 1935 verboten, das Ehegesundheitsgesetz (1935) sollte gesundheitlich unerwünschte Ehen überhaupt verhindern.

Bei der Erziehung des erbgesunden Kindes kam der Mutter – propagandistisch – große Bedeutung zu, denn sie trug die Verantwortung für die biologische und geistige Existenz des Volkes, sie hatte die Pflicht, die Kinder für die Volksgemeinschaft zu erziehen. Allerdings blieben die Rechte der Mutter stark eingeschränkt. Während der Ehe hatte sie zwar teil am Sorgerecht, die elterliche Gewalt aber stand nur dem Vater zu.

Trotz der Versuche, die Frau als Erzieherin der Kinder durch die ideologische Aufwertung ihrer Rolle enger an das System zu binden, betrachteten führende Vertreter des Regimes die Erziehung in der Familie mit unverhohlenem Mißtrauen, weil sich diese Vorgänge weitgehend der öffentlichen Kontrolle entzogen. Um den wirklich deutschen Menschen zu formen, mußte die Bewegung die Erziehung der ersten Generation von Nationalsozialisten selbst in die Hand nehmen.

Der Ideologie entsprechend sollten die heranwachsenden Mädchen von klein auf dazu erzogen werden, später ihre Rolle als Hausfrau und Mutter sachgerecht und pflichtgemäß auszufüllen. Diese Zielsetzung stand über der gesamten staatlichen und völkischen Mädchenbildung. Schulform, Lehrplan und Lehrinhalte waren darauf auszurichten, Koedukation von Anfang an ausgeschlossen.

Im allgemeinen billigte man den Mädchen zwar eine ausreichende Volksschulbildung zu, die sie befähigte, den Anforderungen der Mutterschaft oder spezieller Frauenberufe zu genügen, aber die im 19. Jahrhundert mühsam erkämpfte höhere Schulbildung und die wissenschaftliche Ausbildung wurden als nicht artgemäß abgelehnt; nur noch wenige Abiturientinnen durften vor dem Krieg studieren, für bestimmte Berufszweige hatten sie Berufsverbot.

Neben der Schule sorgte der BDM für eine Mädchenerziehung, wie sie der Ideologie entsprach. In einem Alter, in dem Kinder noch leicht beeinflussbar sind, versuchte die Partei, sie dem Elternhaus zu entziehen und zu formen. Dabei scheuten sich die Verantwortlichen nicht, den Generationskonflikt zu ihren Gunsten zu nutzen. Die Eltern hatten wenige Möglichkeiten, ihre Kinder der HJ zu entziehen, denn das Erziehungsrecht war nach nationalsozialistischem Verständnis von der Volksgemeinschaft nur geliehen. Um den Kindern nicht zu schaden, mußte sich auch die politisch wenig interessierte Frau ansatzweise mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen und ihm Einflußmöglichkeiten zugestehen.

Zunächst sah es 1933 auch so aus, als sollte die nationalsozialistische Frauenideologie einen nachhaltigen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ausüben. Dem Wunsch der Partei, die Frau wieder auf ihren Platz zu verweisen, kamen zwei Umstände entgegen: Die Frauenarbeit hatte sich zwar im Ersten Weltkrieg praktisch durchgesetzt, die Diskussion über die außerhäusliche Erwerbsarbeit war aber noch keineswegs abgeschlossen. Immer noch sprachen sich einflußreiche Stimmen gegen die wirtschaftliche und politische Emanzipation der Frau aus und selbst ein Teil der Betroffenen sah in der Berufstätigkeit nur eine Belastung.

Zudem konnte die Regierung wegen der Wirtschaftskrise auf breite Zustimmung rechnen, wenn sie versuchte, weibliche Arbeitskräfte durch männliche zu ersetzen. Allerdings stellte sich schnell heraus, daß an eine generelle Beseitigung der billigen Frauenarbeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu denken war, und derartige Versuche fanden spätestens mit der zu-

nehmenden Erschöpfung der Arbeitskraftreserven 1936 ein Ende. Nun zeigte sich, daß die Eroberung des "Lebensraumes" von der nationalsozialistischen Führung höher bewertet wurde als die Frauenideologie.

Im Interesse der Volksgemeinschaft mußte die Frau eine vorübergehende Erweiterung ihres Aufgabenfelds auf sich nehmen. Trotz der Versuche der Propaganda, der berufstätigen Frau einen eigenen Wert zuzuerkennen, stand auch in dieser Phase die Mutter an der Spitze der sozialen Rangskala. Die Bemühungen, die weibliche Reservearmee zu mobilisieren, stießen nur auf geringe Resonanz – niedrige Löhne und schlechte Aufstiegschancen lockten eine finanziell abgesicherte Frau nicht ins Arbeitsleben.

Da es an Freiwilligen fehlte, sah sich die Regierung 1939 gezwungen, eine Dienstpflichtverordnung für arbeitsbuchpflichtige (Arbeitsbuch) Frauen in Kraft zu setzen. Die gesamte Last der kriegsbedingten Arbeitsintensität traf dadurch allein die Frauen, die bereits vor dem Krieg aus finanziellen Gründen gezwungen waren, einer Arbeit nachzugehen. Erschwerend kam hinzu, daß auch die Haushaltsführung, bedingt durch den Mangel an Konsumgütern und Nahrungsmitteln, immer mehr Zeit erforderte: Mangelhafte Ernährung, Schlangestehen vor und in den Geschäften, schlechte Verkehrsverbindungen zum Arbeitsplatz, lange Arbeitszeiten waren das Los der erwerbstätigen Frau.

Dabei gab es in der weiblichen Bevölkerung durchaus noch Arbeitskraftreserven. Der Versuch von 1943, mit der Meldepflicht für 17- bis 45-jährige Frauen auch die letzten Kräfte zu mobilisieren, führte allerdings nicht zum Erfolg, denn die Regierung verzichtete trotz der verschärften Lage auf dem Arbeitsmarkt auf eine rigorose Anwendung der Bestimmungen.

Wenn auch Ideologie und Praxis der Nationalsozialisten darauf ausgerichtet waren, die Frau aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben auszuschließen, so durfte dies aber nicht als Aufforderung verstanden werden, sich ganz ins Private zurückzuziehen. Vielmehr sollte auch die Frau lernen, die Interessen des Ganzen zum Maßstab ihres eigenen Handelns zu machen und sich den Belangen der Gemeinschaft unterzuordnen.

Unter Leitung der Nationalsozialistischen Frauenschaft versuchte das Deutsche Frauenwerk (DFW), die noch nicht organisierten Hausfrauen und Mütter für dieses Ideal zu gewinnen. Als Ansatzpunkt dienten dabei frauenspezifische Themen und Fragen. Obwohl die praktischen Lehrgänge des DFW, seine Kultur- und Sportveranstaltungen auf reges Interesse stießen, erwies sich die dauerhafte organisatorische Erfassung des angesprochenen Personenkreises als schwierig. Die Gleichgültigkeit politischen Fragen gegenüber, aber vor allem die teilweise noch vorhandene enge kirchliche Bindung vieler Frauen machte den Propagandistinnen zu schaffen.

Auch wenn man der gängigen Behauptung: "Die Frauen waren im Dritten Reich rechtlose und einflußlose Wesen", zustimmen muß, so sollte man sich nicht zu dem Fehlschluß verleiten lassen, die Frauen seien unwichtig gewesen – objektiv gesehen trugen auch sie dazu bei, das Unrechtssystem am Leben zu erhalten. Für die Nationalsozialisten war es vor allem eine Eigenschaft, die den Frauen eine hervorragende Bedeutung gab – ihre Bedeutungslosigkeit für das öffentliche Bewußtsein.

Hier fanden die Nationalsozialisten einen Bereich vor, der ihnen die Möglichkeit gab, ihre stark rückwärts gewandten gesellschaftspolitischen Vorstellungen ohne Angst vor der öffentlichen Meinung durchzusetzen, ja sie konnten sogar auf die Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung rechnen. "Frauenpolitik" wurde somit zum Experimentierfeld für Strategien der Überredung, hier wurden Versuche gemacht, wie weit der Staat ungestraft in das Privatleben und das Persönlichkeitsrecht eingreifen konnte.

Die Ergebnisse dieser Politik sind ambivalent: Einerseits zeigt sich, daß die Erfassung der Frau keineswegs umfassend gelang. Ein Teil der weiblichen Bevölkerung konnte sich der Instrumentalisierung durch das Regime entziehen und so einen gewissen Freiraum behalten –

die Idee der Volksgemeinschaft war offensichtlich nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Andererseits sieht es aber so aus, als habe das patriarchalische Frauenideal während des Dritten Reiches wieder an Boden gewonnen. Im Gegensatz zu ihren Müttern und Großmüttern gewannen die Frauen durch ihre Anstrengungen während des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit offenbar kein neues Selbstvertrauen – erst ihren Töchtern gelang es, wieder eine Frauenbewegung ins Leben zu rufen, um ein anderes Frauenbild zu erkämpfen.<<

Der polnische "Ausschuß für Nationalitätenfragen" beschloß am 19. Dezember 1938 Richtlinien zur radikalen Lösung der deutschen Minderheitsprobleme (x104/271).

Dem deutschen Chemiker Otto Hahn (1879-1968, entdeckte mit Lise Meitner das Protactinium, erhält 1944 den Nobelpreis für Chemie) gelang mit dem deutschen Fritz Straßmann (1902-1980) am 22. Dezember 1938 die Kernspaltung des Urans.

Der "Völkische Beobachter" berichtete am 24. Dezember 1938 (x053/37): >>"Die deutsche kinderreiche Mutter soll den gleichen Ehrenplatz in der deutschen Volksgemeinschaft erhalten wie der deutsche Frontsoldat, denn ihr Einsatz von Leib und Leben für Volk und Vaterland war der gleiche wie des Frontsoldaten im Donner der Schlachten."

Mit diesen Worten hat ... Reichsärztführer Dr. Wagner bereits auf dem Parteitag der Arbeit im Auftrag des Führers die Schaffung eines Ehrenzeichens für die kinderreiche deutsche Mutter angekündigt. 3 Millionen deutsche Mütter werden nunmehr am Tage der deutschen Mutter 1939 erstmalig in feierlicher Weise die neuen Ehrenzeichen durch die Hoheitsträger der Partei verliehen bekommen. Jahr für Jahr werden diese Feiern sich dann am Muttertag, am Ordenstag der kinderreichen Mütter, wiederholen.<<

Im Dezember 1938 erörterten Dr. Benesch (Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung) und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen sollte (x025/95).

Nach dem Anschluß Österreichs verließen bis Ende 1938 rund 45.000 reiche österreichische Juden das Land.

Bis 1938 nahm Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt waren. Der selbsternannte "Führer" handelte meistens instinktiv richtig und erkannte oft frühzeitig die internationale Entwicklung und Schwachstellen seiner Gegner. Die eigenmächtig durchgeführten riskanten Revisionen stellten nicht nur eine angemessene internationale Beteiligung des Staates her, sondern sie beseitigten gleichzeitig einige nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages.

Der "allmächtige Führer"

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938 ("Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes) herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.

Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den "Weg in den Zweiten Weltkrieg" (x853/...):

>>... In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die internationale Politik zunehmend von Spannungen beherrscht. Diese fanden ihren Ausdruck im Einfall Japans in Zentralchina, dem Krieg Italiens gegen Abessinien, der deutsch-italienischen Intervention im Spanischen Bür-

gerkrieg, vor allem aber der Revision der Versailler Ordnung durch Deutschland.

Der deutsche Reichskanzler Hitler war ein typischer österreichischer Alldeutscher und ein ebenso typischer "Frontkämpfer" des Weltkrieges 1914/18. Sein erklärtes außenpolitisches Ziel war die Wiederherstellung jener Vormachtstellung, die Deutschland und Österreich-Ungarn bis 1918 in Mitteleuropa innegehabt hatten, diesmal aber unter dem Vorzeichen eines "Großdeutschland", in dem alle in Mitteleuropa lebenden Deutschen vereinigt sein sollten. Zwar sprach Hitler gelegentlich davon, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen müsse, aber es gab keinerlei konkrete Planung zur Verwirklichung dieses Zieles.

Bis 1941 gingen sämtliche deutschen Rüstungsprojekte nur von einem Krieg in Mitteleuropa aus. Die von Hitler angestrebte Restauration der Machtverhältnisse in Europa mußte alle Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zunichte machen, weshalb ein Interessenkonflikt mit den Siegermächten von 1918, vor allem mit England und Frankreich, unvermeidlich war.

Im Jahre 1938 erfolgte der Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets, der deutschen Kerngebiete des ehemaligen Österreich-Ungarn, an das Deutsche Reich. Im März 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht die sogenannte "Resttschechei", die als "Protektorat Böhmen und Mähren" einen ähnlichen Status erhielt wie einstmals eine Provinz in der k.u.k. Monarchie.

England und Frankreich hatten die deutsche Revisionspolitik nur mit äußerstem Widerwillen hingenommen, aber der britische Premierminister Chamberlain hatte erkannt, daß ein neuer Weltkrieg den Ruin des britischen Weltreiches bedeuten würde und hatte daher alles getan, um einen militärischen Konflikt zu vermeiden. Aufgrund der innenpolitischen Instabilität Frankreichs waren die Pariser Regierungen außenpolitisch nur begrenzt handlungsfähig und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als Chamberlain zu folgen.

Deutschland konnte sich beim Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen, und es wäre den Regierungen in England und Frankreich schwergefallen, ihre Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, nur um die Österreicher und die Sudetendeutschen daran zu hindern, sich an das Deutsche Reich anzuschließen.

Dennoch war Chamberlains Konzeption der Befriedigung der legitimen deutschen Ansprüche und einer milden Eindämmung Deutschlands, der sogenannten "Appeasement-Politik", in England keineswegs unumstritten. Die britische Opposition gegen die "Appeasement-Politik", die in Winston Churchill ihren Wortführer fand, vertrat die Überzeugung, daß eine friedliche Koexistenz mit dem nationalsozialistischen Deutschland auf Dauer unmöglich und ein Krieg unvermeidlich sei.

Die "Anti-Appeaser" genossen die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und eines Teils der amerikanischen Presse, die in England erheblichen Einfluß besaß. Roosevelt betrachtete die autoritären Regime in Deutschland, Italien und Japan als eine Gefahr für den Weltfrieden, die beseitigt werden müsse. Als Fernziel schwebte ihm die Errichtung einer neuen Weltordnung unter amerikanischer Führung vor, wobei er einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion große Bedeutung beimaß.

Roosevelt glaubte, daß die UdSSR sich langfristig zu einer Demokratie entwickeln würde. Die militärische Besetzung der "Resttschechei" im März 1939, die einen schweren Verstoß gegen das bisher von Deutschland angerufene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker darstellte, gab den "Anti-Appeasern" in England, Frankreich und den USA erheblichen Auftrieb.

...<<

Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über die "Sozialpolitik" des NS-Regimes (x051/548-551): >>Die Sozialpolitik der Weimarer Republik hatte den im 19. Jahrhundert beschriebenen Rahmen der Lösung der "sozialen Frage" gesprengt und sich in Richtung auf eine "gesellschaftsgestaltende" Politik ausgeweitet. Nicht zuletzt durch den Einfluß der Gewerkschaften waren gerade im Arbeitsrecht, in der Wohnungsbaupolitik und bei den kom-

munalen Versorgungsleistungen wesentliche Verbesserungen erzielt worden.

Doch wurde u.a. von den Unternehmerverbänden die Ausweitung des sozialen Netzes als "Überspannung" bekämpft und vor dem Hintergrund der steigenden Kosten eine Unterordnung der Sozialpolitik unter die Wirtschaftspolitik gefordert. Dies wurde in der Endphase der Weimarer Republik unter den Präsidialkabinetten realisiert und es kam zu einem Abbau des sozialen Besitzstands.

Die Haltung der Nationalsozialisten zu diesem Thema war höchst ambivalent.

Auf der einen Seite erkannten sie in den sozialpolitischen Forderungen ein großes politisch-gesellschaftliches Identifikationspotential und nutzten die Krise der Sozialpolitik agitatorisch aus. Auf der anderen Seite wandten sie sich gegen die staatliche "Versorgungsanstalt" und traten für Streichungen und Kürzungen ein.

Der Nationalsozialismus hat zu keinem Zeitpunkt ein einheitliches wirtschaftliches und gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept entwickelt. Auch nach der Machtergreifung vermied die Regierung Hitler zunächst jede Festlegung in wirtschaftlichen, gesellschafts- und sozialpolitischen Grundfragen.

Eine Grundlage der nationalsozialistischen Politik war die Idee der Volksgemeinschaft. Die Interessen der einzelnen, der Gruppen und Klassen sollten dem "Gesamtwohl" der Gemeinschaft untergeordnet werden, über auftretende Divergenzen wurde autoritär von Staat entschieden, der dieses "Gesamtwohl" definierte. Als sozialpolitische Leitlinie des Volksgemeinschaftsideals galt, daß sozialer Fortschritt sich nicht durch Forderungen des einzelnen, sondern nur durch seine Unterordnung unter die Gemeinschaft entwickle.

Die Sozialpolitik wurde mit ihren gesamten Einrichtungen der Staatspolitik unterstellt und für deren Ziele eingesetzt. Die Regierung Hitler verschaffte sich u.a. durch die Reichstagsbrandverordnung, durch das Ermächtigungsgesetz, durch die Auflösung des Reichstages und die Gleichschaltung der Länder diktatorische Vollmachten auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Im folgenden sollen die Auswirkungen dieser Politik auf einige gesellschaftlichen Gruppen gezeigt werden, die vom Nationalsozialismus besonders angesprochen wurden: Arbeiter, Mittelstand und Bauern.

Die gewaltsame Zerschlagung der Gewerkschaften beseitigte die Interessenvertretung der Arbeiterschaft und nahm ihr ihre Rechte und Kampfmittel. Die anschließende Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF), in die später auch die Arbeitgeberverbände eingegliedert wurden, wurde von der Regierung als Erfüllung der Forderung nach einer Einheitsgewerkschaft gepriesen.

Die DAF erklärte alle Betriebe zu einer Gemeinschaft von "Betriebsführer" und "Gefolgschaft" und damit zu einem wesentlichen Baustein der Volksgemeinschaft. Der Unternehmer erhielt in diesem System wieder die traditionelle "Herr-im-Haus-Stellung" zugesprochen. Über die Löhne entschied im Betrieb allein der Unternehmer. Überbetriebliche Regelungen der Mindestlöhne und Tarifordnungen verfaßte der Treuhänder der Arbeit, ein Staatsorgan.

Es zeigte sich jedoch bald, daß mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, der Selbstauflösung der Arbeitgeberverbände und Einführung der staatlichen Regelung der Löhne und Tarife die Lohn- und Verteilungskonflikte einer hoch industrialisierten Gesellschaft nicht einfach beseitigt werden konnten. Nach der Machtübernahme sorgten die offene Unterdrückung der Arbeiterschaft, der staatlich verordnete Lohnstopp und die hohe Arbeitslosenquote für Ruhe an der "Lohnfront".

Die nationalsozialistische Regierung war sich der positiven psychologischen Wirkung der Beseitigung der Arbeitslosigkeit bewußt und verband geschickt die Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung von Anfang an mit der angestrebten Aufrüstung.

In der Arbeitsbeschaffungspolitik knüpfte die Regierung Hitler an Konzepte und Pläne der Präsidialkabinette an. Sie hob jedoch die Frage der Arbeitsbeschaffung aus dem engen Be-

reich der Wirtschaft heraus und propagierte eine "Arbeitsschlacht", deren Erfolge und "Frontberichte" den Deutschen jeden Tag durch die Presse vermittelt wurden. Begünstigt von der sich bereits 1932 abzeichnenden konjunkturellen Erholung, konnte sich Hitler spätestens 1936 als Sieger dieser Schlacht feiern lassen und hatte damit einen großen Kredit in der Arbeiterschaft gewonnen.

Auch wenn die Bedingungen für die Arbeiter im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen äußerst schlecht waren, ihr Verdienst nahe dem Existenzminimum lag und die arbeitsrechtlichen Garantien eingeschränkt worden waren – die geregelte Beschäftigung war doch mit Hoffnungen und Erwartungen auf eine bessere Zukunft verknüpft. Die Lage der Arbeitslosen hingegen verschlechterte sich mit sinkender Arbeitslosigkeit, der Kreis der Anspruchsberechtigten auf staatliche Unterstützung wurde systematisch eingeschränkt, die versprochene Reform der Arbeitslosenversicherung unterblieb.

Auch für die Rentner wurde die Situation eher schwieriger, da das niedrige Rentenniveau der Weltwirtschaftskrise bei Neufestsetzungen noch unterschritten wurde. Die Rentenbewilligungsvorschriften wurden verschärft. Mit der Forcierung der Rüstungspolitik wurden die Vermögenswerte der Sozialversicherung für die Rüstungsfinanzierung beansprucht und die Versicherungsträger zu Kreditinstituten des Staates umfunktioniert.

Die Rentenpolitik stand im Dienst der Rüstungspolitik, indem sie einen Zwang zur Weiterarbeit ausübte. Außerdem sollte durch die hohen Beiträge und die niedrigen Leistungen Kaufkraft in dem 1936 einsetzenden Aufschwung abgeschöpft werden. Erst 1942 erfolgte eine nennenswerte Rentenerhöhung.

Die Furcht vor politischen Konflikten und das Trauma der Arbeitsverweigerungen im Ersten Weltkrieg erzwangen diese sozialpolitische Konzession. Die Doppelseitigkeit von Disziplinierung und Kontrolle einerseits und Befriedigung sozialpolitischer Forderungen andererseits zeichnete die Sozialpolitik insgesamt aus.

Die eingeschränkten staatlichen Sozialleistungen wurden durch freiwillige Zuwendungen der mit Spenden finanzierten Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) ersetzt. Die propagandistische Heraushebung der "zusätzlichen" Leistungen sollte der Bevölkerung die Illusion einer sozialen Besserstellung vermitteln. Doch stand bei der Unterstützung durch die NSV nicht die Not des Einzelnen, sondern der Nutzen für den Staat im Vordergrund.

Im Zuge der Erholung des Arbeitsmarktes bildeten sich unter der staatlich verordneten Zwangsgemeinschaft erneut Verteilungs- und Lohnkonflikte heraus. Mit der einsetzenden Vollbeschäftigung und der daraus resultierenden Arbeitskräfteknappheit akzeptierten die Arbeitnehmer das niedrige Lohnniveau nicht mehr, das z.T. noch unter den Stand von 1932 gefallen war und damit 20 % unter den Tariflöhnen von 1929 lag.

Die Betriebsführer versuchten den staatlich verordneten Lohnstopp zu unterlaufen und ihre Arbeitskräfte durch Leistungsprämien, Familienzuschläge, innerbetriebliche Altersversorgung u.a. zu halten. Die Zulagen waren jedoch nur freiwillig und nicht einklagbar, so daß die Effektivlöhne vom Wohlverhalten des Arbeitnehmers und dem guten Willen des Unternehmers abhingen.

Ab 1938 drohte die Entwicklung der Löhne die Aufrüstung zu blockieren und die Treuhänder der Arbeit bekamen weitere Eingriffsrechte in die Lohngestaltung zugesprochen. 1939 wurden diese Rechte erweitert und alle außertariflichen Zuschläge untersagt. Die Treuhänder hatten jedoch einen gewissen Spielraum bei der Durchsetzung und wandten die Maßnahmen sehr differenziert auf die einzelnen Branchen an, da Lohnanreize weiterhin die Produktion in besonders wichtigen Bereichen der Rüstungsindustrie sichern sollten.

Die Segmentierung der Lohnpolitik war eine wichtige Basis zur Aufrechterhaltung des Systems, das auf Desinformation und mangelnder Transparenz in Lohnfragen beruhte. Die realen Nettowochenlöhne stiegen bis 1941 in etwa auf das Niveau des Jahres 1929 an, während die

nominalen Stundenverdienste stagnierten. Die Verdienststeigerungen waren zum großen Teil auf die Ausweitung der Arbeitszeit, die gegen Ende des Krieges 60 Wochenstunden betrug, zurückzuführen. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sank zwischen 1932 und 38 deutlich ab.

Durch die lohnpolitischen Maßnahmen gelang es der Regierung, den privaten Konsum zugunsten der Investitionen für die Rüstung einzuschränken. Gleichzeitig sollten Sammlungen für die NSV, das Winterhilfswerk (WHW) oder das im Krieg propagierte "Eiserne Sparen" einen trotz der restriktiven Lohnpolitik vorhandenen Geldüberhang abschöpfen. Auch über die Steuerreform von 1934, die v.a. Ledige und kinderlose Ehepaare stärker belastete, wurde dieses Ziel verfolgt. Die staatliche Lohnpolitik wurde durch Maßnahmen des Arbeitseinsatzes unterstützt. Der Arbeitsplatzwechsel wurde erst in einigen Wirtschaftsbereichen und dann im Krieg total der staatlichen Kontrolle unterworfen.

Eine weitere flankierende Maßnahme der staatlichen Lohnpolitik war die Lenkung der Preise. 1936 wurde ein Verbot von Preiserhöhungen erlassen, womit zum einen der Eindruck erweckt werden sollte, daß der Staat auch über die Preise die Löhne sichere, und zum anderen sollte der weit verbreiteten Inflationsfurcht entgegengewirkt werden.

Die Kriegswirtschaftsverordnung 1939 sah eine Preissenkung vor, die jedoch genau wie der Lohnstopp nicht konsequent verwirklicht wurde. Der offizielle Index der Lebenshaltungskosten stieg von 118 (1933) auf 141,1 (1944), der Preisindex von 104,9 auf 129. Für einige wichtige Lebensmittel jedoch stiegen die Preise gerade während des Krieges weitaus stärker. Die Indizes spiegeln nur die staatlich zugelassenen Preise wider.

Zur erfolgreichen Aufrüstungspolitik benötigte die Regierung Hitler die Großindustrie, deren Monopolisierung voranschritt, was Einbußen der mittleren und kleineren Unternehmen zur Folge hatte. Die Präferenzen in der Realpolitik widersprachen den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen des Mittelstandes, die vor 1933 noch einen Hauptpunkt in der nationalsozialistischen Programmatik gebildet hatten.

Einige Zugeständnisse wie z.B. das Gesetz zum Schutz des Einzelhandels 1933, die Pflichtinnung des Handwerks 1934, Verordnungen, die die Geschäfte der Großwarenhäuser einschränkten, oder die Einführung des großen Befähigungsnachweises 1935 konnten über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. Sie blieben Gesten, die sich, gemessen am Übergewicht der Großindustrie, als folgenlos erwiesen.

Gleichwohl wurde dem Mittelstand bis 1936 noch ein gewisser "sozialer Schonraum" zugebilligt. Danach dominierte auch hier die Durchsetzung des Vierjahresplans mit seinen Rüstungsbedürfnissen. Rohstoffbewirtschaftung und Abzug von Arbeitskräften in die Industrie bewirkten eine Ausblutung des Handwerks und des Kleingewerbes.

Im Zuge der "Bereinigung" des Handwerks ab 1939 kam es zu Stilllegungen von Betrieben, die nicht kriegswichtige Produktionen ausführten. Doch wurden auch in dieser Phase noch wichtige sozialpolitische Entscheidungen zugunsten des Mittelstandes getroffen. Mit der freiwilligen Einbeziehung der Selbständigen in die Sozialversicherung 1936 und der Einführung der Altersversorgungspflicht 1938 wurde einer langjährigen Forderung des Mittelstandes entsprochen.

Neben dem Mittelstand waren es die Bauern, die an die Machtübernahme besondere Erwartungen geknüpft hatten. Die nationalsozialistische Regierung hielt auch nach 1933 an ihren romantisierenden Vorstellungen vom Bauerntum fest, mochte das agrarisch geprägte Staats- und Gesellschaftsideal auch in noch so großem Widerspruch zur beschleunigten Industrialisierung stehen.

Wie in der Mittelstandspolitik trat aber auch hier der Widerspruch zwischen praktischer Politik und Ideologie bald zutage. Zur Sicherung des bäuerlichen Einkommens kontrollierte die Regierung die Märkte und Preise und erließ handelspolitische Schutzbestimmungen gegen-

über dem Ausland.

Diese Politik der Verringerung des bäuerlichen Existenzrisikos ging zu Lasten der Verbraucher. Die autarkistischen Bestrebungen führten immer wieder zu Engpässen in der Nahrungsmittelversorgung ("Fettlücke"). Die Preise für landwirtschaftliche Produkte stiegen von Anfang 33 bis Ende 39 um 25 %. Ein weiterer Versuch zur Sanierung der Landwirtschaft war das Erbhofgesetz (1933), das die Höfe vor Zersplitterung und Verschuldung schützen sollte. Es brachte jedoch nur eine kurzfristige Entlastung der bäuerlichen Betriebe.

Die Landflucht, die zwischen 1933 und 38 neue Rekorde erzielte, stand in Widerspruch zur angestrebten Verbäuerlichung der Gesellschaft. Im Dritten Reich wurden sogar weniger neue Bauernhöfe als in der Weimarer Republik geschaffen. Die Erschließung von Land für industrielle und militärische Zwecke hatte eindeutig Vorrang.

Der Anteil der bäuerlichen Einkommen am Sozialprodukt verringerte sich im Verhältnis zu den Löhnen und Preisen ab 1935 beständig. Die Verschuldung zumal der kleineren und mittleren Höfe nahm nach kurzer Erholung weiter zu. Der bäuerliche Lebensstandard lag weit unter dem allgemeinen Niveau.

Doch war dies nur die eine Seite der Sozialpolitik. Im Bewußtsein der Bevölkerung verwoben sich diese alltäglichen Erfahrungen mit dem propagandistischen Anspruch des "nationalen Sozialismus". Er versprach die klassenlose Gleichheit aller "Volksgenossen", die ohne Statusunterschiede an den sozialen Leistungen der Volksgemeinschaft partizipieren sollten. Der Status in der Volksgemeinschaft sollte nicht mehr von Bildung oder Klassenzugehörigkeit abhängen, sondern von der Gesinnung und Zugehörigkeit zur "deutschen Rasse".

So wurde der Sozialstatus der Arbeiter und Bauern durch die Festsetzung von Feiertagen und Massenaufmärsche zum Erntedankfest und am "Tag der nationalen Arbeit" angehoben, womit die Nationalsozialisten geschickt an die Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpften.

Soziale Einrichtungen wie NSV und WHW, Musterbetriebe der DAF, die Organisation Kraft durch Freude, verbunden mit vorbildlichen Urlaubsregelungen, und die scheinbar klassenlose Gemeinschaft in den nationalsozialistischen Organisationen verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Arbeitnehmer, obwohl die Teilnahme oft erzwungen war und der Kontrolle und Kriegsmobilisierung diente.

Eine besondere Stellung in diesem System nahm die nationalsozialistische Frauen- und Familienpolitik ein. Sie hob die Familie als kleinste Zelle der Volksgemeinschaft besonders heraus und schrieb tradierte Rollenvorstellungen fest, die die Frau als Ehefrau und Mutter den langfristigen rassistischen und bevölkerungspolitischen Zielen dienstbar machten. Dazu gehörte die nur in Ansätzen gelungene Verdrängung der Frau aus dem Arbeitsleben: Die einzigen Gruppen, die konsequent aus ihren Berufen vertrieben wurden, waren Akademikerinnen und Beamtinnen. Frauen durften erst vom 35. Lebensjahr an verbeamtet werden und erhielten weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen.

Gleichzeitig gab es offene Berufsbeschränkungen; Frauen durften z.B. nicht mehr als Richter oder Anwälte tätig sein, an den Hochschulen wurden Zulassungsgrenzen für Frauen eingeführt. Hinzu kamen gesundheitspolitische Maßnahmen wie Verbesserung der Schwangerschaftsberatung und Arbeitsschutz, Bekämpfung der Geburtenkontrolle und Einführung eines monatlichen Kindergeldes.

Auch als das Mütterlichkeitsideal Ende der 30er Jahre in Kollision mit dem wachsenden Arbeitskräftemangel trat und Frauenarbeit wieder zur ökonomischen Notwendigkeit wurde, behielten die bevölkerungspolitischen Ziele Vorrang. Im Krieg waren in Deutschland weniger Frauen als in anderen Krieg führenden Ländern berufstätig.

Betrachtet man abschließend die Kernpunkte der nationalsozialistischen Sozialpolitik, läßt sich das Resümee ziehen, daß es für den einzelnen nur bedingt Verbesserungen gab. In jeder Phase standen die staatspolitischen Belange, d.h. die rüstungspolitischen und expansionisti-

schen Ziele, im Vordergrund.

Der einzelne war in ein System aus Zwang, partiellen Zugeständnissen, Fürsorgemaßnahmen und Identifikationsangeboten eingebunden. Das psychologische Moment der massenpropagandistischen Verwertung von Politik, die ununterbrochen Erfolgsmeldungen produziert, darf nicht unterschätzt werden. Die von anderen Informationen weitgehend abgeschnittene Bevölkerung fand sich in das System, das ihr soziale Ordnung und Gemeinschaft versprach und vordergründig Sicherheit garantierte.<<

Die NS-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (KdF) organisierte bis Ende 1938 bereits für etwa 10,0 Millionen Volksgenossen billige Urlaubsreisen im In- und Ausland. Vor allem die KdF-Schiffe ("weiße Flotte des Friedens") waren sehr beliebt und erfolgreich. Fast alle Deutschen waren seit jeher unternehmungslustige Menschen und wollten reisen. Der Leiter der "Deutschen Arbeitsfront" (DAF), Robert Ley, erfüllte diese Wünsche.

Der DAF-Leiter Robert Ley erläuterte damals die Aufgaben der NS-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (x149/77): >>Wir schicken unsere Arbeiter nicht auf eigenen Schiffen auf Urlaub oder bauten ihnen gewaltige Seebäder, weil uns das Spaß machte oder zumindest dem einzelnen, der von diesen Einrichtungen Gebrauch machen kann.

Wir taten das nur, um die Arbeitskraft des einzelnen zu erhalten und um ihn gestärkt und neu ausgerichtet an seinen Arbeitsplatz zurückkehren zu lassen.

KdF überholt gewissermaßen jede Arbeitskraft von Zeit zu Zeit, genauso wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometerzahl überholen muß. ...<<

Der Ingenieur Fritz Todt (1891-1942, ab 1922 NSDAP-Mitglied, leitete seit 1933 den Bau der Autobahnen, 1940-1942 NS-Minister für Bewaffnung und Munition) wurde im Jahre 1938 zum Generalbevollmächtigten für Bauwesen (Leiter der Organisation Todt bzw. "Armee der Arbeiter") ernannt.

Rainer Sontowski schrieb später über die "Organisation Todt" (x051/432): >>Organisation Todt (O.T.), 1938 für den Bau militärischer Anlagen eingerichtete und nach ihrem Leiter Todt benannte staatliche Bauorganisation, die kurz vor und dann während des Zweiten Weltkrieges v.a. in den besetzten Gebieten für die Ausführung kriegswichtiger Bauvorhaben verantwortlich war.

Eine wesentliche Grundlage für die Entstehung der Organisation Todt waren die zahlreichen Dienstverpflichtungen von Arbeitern und Angestellten und die Beauftragung von privaten Baufirmen (Verordnung zur "Sicherung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonders staatspolitischer Verantwortung"), die erstmals bei der Errichtung des Westwalls (1938/39) zum Einsatz kamen.

Ab Kriegsbeginn vornehmlich für den Wiederaufbau zerstörter Straßen, Brücken und Eisenbahnlinien eingesetzt, entwickelte sich die O.T. nach Todts Ernennung zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition (1940) zu einer mehr und mehr in militärischem Auftrag stehenden Baugruppe, der schließlich auch die Bauformationen der Wehrmacht unterstellt wurden. Die Angehörigen der O.T. waren uniformiert und unterstanden einer quasi-militärischen Dienstpflicht.

Auf den Baustellen in den besetzten Gebieten und im Reichsgebiet beschäftigte die Organisation Todt zudem Hunderttausende von ausländischen Zivilarbeitern, Kriegsgefangene (Fremdarbeiter), daneben (in Lagernähe) zwangsverpflichtete Juden und andere KZ-Häftlinge. Die umfassende Amtsgewalt Todts (u.a. Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft, Reichsminister) verschaffte der O.T. eine außerordentlich starke, von bürokratischem Ballast weitgehend freie Stellung und machte sie (v.a. wegen der hohen Effizienz bei der Ausführung ihrer Bauaufträge) zu einer der bedeutendsten Sonderorganisationen des Dritten Reiches.<<

"Nur nicht auffallen"

Nach 5 Jahren NS-Herrschaft ("Zuckerbrot und Peitsche") saß das NS-Regime im Jahre 1938 "fest im Sattel". Die verfolgten Minderheiten und Widerstandsgruppen hatte man längst "isoliert".

Da die allgegenwärtigen NS-Spitzel jeden kritischen Bürger überwachten und verdächtige Volksgenossen denunzierten oder sofort bei der Gestapo (Geheime Staatspolizei) anzeigten, hielt sich die Mehrheit der eingeschüchterten Deutschen meistens ängstlich zurück. Im gesamten NS-Reich breitete sich allmählich eine dumpfe Atmosphäre aus, die von Angst, Drückbergertum, Mißtrauen und Heuchelei bestimmt wurde.

Die "braven, pflichtbewußten" Volksgenossen nahmen den allgemeinen NS-Terror widerstandslos hin, denn sie blieben meistens unbehelligt. Der "anpassungsfähige, schlaue Volksgenosse" grüßte zackig mit "Heil Hitler" und unterdrückte alle kritischen Äußerungen.

Nach der Devise "nur nicht auffallen" bzw. "Schweigen ist Gold", schwindelten sich die deutschen Volksgenossen, wie und wo immer es möglich war, durch den schwierigen NS-Alltag. Der große deutsche Volkskomiker Karl Valentin (1882-1948, eigentlich Valentin L. Fey) erklärte damals während der NS-Zeit in seiner schlitzohrigen Art: "I sag' gar nix mehr, dös wird man doch noch sagen dürfen!"

Der deutsche Moralthologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1988 (x853/...): >>>**Zwischen Loyalität und Widerstand**

... Wo liegen die eigentlichen, die tiefsten Loyalitätsgründe? Wann, um welchen Preis, wie und warum ist an ihnen festzuhalten? In welche Haltungen und Prüfungen müssen wir uns insofern einüben?

"Die Menschen sprechen zweierlei Sprache: die eine ins Gesicht, eine ganz andere hinter dem Rücken." So sagt es die Lebenserfahrung. So kann eigene Beobachtung bestätigen.

Nun gibt es daraus die Schlußfolgerung des Menschenverächters: Mißtrauen, taktisch-schlaues Einkalkulieren feiger Schwäche, alles unter der Devise: "die Menschen lügen alle", oder - etwas gedämpfter - "trau, schau, wem!"

Wie so oft werden aber bei einer solchen von vornherein moralisierenden Betrachtung die tieferen Zusammenhänge, in unserem Fall ein menschlicher Urkonflikt, gar nicht gesehen. Es muß doch gefragt werden, wie es zu diesem seltsamen Sprech- und Verhaltenswechsel oft auch ohne direkt bösen Willen kommt - wenn man einmal nicht, in der Mine des die anderen durchschauenden "Kenners", der gar nicht merkt, wie sehr er sich doch bei derartigen negativen Verallgemeinerungen selbst charakterisieren muß, bereit ist, alles sofort als taktisch-schlaues Nach-dem-Munde-Reden zu klassifizieren.

Eine Unterhaltung, ein Austausch von Meinung oder Urteil, ist immer dann notwendig personal aufgeladen, wenn es in einem - auch nur losen - mitmenschlichen Raume geschieht. Es ist etwas anderes, dergleichen, einem bestimmten Menschen in die Augen blickend, zu einem beide verbindenden Augenblick und Ort, unter dem Einflußbereich gleichsam seiner individuellen Ausstrahlung stehend, zu sagen - oder, von all dem gelöst und entlastet, gegenüber anderen über dieselbe Sache oder gar über jene Person zu sprechen.

Selbst ein Gegeneinander von Auffassungen, von der Atmosphäre menschlicher Begegnung umgeben, wird gemildert durch den darin ja sich einschlußweise ausdrückenden Respekt vor dem anderen: er ist die undiskutierte Brücke der Verständigungsmöglichkeit. "Reden zum Fenster hinaus" können umgekehrt gerade deshalb radikal, scheinbar "konsequenter", eben rücksichtsloser sein.

Die Beachtung solcher Zusammenhänge führt zu einer bedeutsamen Erweiterung. Auch als Angehöriger eines Berufsstandes, einer Generation, eines Volkes, einer Sprachgruppe, einer Wohngemeinde, ja als Zeitgenosse, erst recht als Christ, ist jeder von uns in die Spannung

zwischen notwendiger Loyalität, unverzichtbarer Forderung nach Solidarität und gegebenenfalls Widerstand und damit oft verbundener Rolle als Außenseiter gestellt. Die quälendsten Entscheidungen fallen im Felde so gearteter Konflikte und unsere jüngste Geschichte stellt jede gewünschte Veranschaulichung zur Verfügung.

Mitmachen kann Ausdruck von guter Verbundenheit sein, durchaus aber auch die scharfe Kontur des Verrats annehmen. Schweigen kann Weisheit, schwächliche Feigheit, aber auch helldeutliches Zeichen schärfsten Protestes sein.

Ein kleiner Katalog nur von Verhaltenstypen kann uns und unser Gewissen lehren, was hier möglich sein kann, positiv: woraufhin wir leben sollten:

Es gibt den sogenannten passiven Widerstand (in vielen konkreten Spielarten); das Vermeiden jeglichen Mittuns (oft nur möglich durch erswindelte Entschuldigungen) es gibt die verbreitete Technik des "Sichheraushaltens"; aber auch die ruhige Ablehnung des Mitmachens; den prophetischen Protest; den aktiven Widerstand mit der persönlichen Bereitschaft zur Konsequenz (dies wiederum in vielen, sehr wichtigen Unterschieden: etwa durch Gruppenbildung, Beeinflussung, Boykott, Druck usw.).

Und andererseits kann es geben: resignierende Ergebung mit - mehr oder weniger begründeter - Hoffnung auf irgendeine Evolution; die weitverbreitete Technik des "Beschwichtigens" in allen möglichen - meinst sehr charaktertypischen - Farben: z.B. als Warten auf Selbsterschöpfung des Widerständigen; als Zeitgewinnen; Vertrauen auf günstige "Macht der Tatsachen"; schlimmer steht es um die kümmerliche Schwäche derer, die aus Mangel an innerer Festigkeit mit "schlechtem Gewissen" halbwegs mitmachen und dann natürlich vom Herrschenden immer weiter erpreßt werden können (voller Angst vor dem Bruch mit der larvierten "Gemeinschaft"); es gibt ein Sichnichtzutrauen, gegen den allgemeinen Strom zu schwimmen, gegen allgemeine Stimmung und Meinung sich zu stellen und - wie man meist fälschlich glaubt - alleine behaupten zu sollen; es gibt schließlich ein leeres Sichtreibenlassen; und endlich - in einer ganz eigentümlichen Mischung von egoistischer Raffinesse, Seine-Ruhe-haben-Wollen, sich-dumm-stellender Beschränkung und glattem Zynismus - ein Nutzenziehen aus der Unordnung, ein gemütliches Sicheinrichten mit dem Unrecht:

Gestalten von Brechtscher Doppelbödigkeit wie Schwejk, Mutter Courage, der Richter Azdak, fallen da ein.

Das führt zum Ausgangspunkt: der Beobachtung von zweierlei Sprache. Sie hat uns, vor schnelles Moralisieren vertiefend, die ungeheure Belastung sehen gelehrt, welche im Gewissen vertiefte Mitmenschlichkeit durch sozialen Druck und Nötigung ausgesetzt werden kann, indem Mächtige die so haltgebende selbstverständliche Loyalität benutzen, um Widerspenstige an der Kandare zu halten, Widerstand zu lähmen und mit höchstem Risiko zu belasten: dem Verlust natürlicher Solidarität, der Abstempelung als "zersetzendem" Außenseiter.

"Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen!" Ja, durchaus. Aber zugleich gilt: "Wandelt klug gegenüber den Außenstehenden!"; "Gebt niemand Anstoß!"; "Überwindet das Böse durch das Gute!"

Zwischen diesen - scheinbaren - Extremstilen sollte sich in immer erneuter Selbstprüfung, im Lernen und Nachdenken, im jeweils möglichen Mitgestalten der Zeit, im Pflegen möglicher Gemeinsamkeiten - immer mehr ausformen die Kunst, auf die rechte Mitte hin zu leben:

in guter, wahrhafter Absicht, mit anständigen Mitteln, in tapferer, kluger, toleranter, solidarischer Selbstbindung an das ethisch unbedingt Verpflichtende. Für den Christen heißt das insbesondere: "Macht euch nicht dieser Welt konform!"

Für die hier bedachten tieferen Konflikte zwischen Mitmachen bzw. Loyalität und Sichverweigern bzw. Widerstand hat er als Gewissensmaßstab:

"Alles, was nicht aus Überzeugung geschieht, ist Sünde." (Römer 14, 23)<<

Im Jahre 1938 wurden 2.256 Geistliche wegen Vergehen gegen den "Kanzelparagraphen" und

das "Heimtücke-gesetz" angezeigt. Das NS-Regime verurteilte 69 Pastoren, nimmt 72 Geistliche in "Schutzhaft", verhängte 37 Redeverbote, zwang 100 Pfarrer ihre Kirchengemeinden zu verlassen und verwarnte 439 angeklagte Pastoren (x051/312).

Trotz aller Schikanen und Hetzkampagnen schafften es die NS-Machthaber nicht, die Judenfrage durch Massenauswanderung zu lösen. Bis Ende 1938 waren erst 180.000 Juden emigriert. Die meisten Zurückgebliebenen besaßen kein ausreichendes Vermögen und konnten nicht auswandern, denn die jüdischen Emigranten wurden damals meistens nur von anderen Staaten aufgenommen, wenn sie ein großes Vermögen mitbrachten.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die Auswanderung der in Deutschland lebenden Juden (x051/290-291): >>(Judenverfolgung) ... Am 14.6.38 ... erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß der Grundsatz "Keine Anwendung des Arierparagraphen in der Wirtschaft" nicht mehr aufrechterhalten wird; eine möglichst schnelle Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft sei anzustreben.

Der Eingriff begann mit dem "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung" vom 6.7.38, nach dem Juden der Betrieb einer Reihe von Gewerben verboten wurde, und nahm seinen Lauf mit zahlreichen weiteren durch Gesetze und Verordnungen sanktionierten Maßnahmen.

Die im Zuge der wirtschaftlichen Eliminierung der Juden ergehenden Berufsverbote dehnte man schließlich auf die in der Ausübung ihrer Tätigkeit von Einschränkungen schon betroffenen Berufsgruppen aus (z.B. Ärzte 25.7.38; Rechtsanwälte 27.9.38). Hand in Hand mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben lief die Wegnahme ihres Vermögens (Arisierung).

Mit all diesen und zahlreichen anderen Maßnahmen der Judenverfolgung wurde versucht, die Juden zum Verlassen des Deutschen Reiches zu bewegen. Ausgewiesen wurden zunächst nur früher in Polen beheimatete Juden, u.a. auch diejenigen, die nach 1919 bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit der deutschen Landesteile im Osten für das Deutsche Reich optiert hatten, denen aber nach 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war.

Rund 17.000 Personen wurden am 29.10.38 über die polnische Grenze zwangsweise abgeschoben. Als Vergeltung für dieses Unrecht verübte der junge Jude Grynspan, dessen Angehörige sich unter den Abgeschobenen befanden, am 7.11.38 in Paris ein Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath, das für die Juden in Deutschland schwere Konsequenzen auslöste:

Bei der alljährlichen Zusammenkunft der sogenannten Alten Kämpfer am 9. November in München gab Goebbels mit einer judenfeindlichen Rede das Startzeichen für einen Pogrom, der noch am selben Abend begann (Kristallnacht) und bis zum 11. November dauerte. Nun wurde eine Flut von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die noch in Deutschland befindlichen Juden nach und nach aller Rechte beraubte. Die Maßnahmen wurden von der zentral gelenkten Presse und den Publikationen der nationalsozialistischen Organisationen mit einer beispiellosen Hetzkampagne begleitet.

Trotz allem erreichten die Machthaber es nicht, ihrem Ziel, die Judenfrage durch Auswanderung zu lösen, näher zu kommen. Von den Anfang 33 in Deutschland lebenden (über) 500.000 Juden waren bis Ende 38 nach Zahlung der sogenannten Reichsfluchtsteuer knapp 180.000 emigriert. Die Zurückgebliebenen hofften immer noch auf eine Normalisierung der Verhältnisse; teilweise war es ihnen mangels Vermögens aber auch nicht möglich, die Heimat zu verlassen, da viele Länder nicht bereit waren, mittellose Juden aufzunehmen.

Um die Angelegenheit in den Griff zu bekommen, wurde am 24.1.39 unter der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich, die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" errichtet mit der Aufgabe, die Emigration der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen. Zur Förderung der Auswanderung ordnete der Reichsinnenminister am 4.7.39 die Bildung einer "Reichsvereinigung der Juden" (Reichsvertretung) an, der alle Juden angehören

mußten. Mit Mitteln, die sich die Reichsvereinigung ausnahmslos von vermögenden Juden beschaffte, ermöglichten sie armen Juden die Auswanderung. Nahe 80.000 Juden verließen 1939 Deutschland.

Nach der Niederlage Polens sah Heydrich die Möglichkeit, die Judenfrage durch Evakuierung nach Polen zu lösen. Aus außenpolitischen Gründen befahl Göring jedoch am 24.3.40 die Deportationen einzustellen.

Heydrich ordnete hierauf an, die Auswanderung wieder verstärkt zu betreiben. Der Madagaskar-Plan war zwar noch nicht aufgegeben, konnte infolge des Krieges jedoch nicht verwirklicht werden, und die Anzahl der Aufnahmeländer hatte sich verringert. Im Oktober 40 wies man die Juden Badens, der Pfalz und des Saarlandes kurzerhand in das unbesetzte Frankreich aus. Im Hinblick auf die bevorstehende Endlösung der Judenfrage ordnete das RSHA am 20.5.41 aber an, diese "Auswanderungen" zu unterbinden.

Am 31.7.41 wurde Heydrich schließlich von Göring beauftragt, alle Vorbereitungen für eine "Gesamtlösung der Judenfrage" im deutschen Einflußgebiet in Europa zu treffen. Mitte Oktober 41 begannen die Deportationen der Juden aus dem Reichsgebiet in die Ostgebiete und schließlich in die Vernichtungslager, vor allem nach Auschwitz.

Von der Deportation ausgenommen wurden (im wesentlichen) zunächst Juden über 65 Jahre, schwer kriegsbeschädigte Juden, Juden mit Kriegsauszeichnungen, in "Mischehe" lebende Juden und solche, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten. Erstere wurden jedoch bald in das als Altersgetto bezeichnete Lager Theresienstadt transportiert, in das sie sich durch sogenannte Heimeinkaufsverträge unter Abgabe ihres Vermögens "einkaufen" mußten. Infolge schlechter Lebensbedingungen starben viele Gettobewohner oder wurden letztlich noch in eines der Vernichtungslager "ausgesiedelt".

Die durchweg zwangsweise in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Juden schob man schließlich seit Frühjahr 1943 nach Auschwitz ab. Unter ihnen befanden sich zahlreiche in "Mischehe" lebende Juden.

Bis zur Deportation der letzten Juden hatten sich deren Lebensbedingungen immer weiter verschlechtert. Gekennzeichnet (Judenstern), diffamiert, schikaniert, ihres Vermögens beraubt, aus ihren Berufen und Wohnungen (Judenhäuser) entfernt und als Zwangsarbeiter beschäftigt, lebten sie rechtlos in ihrer Heimat. Von den noch im Mai 41 im "Altreich" lebenden 168.972 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze wurden am 1.9.44 lediglich noch 14.574 registriert. Nach diesem Stichtag gingen noch zahlreiche Transporte nach Auschwitz und beim Näherücken der Roten Armee in KZ, die im Reichsgebiet lagen. Der vermutlich letzte "Alterstransport" verließ am 27.3.45 Berlin Richtung Theresienstadt.

Unter der Judenverfolgung der Nationalsozialisten hatten nahezu alle Juden in den von der Wehrmacht besetzten oder im deutschen Einflußgebiet befindlichen Ländern zu leiden. Zwar stellten sich dort verschiedentlich Regierungen und Bevölkerung der nationalsozialistischen Judenpolitik entgegen (z.B. Dänemark und die Niederlande); nur in wenigen Fällen gelang es jedoch, die Juden allgemein vor dem Zugriff der Gestapo zu bewahren (Bulgarien, ohne seine besetzten Gebiete).

Besonders tragisch war das Schicksal der in vielen dieser Länder befindlichen staatenlosen Juden, unter denen sich zahlreiche deutsche Emigranten befanden, denen man nach Verlassen Deutschlands die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt hatte. Für sie sprach keine Regierung. Sie wurden die ersten Opfer der Verfolgungsmaßnahmen (z.B. Frankreich). Am brutalsten führten die Nationalsozialisten die Judenverfolgung in Polen und den besetzten Teilen der UdSSR durch. Die besonderen politischen Verhältnisse in diesen Gebieten ließen hier den nationalsozialistischen Machthabern freie Hand zur Durchsetzung ihrer Vernichtungsziele, die schon mit den Einsatzgruppen angestrebt wurden.<<

In jener Zeit war der Antisemitismus in vielen europäischen Ländern ausgeprägt. In fast allen

europäischen Nachbarstaaten (wie z.B. in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Italien, Frankreich) wurden bis Ende 1938 antijüdische Gesetze erlassen und Judenverfolgungen durchgeführt.

Die rumänische Regierung gab damals bekannt, daß mindestens 50 % aller Juden verschwinden müßten (x043/433): >>... Ob sie auswandern oder im Schwarzen Meer ersaufen wollen, daß kann sich jeder nach Belieben aussuchen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den Antisemitismus in Polen (x025/174): >>Seit jeher erschienen die Juden in den amtlichen polnischen Nationalitäten-Statistiken neben Ukrainern, Deutschen usw. als nichtpolnische Volksgruppe. 1939 gar versprach das Regierungslager in einer Broschüre, die Juden sollten nach nationalsozialistischem Vorbild enteignet werden und hätten langfristig das Land zu verlassen.

Noch im Krieg waren in den Zeitschriften der rechtsgerichteten Nazigegner wie z.B. des "National-Radikalen Lagers" (ONR) Artikel wie der folgende zu lesen: "Polen und dem polnischen Volke wünschen wir, daß uns Gott bewahren möge vor Hunger, Feuer, Seuche und Demokratie, weil wir uns dann schon selbst schützen können vor den Deutschen aus dem Westen, den Moskowitern aus dem Osten und den Juden - im Innern".

... Nach einer kurzen Beruhigung wegen des Besatzungsterrors der Nazis, die Juden und Polen gleichermaßen als Untermenschen betrachteten, lebte gleich nach Kriegsende die alte Tradition wieder auf. Ein Pogrom in Kielce am 4. Juli 1946 z.B. kostete 41 Juden das Leben und belastete nachhaltig die Beziehungen zu den USA.<<

Der Schriftsteller Hans Günther Adler (1910-988), ein ehemaliger "Theresienstadt-Häftling", berichtete später über die antijüdische Stimmung in Böhmen und Mähren (x025/56-57): >>In keinem von Hitler besetzten Lande, auch nicht in Deutschland selbst, kamen "illegale" Retungen von Juden so selten vor wie in dem Gebiet des "Protektorates". Oft wurden Hilfsdienste sogenannter Freunde auch sehr teuer bezahlt. ...<<

Als das NS-Regime ab 1938 die Judenverfolgungen ("Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938) radikal verschärfte, breitete sich zwar allmählich ein radikaler Antigermanismus aus, aber die Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden wurden erstaunlicherweise nicht erhöht, sondern von einigen Staaten sogar drastisch reduziert. In Nordamerika verminderten sich die Einwanderungsplätze z.B. im Jahre 1938 von 40.000 auf 20.000 Einwanderungsplätze im Jahre 1940 und 1941 waren es nur noch 10.000 Einwanderungsplätze für jüdische Einwanderer (x042/148).

Seit 1938 verhandelten das NS-Regime, Polen, Frankreich und England über einen Judenstaat auf der Insel Madagaskar (französische Kolonie), in Rhodesien (britische Kolonie) oder in Britisch-Guayana.

US-Präsident Roosevelt schlug später Äthiopien (seit 1936 durch Italien besetzt) als Einwanderungsland für die Juden vor. Mussolini hielt Rußland für geeignet. Stalin brachte daraufhin Alaska ins Spiel und Roosevelt reichte später einen "Angola-Vorschlag" nach.

Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 21") des Jahres 1938 forderte der radikale Stalinismus wieder zahlreiche Opfer.

Bei den "Säuberungen" der Roten Armee wurden 1937/38 mindestens 3 Marschälle, 13 Armeegeneräle, 62 Korpskommandeure hingerichtet (x061/467). Nach Abschluß der großen "Säuberungswellen" ließ Stalin gewöhnlich auch die Vollstrecker hinrichten.

Ein Zeitzeuge berichtete später über Stalins "Säuberungsaktionen" (x191/70): >>Tag und Nacht rasten die Autos der GPU durch die Straßen der russischen Städte und rissen Unzählige aus ihren Wohnungen, aus Fabriken, Universitäten, Laboratorien, Eisenbahnwerkstätten, Truppenkörpern und Ämtern. ...

In der Zeit von Mitte 1936 bis Ende 1938 erhielt der totale Staat der Sowjetunion seine endgültige Form. In diesen Jahren wurden ungefähr 8 Millionen Menschen von den Organen der

staatlichen Geheimpolizei verhaftet. ... Sie waren alle unschuldig.<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, der damals ein Mitglied der "Gruppe Ulbricht" war, berichtete später (x191/70): >>Nur ein einziges Mitglied der ersten Sowjetregierung überlebte die Säuberung: Stalin! ...<<

Der französische Historiker Nicolas Werth berichtete später über Stalins Terror in den Jahren 1937 und 1938 (x265/213): >>... Wir verfügen heute über streng vertrauliche Dokumente, die von Nikita Chruschtschow und den maßgeblichen Parteioberen während der Entstalinisierung angelegt worden sind. ...

Danach sind allein in den Jahren 1937 und 1938 1.575.000 Menschen vom NKWD verhaftet worden; 1.345.000 (d.h. 85,4 %) sind im Laufe dieser beiden Jahre verurteilt worden; 681.692 (d.h. 51 % der 1937/38 Verurteilten) sind hingerichtet worden. ...<<

Zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung ließ König Carol II. im Jahre 1938 die Verfassung aufheben sowie alle Parteien verbieten und errichtete in Rumänien eine Königsdiktatur (x071/223).

Nach dem "Staatsstreich zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung" wurde u.a. der Faschistenführer Codreanu (1899-1938) verhaftet und mit 13 seiner Anhänger "auf der Flucht" erschossen. Die rumänische Außenpolitik blieb weiterhin westeuropäisch orientiert.

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

Max Reinhardt (1873-1943, eigentlich Max Goldmann, Schauspieler, Regisseur, ab 1902 Leiter an verschiedenen Bühnen in Berlin und Wien, emigrierte 1938 in die USA) schrieb nach seiner Emigration im Jahre 1938 an das NS-Regime (x256/139): >>Der Entschluß mich endgültig vom Deutschen Theater zu lösen, fällt mir naturgemäß nicht leicht. Ich verliere mit diesem Besitz nicht nur die Frucht einer 37jährigen Tätigkeit, ich verliere vielmehr den Boden, den ich ein Leben lang gebaut habe und in dem ich selbst gewachsen bin.

Ich verliere meine Heimat, Was das bedeutet, brauche ich denen nicht zu sagen, die diesen Begriff über alles stellen ...<<

Mao Zedong (Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas) berichtete im Jahre 1938 über die politische Macht und den "konkreten Marxismus" (x149/187): >>Jeder Kommunist muß diese Wahrheit begreifen: "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen."

Unser Prinzip lautet: Die Partei kommandiert die Gewehre, und niemals darf zugelassen werden, daß die Gewehre die Partei kommandieren. Hat man aber Gewehre, kann man wirklich Parteiorganisationen schaffen. ... Wer die Staatsmacht ergreifen und behaupten will, der muß eine starke Armee haben. ...

Wir müssen unsere Geschichte von Konfuzius bis Sun Yat-sen zusammenfassen und von diesem wertvollen Erbe Besitz ergreifen. Das wird uns in bedeutendem Maße helfen, die große Bewegung der Gegenwart zu lenken. ...

Was wir konkreten Marxismus nennen, ist ein Marxismus, der eine nationale Form angenommen hat, d.h. die Anwendung des Marxismus auf den konkreten Kampf unter den konkreten Bedingungen Chinas. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei</u> . Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x014	Statistisches Reichsamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, 57. Jahrgang. Berlin.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x023	Maser, Werner: <u>Das Regime</u> . Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x042	Wyman, David S.: <u>Das unerwünschte Volk</u> . Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/Main 1989.

x043	Zentner, Christian u.a.: <u>DAS DRITTE REICH</u> (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: <u>Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland</u> . Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x053	Westenrieder, Norbert: <u>Deutsche Frauen und Mädchen</u> . Vom Alltagsleben 1933-1945. Düsseldorf 1984.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte</u> . Band 3. <u>Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege</u> . 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte</u> . Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch</u> . Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk</u> . Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x071	Hartmann, Johannes: <u>Das Geschichtsbuch</u> . Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Auflage. Frankfurt/Main 1962.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte</u> . Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: <u>Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen</u> . Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin</u> . Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen</u> . Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>PLOETZ</u> . Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x103	Klemperer, Klemens von: <u>Die verlassenen Verschwörer</u> . Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Ostdeutsche Gedenktage 1989</u> . Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x113	Engelsing, Rolf: <u>"Wie Sodom und Gomorrha ..."</u> Die Zerstörung der Städte. Berlin 1979.
x120	Birnbaum, Immanuel: <u>Tschechoslowakei</u> . Bremen 1972.

x121	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Alltag im Dritten Reich</u> . So lebten die Deutschen 1933-1945. Hamburg 1982
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x138	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Blitzkriege. München/Köln 1989.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x172	Baker, Nicholson: <u>Menschenrauch</u> . Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x186	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Pommern. Augsburg 1994.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6</u> . In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x199	Rang, Martin, und Otto Schliske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): <u>Nationalhymnen</u> . Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1</u> . Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4</u> . Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x265	Courtois, Stéphane u.a.: <u>Das Schwarzbuch des Kommunismus</u> . Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrierte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x338	Fritze, Lothar: <u>Die Moral des Bombenterrors</u> . Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg. München 2007.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.

Internet

x845	Gesetz über die Hitlerjugend: http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/hjgesetz/ - September 2013.
x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016